

Bruno

Die Rechtsache

des

der verletzten Ehrerbietung

gegen

Seine Durchlaucht den Herzog Carl

zu Braunschweig-Lüneburg

beschuldigten

Freiherrn von Sierstorpff.

Die Rechtsache

des

der verletzten Ehrerbietung

gegen Seine Durchlaucht den Herzog Carl

zu Braunschweig-Lüneburg

beschuldigten

Freiherrn von Sierstorpff.

Die Rechtsache

des

der verletzten Ehrerbietung

gegen Seine Durchlaucht den Herzog Carl

zu Braunschweig-Lüneburg

beschuldigten

Freiherrn von Sierstorpff,

Herzoglich-Braunschweigischen Oberjägermeisters, Großkreuzes

des Königlich-Hannoverschen Guelphen-Ordens.

Als

Beitrag zur Geschichte

der

Braunschweigischen Landes- und Deutschen

Bundes-Justiz,

in einer Reihe von Actenstücken

mit Anmerkungen

herausgegeben

von

Dr. Georg Brunß

zu Wolfenbüttel.

Braunschweig,

Verlag von Friedrich Vieweg.

1830.



Vorwort des Herausgebers.

Das ewige Rechtsgesetz der Vernunft läßt seine Herrschaft im Staatsvereine um so vollkommener walten, je mehr die höchste Gewalt nicht nur ihre Rechte, sondern auch ihre Pflichten demselben unterordnet. Das monarchische Oberhaupt ist der Schwerpunkt des Staatslebens, dessen Einheit alle Zweige der Gesamtkraft, wie der Pulsschlag den menschlichen Körper, belebt; die Monarchie ist die Sonne der bürgerlichen Weltordnung, von welcher die öffentliche Wohlfahrt Wachsthum und Gedeihen empfängt. Wie die Sonne des Weltgebäudes ihre ewige Bahn dem Gesetze der Natur gemäß verfolgt, so weiche jene nicht von der Bahn der Gerechtigkeit, als der Grundbedingung ihres Wirkens und der einzigen Tugend, die zugleich alle übrigen in sich vereint. Der Glanz und die Festigkeit des Throns beruhet auf den körperlichen und geistigen Kräften der regierten Masse, und unzertrennlich ist die dauernde wirkliche Herrschermacht von den moralischen Triebfedern des Volks. Ehrfurcht erregt die Macht, überzeugt sie, indem sie gebietet. Stolz wird Jeder dann gehorchen, und nur sich selbst zu dienen glauben, weil ihm das Rechte nur befohlen wird. Wie sonst vor der Gewalt die Furcht sich flüchtet, so begegnet nun der Macht Vertrauen. Jede Störung des Gleichgewichts hingegen zwischen den Befehlen der vollziehenden Staatsgewalt und der äußeren Freiheit der

Staatsgenossen vermindert die Kraft der öffentlichen Macht. Darum lehrte schon Plato: Wenn die Mächtigen noch mehr als die Schwachen sich durch Gesetze binden lassen, dann ist alles Heil und Wohl in dem Staate, und er ist gerettet von allem Uebel. Und noch jetzt sehen wir diese Lehre lebendig wirken in den durch ein gemeinsames Band umschlungenen Staaten Deutschlands. Nicht genug, daß der Deutsche nach Gesetzen beherrscht wird, welche seine Freiheit und Rechtsicherheit durch eine wohlgeordnete selbstständige und unabhängige Rechtspflege beschützen, eine noch höhere Gewähr verleiht ihm das erhabene, unter unabhängigen Machthabern einzig in der Geschichte dastehende Bündniß, daß auch die Gesamtheit zum Rechtsschutze einzelner Unterthanen der Bundesglieder in Nothfällen berufen sein wolle. Ein Nothfall dieser Art hat sich ereignet, aus menschlicher Verirrung hervorgegangen. Der Bedrängte rief um Hülfe, und ihm wurde geholfen durch den erlauchten Bund der deutschen Fürsten, deren ihre Völker beglückende Weisheit das Recht und die Wahrheit offen bekennt, die dem Reiche der Gerechtigkeit keine Grenzen setzen, und darin die Schutzwehr der öffentlichen Ordnung in allen Gauen Deutschlands einmüthig verkünden!

Zur Kunde der unentstellten Wahrheit für die Zeitgenossen, und zum Gedächtnisse eines Sieges, den die Gerechtigkeit feiert, werden diese Blätter auf den Altar des Vaterlandes hiemit niedergelegt.

Wolfenbüttel, im October 1830.

An

meine geliebten Mitbürger *).

Der heutige glückliche Tag führt mich aus der Verbannung in Eure Mitte zurück. Mit Schmerz erfüllte mich die lange Trennung von Euch, deren Ziel ich nur dem Schutze der Gerechtigkeit verdanken konnte, unfähig, auf Kosten meiner Ehre um Gnade zu bitten. Seit 48 Jahren schlägt ein Braunschweigisches Herz in meiner Brust! Um so heiterer neigt sich jetzt der von Eurer Liebe und Freundschaft, von Euren Hoffnungen, umgebene Abend meines Lebens. Vielleicht nicht lange mehr, und mir winkt der Augenblick der Trennung von allem Irdischen. Mögen alsdann diese

*) Diesen Worten ist hier, wo jedes folgende Blatt deren Erläuterung liefert, die passendste Stelle zur öffentlichen Bekanntmachung gegeben.

Der Herausgeber.

Worte ein freundliches Andenken an meine aufrichtige Vaterlandsliebe und meine heißen Wünsche für Braunschweigs Wohl in Euren Herzen mir bewahren, zugleich auch den Geist der Versöhnung bezeugen, worin ich denen vergeben habe, die mich hier kränkten und verfolgten.

Braunschweig, den 15. October 1830.

G. H. von Sierstorppf.

I n h a l t.

	Seite
Vorwort des Herausgebers.....	v
An meine geliebten Mitbürger, vom Oberjägermeister Freiherrn von Sierstorpff.....	vi
Nº. 1. Antrag des Freiherrn von Sierstorpff auf rechtliche Un- tersuchung, vom 17. August 1829.....	1
• 2. Anlage A. Handschreiben Sr. Durchlaucht vom 5. Juni 1828.....	10
• 3. Anlage B. Bittschrift an Se. Durchlaucht vom 16. Juni 1828.....	10
• 4. Anlage C. Rescript des Herzogl. Staats-Ministerii vom 17. Juni 1828.....	11
• 5. Anlage D. Bittschrift an das Herzogliche Staats-Mini- sterium vom 7. Juli 1828.....	12
• 6. Anlage E. Rescript des Herzoglichen Staats-Ministerii vom 9. Juli 1828.....	13
• 7. Bericht des Herzoglichen Districtsgerichts Braunschweig an das Herzogliche Landesgericht vom 1. September 1829.....	13
• 8. Rescript des Herzoglichen Landesgerichts an das Herzog- liche Districtsgericht Braunschweig vom 10. Sept. 1829....	14
• 9. Bericht des Herzoglichen Districtsgerichts Braunschweig an das Herzogliche Staats-Ministerium vom 15. Sept. 1829	15
• 10. Resolution des Herzoglichen Districtsgerichts Braunschweig vom 15. Sept. 1829.....	16

N ^o . 11. Bitte des Freiherrn von Sierstorpff vom 26. September 1829.....	16
„ 12. Rescript des Herzoglichen Staats-Ministerii an das Herzogliche Districtsgericht Braunschweig vom 22/27. September 1829.....	18
„ 13. Bitte des Freiherrn von Sierstorpff vom 17. Oct. 1829.....	19
„ 14. Bitte desselben vom 23. October 1829.....	20
„ 15. Resolution des Herzoglichen Landesgerichts vom 27. Oct. 1829.....	21
„ 16. Bitte des Freiherrn von Sierstorpff vom 3. Nov. 1829.....	22
„ 17. Resolution des Herzoglichen Landesgerichts vom 6. Nov. 1829.....	23
„ 18. Bericht des Herzoglichen Landesgerichts an Se. Durchlaucht vom 15. October 1829.....	24
„ 19. Vorstellung des Freiherrn von Sierstorpff vom 13. Nov. 1829.....	26
„ 20. Resolution des Herzoglichen Landesgerichts vom 19. Nov. 1829.....	33
„ 21. Bericht des Herzoglichen Landesgerichts an Se. Durchl. vom 26. November 1829.....	34
„ 22. Gesuch des Freiherrn von Sierstorpff vom 28. December 1829.....	35
„ 23. Resolution des Herzoglichen Landesgerichts vom 4. Jan. 1830.....	36
„ 24. Bericht des Herzoglichen Landesgerichts an Se. Durchlaucht vom 4. Januar 1830.....	37
„ 25. Rescript des Herzoglichen Landesgerichts an das Herzogliche Districtsgericht Braunschweig vom 4. Januar 1830.....	37
„ 26. Bericht des Herzoglichen Districtsgerichts Braunschweig an Se. Durchlaucht vom 8. Januar 1830.....	40
„ 27. Zwei Handbilletts des Canzleidirectors Ritter zu Braun-	

	Seite
schweig an den Districtsgerichts-Registrator Sack daselbst vom 9. Januar 1830, nebst Registratur vom 11. desselben Monats	40
Nº. 28. Protocoll des Herzoglichen Landesgerichts vom 9. Januar 1830 über den vom Hof- und Justizrath Dr. jur. Fricke als Commissarius des Herzoglichen Staats-Ministerii vollzogenen Cassations-Act.....	42
• 29. Rescript des Herzoglichen Staats-Ministerii an das Her- zogliche Districtsgericht Braunschweig vom 10. Jan. 1830	44
• 30. Bericht des Herzoglichen Landesgerichts an das Herzog- liche Staats-Ministerium vom 11. Januar 1830.....	45
• 31. Vorstellung des Herzoglichen Districtsgerichts Braun- schweig an Se. Durchlaucht vom 5. Februar 1830.....	47
• 32. Rescript des Herzoglichen Staats-Ministerii an das Her- zogliche Landesgericht vom 22. Januar 1830.....	51
• 33. Bitte des Freiherrn von Sierstorpff vom 29. Januar 1830	52
• 34. Bericht des Herzoglichen Landesgerichts an das Herzog- liche Staats-Ministerium vom 29. Januar 1830.....	53
• 35. Rescript des Herzoglichen Staats-Ministerii vom 3. Fe- bruar 1830.....	54
• 36. Resolution des Herzoglichen Landesgerichts vom 9. Fe- bruar 1830.....	54
• 37. Rescript des Herzoglichen Landesgerichts an das Herzog- liche Districtsgericht Braunschweig vom 29. Januar 1830, nebst Registratur vom 20. Februar	55
• 38. Vorstellung des Freiherrn von Sierstorpff an die Deutsche Bundesversammlung vom 25. März 1830.....	57
• 39. Anlage 2. Schreiben des Ober-Staatsraths von Münch- hausen an den Freiherrn von Sierstorpff vom 6. Juni 1828.....	84
• 40. Anlage 4. Schreiben der Freifrau von Sierstorpff an	

	Seite
den Ober-Staatsrath von Münchhausen vom 16. Juni 1828.....	85
Nº. 41. Auszug des Protocolls der Deutschen Bundesversammlung in der 14. Sitzung am 17. Juni 1830, §. 106. Gutachten der Reclamations-Commission und Beschluß.....	87
• 42. Erklärung der Herzoglich Braunschweigischen Regierung über die Beschwerde des Freiherrn von Sierstorpff in der 21. Sitzung der Bundesversammlung am 5. August 1830, §. 167.....	98
• 43. Auszug des Protocolls der Bundesversammlung in der 24. Sitzung am 26. August 1830, §. 195. Gutachten der Reclamations-Commission und Beschluß.....	114
• 44. Bundestagsbeschluß vom 15. October 1830.....	121
Schluß-Anmerkung.....	122

1.

Gehorsamste Anzeige und Bitte

um rechtliche Untersuchung an Seiten des vormaligen
Oberjägermeisters Freiherrn C. H. von Sierstorpff
zu Braunschweig,

wegen

Mit Anlagen des ihm angeschuldigten Vergehens der ver-
A bis F. letzten Ehrerbietung gegen den Allerdurch-
lauchtigsten Landesherren.

An

das Herzogliche Districtsgericht Braunschweig.

Im Jahre 1782 im Herzogl. Braunschweigischen Staats-
dienste als Hofjägermeister angestellt, später zum Oberjäger-
meister befördert, hatte ich diese Würden nach einander 46 Jahre
lang mit Ehren bekleidet, als des jetzt regierenden Herrn
Herzogs Hochfürstliche Durchlaucht in dem unter Anlage A.
angeschlossenen Allerhöchsten Handschreiben vom 5. Junius
v. J. mir zu eröffnen allergnädigst geruheten, daß Allerhöchst-
dieselben Sich bewogen gefunden hätten, mich in den Ruhe-
stand zu versetzen und zum Oberhofmeister zu befördern.
Meine Versetzung in den Ruhestand, ohne eine dazu von
mir gegebene Veranlassung, bestimmte mich, in der dadurch
erregten Gemüthsbewegung, zu dem Entschlusse, das Ober-
hofmeister-Patent nicht anzunehmen, und Seine Herzogl.
Durchlaucht in der unter Anlage B. abschriftlich beigelegten

Bittschrift vom 16. Junius v. J. um meinen Abschied zu bitten. Auf diese Bittschrift erging an mich das unter Anlage C. in Abschrift angeschlossene Rescript des Herzogl. Staats-Ministerii vom 17. Juni v. J., Inhalts dessen mir unverhalten wurde, daß Se. Hochfürstliche Durchlaucht, in Betracht des von mir auf die unehrerbietigste und undankbarste Weise zurückgeschickten Oberhofmeister-Patents, so wie in Rücksicht auf den gleichfalls unehrerbietigen und formlosen Inhalt meiner Zuschrift, Sich nicht bewogen finden könnten, mir jetzt den erbetenen Abschied zu ertheilen, vielmehr mich, ohne diesen Abschied, aller meiner bisherigen Titel, Ämter und Würden, wes Namens sie immer sein möchten, für verlustig erklärten, auch mir überdies für meine und meiner Ehefrau Person, vom Tage des gegenwärtigen Rescripts an, den Aufenthalt in hiesigen Landen bei Strafe der öffentlichen Landesverweisung untersagten. —

Das hierin ausgedrückte Maaß der Allerhöchsten Ungnade habe ich um so schwerer in geduldiger Ergebung ertragen, je höher die Stufe war, auf welche die landesherrliche Gnade mich gehoben hatte. Dem Gefühle beleidigter Regentenwürde, obgleich mein Gewissen von jedem Vorsatz zu verletzender Ehrfurcht gegen den Allerhöchsten Landesherrn mich freispricht, ist die vom Throne herab über mich verhängte Ausschließung von der landesherrlichen Gnade beizumessen, und tiefgebeugt fühle ich die Schwere eines so großen mich belastenden Unglücks. Unbeschadet der tiefsten Ehrfurcht gegen die geheiligte Person des Monarchen, darf ich dennoch von den gegen mich ausgesprochenen Gesinnungen persönlicher Ungnade die von der höchsten Staatsbehörde erlassene Verfügung trennen, welche in mir den Staatsbürger trifft. Während mir mit meiner Ehe-

gattin der Aufenthalt in hiesigen Landen bei Strafe der öffentlichen Landesverweisung untersagt ist, werde ich ohne Urtheil und Recht überführten Verbrechern gleichgestellt, welchen die Landesverweisung als eine schwere Strafe in den Gesetzen angedrohet ist.

Peinliche Gerichtsordnung Carls V., Art. 113. 115.

123. 127. 158. 161.

L. 28. §. 1. 13. D. de poenis.

v. Berg jur. Beobachtungen und Rechtsfälle. Th. 1.

Nº 21.

- »Die Landesverweisung ist eine schwere peinliche Strafe,
- »die ein großes Verbrechen und eine vorhergegangene
- »förmliche Untersuchung voraussetzt. Durch sie wird
- »einem überwiesenen Verbrecher der Aufenthalt in ei-
- »nem Lande auf immer, oder auf eine Zeitlang zur
- »Strafe untersagt.«

Auch entbehre ich dadurch der Bewohnung meines zu Braunschweig belegenen Hauses, mit dessen Eigenthume ich das Bürgerrecht in dieser Stadt erlangt habe.

Eine solche Strafe darf nur die richterliche Gewalt gegen mich erkennen. In jedem Staate, wo diese als gesonderter Theil der Staatsgewalt constituiert ist, hat sie den Zweck, die rechtliche Ordnung im Staate durch die Anwendung des Gesetzes auf einzelne Rechtsverhältnisse aufrecht zu erhalten und die rechtliche Sicherheit des Einzelnen zu beschützen. Der Regent ist die Quelle aller Gerichtsbarkeit, und die Ausübung seiner höchsten Gewalt bewirkt, daß überhaupt und in gesetzlichen Formen, aber nicht, wie geurtheilt werde. Mit dem erhabenen Berufe des Regenten, das Ganze des Staats zu ordnen, zu leiten und zu schützen, und dem daraus entspringenden Umfange der Regie-

runsgeschäfte, ist die unmittelbare Entscheidung über Rechte des einzelnen Staatsbürgers, welche von einer vollständigen Kenntniß der Gesetze und der Übung ihrer Anwendung ausgehen muß, unvereinbar. Obwohl der souveraine Herrscher in jeder Beziehung über alle Verantwortung erhaben und keinem höheren Richter unterworfen ist, so wird doch bei ihm stets ein gerechter und gesetzmäßiger Wille vorausgesetzt, und für jede in seinen Befehlen enthaltene Abweichung von den Gesetzen sind daher nur die ihm beiräthig und behülflich gewesenen Staatsbeamten verantwortlich. Sehr wahr sagt

Montesquieu, *Esprit des loix*. Liv. 6.

Chap. 7.

- »Les loix sont les yeux du Prince; il voit par
- »elles ce qu'il ne pourroit pas voir sans elles.
- »Veut-il faire la fonction des tribunaux? il tra-
- »vaille non pas pour lui, mais pour ses sé-
- »ducteurs contre lui.«

Die in allen monarchischen Staaten unlängst anerkannte Nothwendigkeit einer Trennung der richterlichen Gewalt von der regierenden, der richterlichen Entscheidung über die vorkommende Frage: ob ein Individuum durch strafbare Rechtsverletzung einer bürgerlichen Strafe verfallen, oder als nicht schuldig dagegen zu sichern sei, ist auch in den hiesigen Landen durch Fürstliche Reversalen, durch Reichs- und Landesgesetze formell sanctionirt, und gewährt eine sichere Schutzwehr gegen jede Beeinträchtigung des Rechtszustandes aller Staatsgenossen, sowohl für ihre Personen als für ihr Eigenthum. Namentlich ertheilte die Erklärung Herzogs Rudolph August, vom 10. Juni 1671, auf die Unterwerfung der Stadt Braunschweig zum Gehorsam, die Fürstliche Versicherung:

»Und Wiertens haben Se. Fürstl. Durchlaucht Sich da-
 »hin resolviret, daß, gleich wie Thro als Landesfürsten
 »obliege und gebühre, sie auch Zeit ihrer Landesfürst-
 »lichen Regierung Ihr eifrigst Angelegen sein lassen,
 »daß jedem Dero Unterthanen die Justiz gebührlich
 »administriert werden möge, also sollten auch die ehr-
 »liche Bürgerschaft und Angehörigen der Stadt Braun-
 »schweig dessen allemahl Genosß empfinden u.«

Das Grundprincip der Deutschen Reichsverfassung, daß
 kein Unterthan im ganzen Reiche rechtlos gelassen werden,
 daß vielmehr durch wohlbesetzte Gerichte Gerechtigkeit allent-
 halben ohne Ansehen der Person oder der Sachen streng
 gehandhabt werden solle,

Reichs-Deput.-Abschied von 1600. §. 15.

Reichs-Abschied von 1654. §. 109.

Kaiserl. Wahlcapitulation vom 5. Jul. 1792. Art. 16.

§. 1. 2.

ist auch in die vaterländische Verfassung übergegangen. Die
 Canzlei-Ordnung Herzogs August von 1651 bestimmte im
 Art. 2.:

»Insonderheit aber ist Unser unveränderlicher Wille,
 »Meinung und Resolution, darauf sich alle Unsere Un-
 »terthanen beständig zu verlassen, daß der Justiz bei
 »Unserer Rathsstube, wie nicht weniger bei Unserm
 »Fürstl. Hofgerichte ihr richtiger, freier und ungesper-
 »reter Lauf gelassen, und derselben im geringsten durch
 »keine andere Expedition oder Extrajudicial-Befehle und
 »Rescripte eingegriffen werden soll, und ob etwas dem
 »zuwider ausgehen oder verlangt würde, dasselbige
 »soll kraftlos und nichtig sein und gehalten, auch kei-
 »nes Weges von Unsern zur Justiz verordneten Canz-

»lern und Râthen, Vice-Hofrichtern und Assessoren «
 »attendirt werden.«

In gleichem Sinne entzog die

Landesherrl. Verordnung vom 30. Aug. 1699.

die Civil- und Criminal-Justiz-Sachen der Unterthanen der
 Einwirkung des Geheimen-Raths, und verordnete, daß darin
 auf keinerlei Weise eingegriffen werden solle.

Die Landschaftlichen Privilegien vom 9. April 1770
 ertheilten im Art. 13. die Fürstliche Versicherung, daß der
 Justiz ihr stracker Lauf gelassen werden solle. Die Auflö-
 sung des Deutschen Reichs und die Erhebung der Landes-
 hoheit zur völligen Souverainität hat eine Aufhebung der
 gedachten Verfassungsgrundsätze einer unbedingten und un-
 eingeschränkten Rechtspflege nicht zur Folge gehabt, viel-
 mehr verfügte der souveraine Landesherr in seiner

Verordnung vom 15. Jan. 1814. §. 8.

»Vom 1. März d. J. an, treten die früher in hiesigen
 »Landen gewesenen Rechte und Landes-Verordnungen
 »wieder in ihre gesetzliche Kraft.

§. 2. N^o 4.

»Alle Verbrechen und Vergehungen, welche eine här-
 »tere Strafe als 14 Tage Gefängniß oder 10 Rthlr.
 »Geldbuße nach sich ziehen, werden von den Kreis-
 »gerichten vollständig untersucht, und der Proceß bis
 »zum Erkenntniß instruiert, sodann aber die Acten zur
 »Abgebung eines Erkenntnisses an das Landesgericht
 »eingesandt werden.«

Selbst die neue Gestaltung Deutschlands zu einem Staaten-
 bunde ertheilte eine Garantie, daß in keinem Falle dem in
 seinen Rechten verletzten Staatsbürger Gerechtigkeit versagt
 werden dürfe, durch die von dem Bundesvereine ausge-

sprochene Zulassung erwiesener, nach der Verfassung und den bestehenden Gesetzen jedes Landes zu beurtheilenden, Beschwerden über verweigerte oder gehemmte Rechtspflege.

Wiener Schluß-Acte vom 15. Mai 1820. Art. 29.

Verleßt in meinem gesetzlich geschützten Rechtszustande durch eine Handlung der Macht, beschwerte ich mich bei dem Durchlauchtigsten Landesherren über die Verfügung des Herzogl. Staats-Ministerii (Bittschrift vom 7. Jul. 1828, abschriftliche Anlage D.) und bat ehrfurchtsvoll um gerichtliche Untersuchung, erhielt aber vom Herzogl. Staats-Ministerio die in der Anlage E. abschriftlich angeschlossene abschlägliche Verfügung vom 9. Jul. 1828.

So bleibt mir denn jetzt nur übrig, unmittelbar unter den Schutz des Gesetzes mich zu begeben, um die Herstellung meines mit Hintansetzung der gesetzlichen Form beeinträchtigten Rechtszustandes zu bewirken. Die höchste Staatsgewalt hat durch ihre Verfügung zu erkennen gegeben, daß sie in mir einen Schuldigen bestraft wissen wolle. Damit ist die Competenz des richterlichen Strafamts auf die Anzeige des Betheiligten begründet. Es giebt keine Strafe vor dem Urtheilsspruche, und die höchste Verfügung, indem sie durch das Gesetz von dem Charakter einer Strafverfügung entkleidet wird, behält jetzt die Eigenschaft einer vom Staate, mit Rücksicht auf

I. un. C. si quis imperatori maledixerit.

gegen mich gerichteten Anklage, welche ich, als der Angeeschuldigte, hiemit selbst zur gerichtlichen Anzeige bringe, und mich zugleich zur Untersuchung vor meinen ordentlichen Richter stelle. Die höchste Verfügung, welche mich eine Strafe empfinden läßt, noch ehe ein Rechtspruch ergangen ist, kann nicht als eine Beschränkung des mir noch jetzt

offen stehenden Rechtsganges vor dem Gerichte meines Wohnorts betrachtet werden, weil auch die befehlende Macht des Staats an ihre, das Richteramt von dem Gehorsam gegen Eingriffe in Justiz-Partei-Sachen entbindenden Gesetze, so wie an die Verwaltung der Rechtspflege gebunden ist und den Lauf derselben nicht hemmen darf. Die verfassungsmäßige Rechtspflege wird durch eine verfassungswidrige Verfügung, selbst der höchsten Staatsgewalt, nicht verhindert, denn es liegt in ihrem Wesen, als einer übertragenen selbstständigen Gewalt, daß jeder Einzelne nur nach dem Gesetze behandelt, und jeder Eingriff der Staatsgewalt in die Rechte des Einzelnen verhütet werde. Die unsichtbare Herrschaft des Gesetzes ergreift in jedem Momente die Handlungen physischer Gewalt, und Recht ist nicht gedenkbar, wo Eigenmacht und Gewalt das Uebergewicht haben. Die oberste Staatsgewalt kann nur wollen, daß in keinem Falle dem Staatsbürger Gerechtigkeit versagt werde, und so verschwindet jeder Einfluß der Macht oder Willkühr auf das Recht, sobald der Richter dem Gesetze den verfassungsmäßigen Gehorsam leistet.

Der Herrschaft des Gesetzes willig mich unterwerfend, darf ich den Schutz des competenten Gerichts in der auf die Forderung des Staats gegen mich einzuleitenden Untersuchung ehrerbietig anrufen, und zugleich auf die Gewährung eines sicheren Geleits während derselben, da kein Thatbestand eines peinlich zu bestrafenden Verbrechens vorliegt, rechtlichen Anspruch machen. Unter Erklärung meiner Bereitwilligkeit, vor diesem Herzogl. Districtsgerichte behuf der einzuleitenden Untersuchung persönlich zu erscheinen, bitte ich gehorsamst:

über das in dem höchsten Rescripte vom 17. Juni v. J.

mir angeschuldigte Verbrechen der verletzten Ehrerbietung gegen den Allerhöchsten Landesherren die rechtliche Untersuchung zu verordnen, während derselbe ein sicheres Geleit mir und meiner Ehegattin zu bewilligen, und nach geschlossener Untersuchung die Acten zur Abgebung eines Erkenntnisses an das Herzogl. Landesgericht gewogentlichst einzusenden.

Der Freiherr v. Sierstorpff hat zu der Ueberreichung des vorstehenden Antrages seinem unterzeichneten Rechtsbeistande die unter Anlage F. beigelegte Vollmacht ¹⁾ übersandt, und ist bereit, sobald das Herzogl. Districtsgericht zu der gebetenen Untersuchung sich competent erklärt haben wird, die Anlagen A. C. E. im Originale vorzulegen.

Wolfsenbüttel,
den 17. Aug. 1829.

Bruno Dr.

¹⁾ Die Anlage F., als eine bloße Proceßvollmacht, bleibt hier weg.

A n l a g e n.

2.

A n l a g e A.

Mein lieber Oberhofmeister von Sierstorpff!
Es wird Ihnen mein Oberstaatsrath von Münchhausen bereits haben zukommen lassen, wie Ich unterm 1. dieses Monats in Erwägung der von Ihnen Unserm Hause geleisteten Dienste mich bewogen fand, Sie in den Ruhestand versetzend, zum Oberhofmeister zu befördern. Ich wünsche, daß Sie darin diejenige besondere Würdigung Ihrer Verdienste wahrnehmen mögen, welche Ich anerkenne.

Braunschweig, den 5. Juni 1828.

Carl H.

An

Unsern Oberhofmeister von Sierstorpff.

3.

A n l a g e B.

Allerdurchlauchtigster Herzog,
gnädigster Fürst und Herr!

Da Ew. Herzogliche Durchlaucht geruhet haben, mir den Dienst, den ich unter contractlicher Verpflichtung Allerhöchstdero Höchstseltigen Herrn Großvaters antrat, und dem ich nun bald 50 Jahre lang mit Ehre vorgestanden, ohne rechtliche Veranlassung zu nehmen, ich nicht wünsche,

den Titel eines Oberhofmeisters zu haben, auch einer jährlichen Unterstützung von 1000 Thlr. nicht bedarf; so habe ich das erst gestern vom Herrn Oberstaatsrath von Münchhausen erhaltene Patent demselben heute wieder zugeschickt, und ersuche ich Ew. Herzogliche Durchlaucht ganz ehrsamst, mir meinen Abschied zu ertheilen.

Mit dem vollkommensten Respect,

Allerdurchlauchtigster Herzog, gnädigster Fürst und Herr,

Ew. Herzoglichen Durchlaucht

Driburg,

unterthänigst-gehorsamster

den 16. Juni 1828.

C. v. Sierstorpff²⁾

4.

Anlage C.

Auf Ihre an Seine Hochfürstliche Durchlaucht gerichtete und an Uns zur Beantwortung abgegebene Zuschrift vom 16. d. M. lassen Wir Ihnen unverhalten, daß Allerhöchstdieselben in Betracht des von Ihnen auf die unehrerbietigste und undankbarste Weise zurückgeschickten Oberhof-

²⁾ Zur Rechtfertigung der Stimmung, in welcher der Bittsteller schrieb, diene die Bemerkung, daß ihm ein von dem Geheimen Oberstaatsrath von Münchhausen und dem Oberceremonienmeister von Belgien dem Postjägermeister Grafen von Belthelm geschehener, von diesem aber zurückgewiesener Antrag, den Königlich-Hannoverschen Staats- und Cabinetsminister Grafen von Münster zum Zweikampf auf Tod und Leben herauszufordern, bekannt war, und daß er, durch die Braunschweigischen Anzeigen vom 14. Jun. von der Ernennung seines Nachfolgers unterrichtet, die vollkommen als richtig bewährte Ueberzeugung hegte, das ihm genommene Amt sei bestimmt, damit eine Handlung jener Art zu belohnen.

Der Herausgeber.

meisterpatents, so wie in Rücksicht auf den gleichfalls unehrerbietigen und formlosen Inhalt Ihrer erwähnten Zuschrift, Sich nicht bewogen finden können, Ihnen jetzt den erbetenen Abschied zu ertheilen, vielmehr Sie ohne diesen Abschied, hierdurch aller Ihrer bisherigen Titel, Aemter und Würden, wes namens sie immer seyn mögen, für verlustig erklären, auch Ihnen überdieß für Ihre und Ihrer Ehefrau Person, vom Tage des gegenwärtigen Rescripts an, den Aufenthalt in hiesigen Landen bei Strafe der öffentlichen Landes-Verweisung untersagen.

Braunschweig den 17. Junius 1828.

Herzogl. = Braunschweig = Lüneb. Staats = Ministerium.

G. v. v. Bülow. v. Münchhausen.

An

den Herrn von Sierstorpf

Hochwohlgebohrn

zu Driburg.

5.

Anlage D.

Allerdurchlauchtigster Herzog,
gnädigster Fürst und Herr!

Da von Ew. Herzoglichen Durchlaucht Staats-Ministerio unterm 17. v. M. meiner und meiner Ehefrau Person der Aufenthalt in Allerhöchstdero Landen bei Strafe öffentlicher Landes-Verweisung untersagt worden ist, ich aber eine solche, ein Criminal-Verbrechen voraussetzende Behandlung nicht zu verdienen glaube; so erlaube ich mir die unterthänigste Bitte, daß Ew. Herzogliche Durchlaucht gnädigst geruhen möchten, solches Verfahren, das nur durch Irrthum veranlaßt seyn kann, zurück zu nehmen,

oder mir die Gerichtsbehörde benennen zu lassen, bei der die Untersuchung der Sache statt finden soll.

Mit dem tiefsten Respect

Allerdurchlauchtigster Herzog, gnädigster Fürst und Herr,
Ew. Herzoglichen Durchlaucht

Driburg, unterthänigst-gehorsamster
den 7. Juli 1828. C. v. Sierstorpff.

6.

A n l a g e E.

Auf Ihr bei des Herzogs Durchlaucht unterm 7. d. M. eingereichtes Immediat-Gesuch lassen Wir Ihnen unverhalten, daß es in Betreff Ihrer und Ihrer Ehefrau bei dem Beschlusse des unterzeichneten Staats-Ministerii vom 17. Juni c. lediglich sein Bewenden behalten müsse.

Braunschweig, den 9. Juli 1828.

Herzogl. Braunschweig-Lüneb. Staats-Ministerium.

An

v. Münchhausen.

den Herrn von Sierstorpff
zu Driburg.

7.

An Herzogliches Landesgericht.

Herzogliches Districtsgericht Braunschweig
bei Einsendung einer Anzeige des Ober-
jägermeisters von Sierstorpff.

Es hat der dortige Procurator Dr. Bruns Namens des vormaligen Oberjägermeisters von Sierstorpff unterm 18. v. M. die hiebei angeschlossene Anzeige und Bitte um

gerichtliche Untersuchung wegen des ihm angeschuldigten Vergehens der verletzten Ehrerbietung gegen den Allerhöchsten Landesherrn eingereicht. Da jedoch (wie auch selbst in der erwähnten Schrift angeführt ist) uns kein Thatbestand zur Untersuchung eines peinlich zu bestrafenden Verbrechens vorhanden zu seyn scheint, so haben wir jene Schrift zu dem Ermessen des Herzoglichen Landesgerichts zu verstellen nicht ermangeln wollen.

Braunschweig, den 1. Sept. 1829.

Herzogliches Districtsgericht.

8.

An Herzogliches Districtsgericht Braunschweig.

Die mit Ihrem Berichte vom 1. d. M. eingesandte Anzeige des vormaligen Oberjägermeisters v. Sierstorpff erhalten Sie hiebei zurück, da, nachdem derselbe den Gesetzen gemäß auf eine Untersuchung der ihm zur Last gelegten Vergehen angetragen hat, um die in Beziehung darauf gegen ihn erlassenen Verfügungen abzuwenden, zuvörderst die Richtigkeit der gemachten Angaben in Gewißheit zu setzen ist.

Da nun die Anlagen B. C. und E. aus dem Herzoglichen Staats-Ministerio ergangen seyn sollen, so haben Sie, unter Anschluß einer beglaubigten Abschrift der v. Sierstorpff'schen Anzeige nebst den Anlagen, an das Herzogliche Staats-Ministerium zu berichten und sich Auskunft darüber zu erbitten, ob es mit den jener Anzeige von A. bis E. angeschlossenen Anlagen seine Richtigkeit habe, und ob namentlich auf Veranlassung des Gesuchs vom 16. Juni 1828

das Rescript vom 17. Juni an den Freiherrn von Sierstorpff erlassen sey.

Insoweit nach eingegangener Antwort des Herzoglichen Staats-Ministerii eine fernere Untersuchung erforderlich werden sollte, haben sie selbige einzuleiten, hiernächst aber die Acten wieder an uns einzusenden, übrigens den Freiherrn von Sierstorpff mittelst einer demselben auf sein Gesuch zu ertheilenden Resolution von dem, was vorläufig geschehen, in Kenntniß zu setzen.

Wolfenbüttel, den 10. September 1829.

Herzoglich Braunschweig-Lüneb. Landesgericht.

Dedekind.

9.

An Herzogliches Staatsministerium
unterthänig-gehorsamst.

Der vormalige Oberjägermeister Freiherr von Sierstorpff hat am 18. v. M. die in beglaubigter Abschrift unterthänig-gehorsamst angebotene Anzeige allhier eingereicht, und ersuchen wir Herzogl. Staats-Ministerium in Gefolg eines anher gelangten Rescripts Herzogl. Landesgerichts vom 10. d. M. unterthänig-gehorsamst um Auskunft darüber, ob es mit den der Anzeige angeschlossenen Anlagen seine Richtigkeit hat, und ob namentlich auf Veranlassung des Gesuchs vom 16. Juni v. J. das Rescript vom 17. dess. M. an den Freiherrn von Sierstorpff erlassen ist.

Mit der größten Ehrerbietung

Braunschweig, des Herzoglichen Staatsministerii
den 15. Sept 1829. unterthänig-gehorsamstes
Herzogliches Districtsgericht hieselbst.

10.

Dem Herrn Freiherrn C. H. von Sierstorpff zu Driburg wird auf die am 19. v. M. eingereichte Anzeige und Bitte um Untersuchung zur Resolution ertheilt:

daß in Gefolg eines vom Herzogl. Landes-Gerichte anhero erlassenen Rescripts dem Herzogl. Staats-Ministerio Bericht unter Anschluß einer beglaubten Abschrift der Anzeige sammt den Anlagen am heutigen Tage erstattet ist, und soll, sobald diejenige Auskunft, um deren Mittheilung Herzogl. Staats-Ministerium ersucht worden, eingegangen sein wird, weiter Verordnung erfolgen.

Braunschweig, den 15. Sept. 1829.

Herzogliches Districtsgericht hieselbst.

W. Henke.

11.

Fernere gehorsamste Bitte

des vormaligen Oberjägermeisters von Sierstorpff zu Braunschweig.

An

das Herzogliche Districtsgericht Braunschweig.

In der verehrlichen Resolution vom 15. d. M. vermiße ich eine Verfügung über die von mir gebetene Bewilligung eines sicheren Geleits, um während der anhängigen Untersuchung nach meinem Wohnorte Braunschweig ungehindert zurückkehren zu dürfen. Es sei mir daher die gehorsamste Bemerkung erlaubt, daß kein gesetzlicher Grund obwaltet, nach der eröffneten rechtlichen Untersuchung, die Bewoh-

nung meines eigenen Hauses zu Braunschweig stillschweigend mir jetzt zu versagen, und dadurch eine Beschränkung meiner staatsbürgerlichen Freiheit gegen mich bestehen zu lassen, während das Ergebniß der Untersuchung erst darüber entscheiden soll, ob ich ein solches Uebel verschuldet habe. Auf den Fall, daß das Herzogl. Staats-Ministerium auf den Bericht vom 15. d. M. die gebetene Auskunft noch nicht ertheilt haben sollte, lege ich hiemit die in meiner Anzeige vom 17. Aug. d. J. erwähnten Anlagen A. C. E.³⁾ im Originale vor, und bescheinige dadurch den in jener Anzeige vorgetragenen Thatbestand, so wie die Beeinträchtigung meines Rechtszustandes, gegen welche ich den Schutz der Gesetze ehrerbietig in Anspruch genommen habe. Bei dem bevorstehenden Schlusse der Untersuchung wird meine persönliche Anwesenheit zu Braunschweig unumgänglich erforderlich sein, damit der in der

Verordnung vom 3. Febr. 1814 §. 32.

vorgeschriebene summarische Vorhalt mir, dem Angeschuldigten, gerichtlich vorgelesen und ich mit meinen Bemerkungen darüber gehört werde. Sowohl zur Beförderung der gebetenen Untersuchung, als auch in der Absicht, als Bürger der Stadt Braunschweig daselbst meinen Wohnsitz fortzusetzen, darf ich um das behuf meiner Rückkehr mir zu bewilligende sichere Geleit wiederholt nachsuchen. An der Gewährung des Antrages eines sojährigen Greises, daß ihm gestattet werde, die Schwelle seines eigenen Hauses wieder zu betreten, an welches ihn die Gewohnheit seines Lebens fesselt, wo er jetzt sein Haupt zur Ruhe zu legen wünscht, eingedenk, daß ihm vielleicht nur noch Tage und Stunden gezählt

³⁾ Oben unter den Nummern 2. 4. 6.

sind, wird die Gerechtigkeit des Richteramts einen nicht geringeren Antheil haben, als die Humanität desselben. Ehrerbietig bitte ich ferner gehorsamst:

die Verfügung über das mir zu bewilligende
sichere Geleit nunmehr gewogentlichst zu erlassen.

Wolfenbüttel, den 26. Sept. 1829.

Für den Freiherrn von Sierstorpff.

Bruno Dr.

12.

An das Herzogliche Districtsgericht Braunschweig.

Wir eröffnen dem Herzogl. Districtsgerichte Braunschweig auf die Anfrage vom 15. d. M. in Betreff der gbschriftlich mit eingereichten Eingabe des vormaligen Oberjägermeisters von Sierstorpff zu Driburg, wie es mit den Anlagen der letztern seine Richtigkeit hat, und insbesondere das darunter befindliche Rescript vom 17. Juni v. J. auf Veranlassung des Sierstorpff'schen Gesuchs vom 16. ej. von Landesfürstlicher Machtvollkommenheit ausgegangen, und unter Berücksichtigung von Grundsätzen, welche der höchsten Landespolizei angehören *), erlassen worden ist.

Braunschweig, den 22. Sept. 1829.

Herzogl. Braunschw.-Lüneb. Staats-Ministerium.

G. P. v. Bülow. v. Münchhausen.

*) Wäre im vorliegenden Falle nur wenigstens die Möglichkeit begründet gewesen, die erlassene Verfügung in das Gebiet der höchsten Landespolizei zu ziehen, so hätte die Verhandlung und Entscheidung der Justiz vorläufig sistirt werden müssen. Der alsdann entstandene Competenz-Conflict hätte nicht von der Justizbehörde

13.

Eilig.

Wiederholte gehorsamste Bitte

des

vormaligen Oberjägermeisters Freiherrn v. Sierstorpf
zu Braunschweig.

An

das Herzogl. Districtsgericht Braunschweig.

Der Implorant hat auf seine am 27. Sept. d. J. überreichte Bitte eine Resolution noch nicht erhalten, obgleich

entschieden werden dürfen, sondern einer präjudiziellen Regulirung bedurft. Allein das Deutsche gemeine Criminalrecht kennt (übereinstimmend mit dem Braunschweigischen Landrechte) überall keine Beschränkung des Grundsatzes, daß jeder zur Vergeltung für rechtsverletzende Handlungen zuzufügende Verlust an Freiheit und Ehre stets dem Ausspruche des competenten Richters unterworfen sei. Auch neuere Gesetzgebungen ertheilen in dieser Hinsicht besondere Garantien, z. B. die Königl. Französische Ordonnanz vom 1. Jun. 1828. Art. 1. durch die Verfügung, daß alle *conflicts d'attribution*, d. h. alle Conflicte, wodurch die administrative Gewalt eine vor die Gerichte gebrachte Sache als zum administrativen Ressort gehörend behauptet, in Criminal-Fällen nicht erhoben werden können.

Die in obigem Rescripte erklärte Ansicht erscheint nicht aus dem Gesichtspuncte eines Competenz-Conflicts, sondern als terroristischer Mißbrauch eines Zweiges der Staatsgewalt, welcher, weit entfernt die Rechtssicherheit des einzelnen Bürgers zu gefährden, (vergl. unten Seite 27. Anm.) mit der Justiz gleichsam verbunden ist, um die öffentliche Ordnung und Sicherheit aufrecht zu erhalten. Der enthüllte Mißbrauch der höchsten Landespolizeigewalt hätte dem schwachen Richter Furcht einflößen können; dem im Pflichtgeföhle starken, seiner Selbstständigkeit und Unabhängigkeit ergebenen war er kein Hinderniß, dem Gesetze die schuldige Folge zu leisten.

Der Herausgeber.

der Gegenstand derselben — die während der anhängigen Untersuchung für den Imploranten durch den ihm versagten Zutritt in seinem eigenen Hause noch immer fortwährende Freiheitsbeschränkung — wie eine verhängte Freiheitsentziehung durch gefängliche Haft, ohne allen Aufschub zur richterlichen Beurtheilung gezogen werden muß. Der Implorant bezieht sich in dieser Hinsicht auf die ausdrückliche Vorschrift der

Verfügung vom 3. Febr. 1814. §. 30.

daß in Untersuchungssachen sowohl auf die eingekommene Anzeige, als in jedem andern dringenden Falle die sogleich nöthigen provisorischen Verfügungen auf der Stelle erlassen werden sollen,

darf von der Richterpflcht ehrerbietig erwarten, daß sie auch in dem vorliegenden Falle die Gerechtigkeit bedenken werde, und bittet gehorsamst:

nunmehr endlich die gebetene Verfügung des
sicheren Geleits gewogentlichst zu erlassen.

Wolfenbüttel, den 17. Oct. 1829.

Bruno Dr.

14.

Ganz gehorsamste Bitte

des

vormaligen Oberjägermeisters Freiherrn v. Sierstorpf
zu Braunschweig, Imploranten.

An

das Herzogliche Landesgericht.

Der Implorant ist auf das in Abschrift beigefügte, am 17.
d. M. bei dem Herzogl. Districtsgerichte Braunschweig

überreichte Beförderungsgesuch, aus dem Secretariat desselben benachrichtigt, daß die Acten mit der am 27. v. M. überreichten Bitte sogleich dem Herzogl. Landesgerichte zur Entscheidung eingesandt seien. Der Implorant befindet sich nunmehr über zwei Monate in den Händen der Justiz, und harret noch bis diesen Augenblick vergeblich der Verfügung eines sicheren Geleits zu seiner Rückkehr nach Braunschweig. Bis dahin sieht der Implorant, ohne rechtlichen Grund einer Beschränkung seiner staatsbürgerlichen Freiheit, die Ausübung seines geringsten staatsbürgerlichen Rechts, die Schwelle seines eigenen Hauses betreten zu dürfen, nicht unter den Staatsschutz gestellt. Der unterzeichnete Anwalt des Imploranten ist beauftragt, dessen Anträge, so lange die Justiz ihm weder versagt noch verzögert werde, dringend zu erneuern, und hält sich daher zu der ganz gehorsamsten Bitte verpflichtet:

vor der abzugebenden Entscheidung die Acten
behuß der Verfügung über das gebetene sichere
Geleit dem Herzogl. Districtsgerichte Braun-
schweig hochgeneigtest zu remittiren.

Wolfenbüttel, den 23. Oct. 1829.

Bruno Dr.

15.

Auf die bei Herzoglichem Landesgerichte von dem vormaligen Oberjägermeister Freiherrn von Sierstorpff zu Braunschweig unterm 24. October d. J. eingereichte Bitte wird hiermit zur Resolution ertheilt: daß, sobald die persönliche Vernehmung des Imploranten, deren Erforderniß nach der Lage der Sache noch nicht zu beurtheilen steht, nothwendig werden und der Implorant dann eines

sichern Geleits bedürfen sollte, wegen dessen Ertheilung das Erforderliche werde verfügt werden.

Wolfsenbüttel, den 27. October 1829.

Herzoglich Braunschweig-Lüneb. Landesgericht.

Dedekind.

16.

Ganz gehorsamste Bitte

des

vormaligen Oberjägermeisters Freiherrn v. Sierstorpf
zu Braunschweig, Imploranten.

An

das Herzogliche Landesgericht.

Der Implorant ersieht aus der hohen Resolution vom 27. v. M., daß über die von ihm erbetene Ertheilung eines sichern Geleits nur in Beziehung auf die anhängige Untersuchung verfügt worden, und sein Antrag, während der Untersuchung in seinem Hause zu Braunschweig wohnen zu dürfen, unberücksichtigt gelassen sei. Der Implorant muß also jetzt, zugleich als Folge der gerichtlichen Untersuchung, den Nachtheil erleiden, daß ihm während derselben die Ausübung der natürlichen Freiheit, sein eigenes Haus bewohnen zu dürfen, versagt werde. Inwiefern durch die bisherige Untersuchung eine so harte Maaßregel gerechtfertigt werde, vermag der Implorant erst alsdann zu beurtheilen, wenn die noch nicht zu seiner Kenntniß gelangten Verhandlungen seit der Resolution des Herzogl. Districtsgerichts Braunschweig vom 15. Sept. d. J. zu seiner Einsicht vorliegen. Der Implorant beabsichtigt nun wegen der ihm während der Untersuchung, so lange seine persönliche

Vernehmlassung nicht nothwendig sei, versagten Rückkehr nach Braunschweig, eine Vorstellung zu rechtfertigen, und bittet deshalb ganz gehorsamst:

ihm die Einsicht der Acten hochgeneigtest zu gestatten.

Wolfenbüttel, den 3. Nov. 1829.

Bruno Dr.

17.

Auf die bei Herzoglichem Landesgerichte von dem vormaligen Oberjägermeister von Sierstorpff zu Braunschweig unterm 4. d. M. eingereichte Bitte wird hiermit zur Resolution ertheilt: daß dem Imploranten die gebetene Einsicht der von dem Herzoglichen Districtsgerichte zu Braunschweig eingesandten Untersuchungs-Acten gestattet werde, übrigens demselben unverhalten bleibe, daß den Umständen nach und nach der Beschaffenheit der von dem Imploranten in Antrag gebrachten Untersuchung, unter dem 15. v. M. zuvorst an des Herzogs Durchlaucht Bericht erstattet, und bis jetzt daher, rücksichtlich der Untersuchung, nicht vorgeschritten sei.

Wolfenbüttel, den 6. Nov. 1829.

Herzogl. Braunschw.-Lüneb. Landesgericht

Settling.

18.

Das Herzogl. Landesgericht überreicht allerunterthänigst die Anzeige und Bitte des vormaligen Oberjägermeisters Freiherrn von Sierstorpff, um Untersuchung des ihm angeschuldigten Vergehens der verletzten Ehrerbietung gegen den Allerdurchlauchtigsten Landesherrn.

Ad Serenissimum.

Em. Hochfürstl. Durchlaucht bitten wir um Allergnädigste Erlaubniß, Allerhöchstdenenselben die seitwärts gedachte Anzeige und Bitte nebst den Anlagen A. bis E., da die Anlage F. nur Vollmacht ist, in beglaubigter Abschrift vorlegen zu dürfen.

Aus jener Eingabe des Freiherrn von Sierstorpff wollen Allerhöchstdieselben zu ersehen geruhen, daß derselbe, in dem Dafürhalten, des in Frage stehenden Vergehens sich nicht schuldig gemacht und die in dem Rescripte des Herzogl. Staats-Ministerii vom 17. Jun. gegen ihn erlassene Verfügung nicht verwirkt zu haben, auf gerichtliche Untersuchung und Bestrafung anträgt.

Sowol die Untersuchung eines Vergehens, als das Erkenntniß über die verwirkte Strafe gehört als Sache der Justiz zur Competenz der Gerichte, und ist daher der vorgedachte Antrag des Freiherrn von Sierstorpff gesetzlich begründet.

Insonderheit stehen diesem Antrage die hiesigen Landesgesetze, namentlich die Vorschrift des §. 2. der Canzlei-Ordnung in den Worten zur Seite:

Insonderheit aber ist Unser unveränderlicher Wille
u. s. w.

Nach den von uns eidlich angelobten Pflichten, mit denen Ew. Hochfürstl. Durchlaucht Allerhöchsten Person wir verbunden sind, können wir bei jener gesetzlichen Vorschrift keinen Anstand nehmen, dem Antrage des Freiherrn von Sierstorpff nachzukommen, und da nicht nur die ersten Staatsmänner, sondern selbst die größten Fürsten jeder Zeit darin einverstanden sind, daß das Wohl der Staaten ganz besonders mit von einer gewissenhaften und durchaus gleichen Verwaltung der Justiz abhängig sei, so dürfen wir uns überzeugt halten, durch ein solches pflichtmäßiges Verhalten des Allergnädigsten Beifalls Ew. Herzogl. Durchlaucht, den wir als den höchsten Lohn unserer Dienstanstrengung verehren, uns würdig zu machen.

Von der treuesten Ergebenheit gegen Ew. Hochfürstl. Durchlaucht Allerhöchste Person indeß eben so sehr als von unsern Dienstpflichten erfüllt, erachten wir uns als Ew. Herzogl. Durchlaucht allerunterthänigste und treu-gehorfamste Diener verbunden, zuvörderst an Allerhöchstdieselben zu berichten, und bei der obgedachten Vorschrift der Canzlei-Ordnung in Unterthänigkeit anheim zu geben, ob Ew. Hochfürstl. Durchlaucht nicht geruhen möchten, Allergnädigst zu verordnen, daß das mehrgedachte Rescript des Herzogl. Staats-Ministerii zurückgenommen werde.

Da übrigens von dem Vergehen der verletzten Ehrerbietung gegen Ew. Hochfürstl. Durchlaucht Allerhöchste Person die Rede ist, nun aber bei dergleichen Vergehen das Gesetz dem Richter zur ersten Pflicht macht, noch vor Einleitung der Untersuchung an die Allerhöchste Person des Fürsten zu berichten, damit Höchstderselbe Allergnädigst er-messen möge, ob, den Umständen nach, dem Vorgange nachgesehen, oder die Untersuchung eingeleitet werden solle, so

bitten wir ferner allerunterthänigst, uns hierüber mit Allergnädigstem Befehle zu versehen.

Geruchen Ew. Hochfürstl. Durchlaucht diesen unsern allerunterthänigsten Bericht als den höchsten Ausdruck unserer größten Ergebenheit und derjenigen tiefsten Ehrerbietung zu genehmigen, in der wir ersterben

Guer 1c. 1c.

Wolfenbüttel,

den 15. Oct. 1829.

Herzogliches Landesgericht.

19.

Vorstellung und Bitte

des vormaligen Oberjägermeisters Freiherrn v. Sierstorpff in Braunschweig, Inculpaten.

An

Herzogl. Braunsch.-Lüneb. Landesgericht.

Ich bin der freigeborne Mann Caspar Heinrich Freiherr von Sierstorpff, Unterthan eines Deutschen Bundesstaats — des Herzogthums Braunschweig — Bürger der Haupt- und Residenzstadt Braunschweig. An mein Dasein knüpfen sich theils die allgemeinen Menschenrechte der sittlichen Freiheit, theils die mir als Staatsbürger und Mitglieder einer Stadtgemeinde zustehenden Rechte der Theilnahme an der rechtlichen Sicherheit und gesetzhichen Ordnung im Staate. Jene erheben mich zur äußern rechtlichen Selbstständigkeit mit dem Anspruche auf Unabhängigkeit von fremden willkürlichen Bestimmungen meines Handelns; diese bewahren mir den gesetzhichen Schutz meines Rechtszustandes und die darauf sich beziehende Handhabung des Friedens und der

Gerechtigkeit ⁵⁾). Als Bürger des Staats stehe ich vor Gericht, in schuldigem Gehorsam den Ausspruch des Gesetzes über meine Handlungen, welche die höchste Staatsgewalt als ein Verbrechen mir zur Last legt, ehrerbietig erwartend. Die vom Staate angeordnete richterliche Gewalt hat den Gegenstand der vorliegenden Untersuchung ihrem Wirkungskreise durch die Anerkennung der Bedingungen einer Rechts-sache angeeignet; ihre Thätigkeit wird daher auf die Beurtheilung sich erstrecken, ob die von der regierenden Gewalt gegen mich ausgesprochene Strafe der Landesverwei-

⁵⁾ Die hier in Anspruch genommenen Rechte der natürlichen Freiheit der Unterthanen sind keine andere als solche, die von jeher im Deutschen Reiche den Unterthanen zugestanden wurden. Das Reichsammergericht erkannte am 16. Jun. 1787. in Sachen Heißlerischer Eheleute wider die Fürstl. Speiersche Regierung, daß jene von Langenbrücken nach Ringolsheim wider ihren freien Willen zu ziehen nicht verbunden, sondern daselbst von dem Hrn. Bischöfe und Fürsten zu Speier, so lange sie sich ihrer Unterthanenpflicht gemäß betragen, ruhig und ungestört zu belassen seien; ferner, daß mehrgedachter Herr Bischof und Fürst zu Speier wegen des, auf ausdrückliche Befehle, den 29. April 1782, von einer zahlreichen Amts-Deputation mit Zuziehung einer Hebamme, den 8. Mai d. a., aber auf einen neuen Fürstl. Cabinetsbefehl, an der ihrer Niederkunft sehr nahen, mithin derjenigen Landes-herrlichen obersten Polizeiaufsicht, worauf der Herr Fürst die erlassenen Befehle zu begründen vermeinen, am ersten würdig gewesenem Heißlerischen Ehefrau unternommenen, allem Recht und der Billigkeit, auch Deutschen bürgerlichen Freiheit ganz entgegen gehenden harten Verfahrens, mithin wegen alles dieses auf die ausdrücklichen Befehle des Herrn Fürsten der gedachten Heißlerin zugesügten Unrechts und der damit verknüpften Unbild und Beleidigung in 1000 Fl. pro satisfactione privata für die Heißlerische Ehefrau und überdies in eine fisciatische Strafe von 10 Mark löthigen Goldes zu condemniren sei. — Neuß. Staats-canzlei XX. 423 ff. S. 431. No 1.

sung über mich zu verhängen oder gesetzlich nicht begründet sei. Während die Bedingungen der Schuld, wie der Unschuld, untersucht werden, verbleibe ich in dem Genuße meiner bürgerlichen Freiheit. So will es der Zweck der richterlichen Gewalt — Beschützung der individuellen Rechtssicherheit — und dessen Wirkung, die Abwendung eines Uebels, auf dessen Zufügung nur durch das Verbrechen ein Recht wider den Verbrecher begründet wird; so will es der Grundsatz der Strafrechtspflege, daß der Verdächtige nicht schon als Schuldiger behandelt, daß in die individuelle bürgerliche Freiheit nicht ohne Grund und Noth, d. h. nicht willkürlich, eingegriffen werde.

Die während meines Aufenthalts im Auslande von der höchsten Landesbehörde gegen mich erlassene Verfügung, daß mir der Aufenthalt in den hiesigen Landen bei Strafe der öffentlichen Landesverweisung untersagt werde, besteht noch in diesem Augenblicke während der eingeleiteten Untersuchung, und ist sogar in Beziehung darauf in dem höchsten Rescripte vom 22. Sept. d. J. an das Herzogliche Districtsgericht Braunschweig bestätigt. Eine solche Beschränkung meiner Freiheit, welche mich verhindert, mein eigenes Haus in Braunschweig zu bewohnen, wird zum Gegenstande richterlicher Beurtheilung durch das unverkennbare Merkmal einer Verletzung von Rechten, zu deren Schutze ich die richterliche Gewalt anrufen darf, und allein nur anrufen kann, weil die erklärte Willensmeinung der regierenden Macht jede andere Aushülfe unmöglich macht. Die Frage bedarf hier einer Entscheidung, ob die gegen mich verfügte Beschränkung meiner staatsbürgerlichen Freiheit im Laufe der anhängigen Untersuchung bestehen bleiben müsse? Der Entscheidung hierüber steht die von der regierenden Gewalt

erlassene Verfügung nicht entgegen, denn rechtliches Dasein, Wirkung und Folgen der Regierungshandlungen, welche die Rechte eines einzelnen Bürgers betreffen, fallen unter das richterliche Urtheil, insofern es darauf ankommt, ob dem Einzelnen durch einen Regierungsact etwas von dem Seinigen entzogen werde. Die Selbstständigkeit der einmal übertragenen Gewalt gestattet nicht, daß deren Anwendung durch Regierungsbefehle gehemmt werde. Die vaterländische Rechtsverfassung verpflichtet sogar den Richter, sein Amt als ein selbstständiges in solchem Umfange zu verwalten. Frei und unabhängig wird daher das richterliche Urtheil über die Gesetzmäßigkeit der mich verletzenden Regierungshandlung sich aussprechen dürfen und müssen.

Meine Vertheidigung gegen die Fortdauer der verfügten Landesverweisung im Laufe der Untersuchung, und damit die Rechtfertigung meiner jetzigen Vorstellung gegen die hohe Resolution vom 27. Oct. d. J., glaube ich mit den Worten des Consulars M. T. Cicero, nach der Rückkehr aus seiner Verbannung, in der Rede *pro domo ad Pontifices* zu erschöpfen:

Quid est enim exsul? Ipsum per se nomen calamitatis, non turpitudinis. Quando igitur est turpe? Re vera, quum est poena peccati: opinione hominum autem, etiam si est poena damnati. — Potest igitur damnati poenam sustinere indemnatus?

Was einem aufgeklärten Volke des Alterthums als das härteste Leiden erschien, was der Ehre des Bürgers in den Augen der Mitbürger die empfindlichste Schmach bereitete, was die heutigen Strafgesetze als Strafe der Fälschung und Kuppelrei, des Aufruhrs und Diebstahls androhen, das muß

ich, ein im Dienste des Staats ergraueter Mann, jetzt erdulden, ehe einmal ein Richterspruch mich als einen Schuldigen verurtheilt hat. Die Forderung der Gerechtigkeit nimmt mich in ihren Schutz, und öffnet mir die Rückkehr in meine dem Frieden geweihte Bürgerwohnung. Wem nie diese heilige Stätte verschlossen wurde, der empfindet nicht den die Lebenskraft erschütternden Eindruck ihrer Entziehung. Der verbannte Staatsmann giebt davon ein Bild in den Worten:

Quid est enim sanctius, quid omni religione munitius, quam domus unius cujusque civium? hic arae sunt, hic foci, hic dii penates, hic sacra, religiones, caerimoniae continentur: hoc perfugium est ita sanctum omnibus, ut inde abripi neminem fas sit.

Meine Richter haben diesem Gegenstande auf meine dringenden Anträge noch nicht die verdiente Würdigung gewidmet. Mit lauterer Stimme berufe ich mich jetzt auf die, selbst der vorläufigen Fortdauer meiner Verbannung entgegenstehenden Gründe, da die in der bisherigen Untersuchung ergangenen Verhandlungen überall keine Rechtfertigung dieser Maaßregel darbieten. Der Strafproceß fordert, als eine dem Staatswohl entsprechende Grundlage, daß seine Sancen auf den höchsten Grad staatsbürgerlicher Freiheit berechnet seien.

Mittermaier, im neuen Archiv des Criminalrechts.

XI. N^o 7. §. 1.

Die Landesgesetze gewähren dem Angeschuldigten die besondere Versicherung, daß seinen Beschwerden über unbegründete Beschränkung seiner Freiheit, ein schleuniges Gehör bewilligt und sofortige Aushülfe verfügt werde. Aus einem

gleichen Gesichtspuncte der Humanität, sind die Verfasser neuer Strafgesetzbücher mit ängstlicher Sorgfalt bemühet, den Angeschuldigten gegen jede Zufügung unverschuldeter Uebel zu sichern.

v. Strombeck's Entwurf, Art. 554.

Das Verbot meines Aufenthalts in den hiesigen Landen, entzieht mir die Freiheit, mein eigenes Haus in Braunschweig zu bewohnen, verhängt durch dieses positive Uebel, welches mir nur als Strafe zugesügt werden könnte, einen die bloße gefängliche Haft, als Sicherungsmittel der Strafe, noch überwiegenden empfindlichen Nachtheil, und erfordert daher analogisch ein mit noch geringerem Aufschub verbundenes richterliches Gehör meiner Beschwerde.

Die gegenwärtige Lage der Untersuchung läßt den Zeitpunkt des Schlusses derselben um so weniger mit Wahrscheinlichkeit berechnen, als die verfügte, ihrem Inhalte nach mir unbekannte ^{*)}, Berichtserstattung an Seine Herzogliche Durchlaucht, jenen Zeitpunkt auf unbestimmte Zeit hinauszusetzen kann. Die Nothwendigkeit der vorläufigen Verfügung über die Fortdauer meiner Freiheitsbeschränkung, ist schon in der Möglichkeit begründet, daß ich durch dieselbe eine in ihrem Maaße größere, als die durch den zur Untersuchung gebrachten Thatbestand etwa nur verschuldete Strafe erleiden könne. Bei dieser Connerität der Verfügung über den Gegenstand meiner gegenwärtigen Vorstellung mit der künftigen Hauptentscheidung, und da das während der Untersuchung ergangene höchste Ministerial-Rescript

^{*)} Der unter No 18. mitgetheilte Bericht ist erst später bei gestatteter nochmaligen Acteneinsicht zur Kenntniß des Anwalts gelangt.

die Veranlassung darbietet, eine Einschreitung der regierenden Gewalt in die verfassungsmäßig dem Herzoglichen Landesgerichte zustehende Strafrechtspflege zur Beurtheilung zu ziehen, wird die Competenz dieses hohen Gerichtshofes zur Entscheidung über meinen folgenden Antrag als ausschließlich begründet angenommen werden müssen.

In meinem 30jährigen Alter aus meinem Wohnhause zu Braunschweig verbannt, habe ich keine Zeit mehr zu verlieren, um unter dem Schutze der Geseze mir die Rückkehr in dasselbe zu bereiten. Zu diesem Ziele, welches ich jetzt noch als das einzige meines Lebens zu erreichen strebe, und dazu den Beistand der göttlichen Vorsehung in täglichem Gebete anrufe, sehe ich kein anderes Mittel, als den Ausspruch des Gesetzes durch das Organ der richterlichen Behörde. Der Wahrheit eingedenk, daß mitten in der unumschränktesten Monarchie die größte persönliche Freiheit herrschen könne, wenn eine weise und unparteiische Rechtspflege bestehe, und der Fürst den Lauf der Gerechtigkeit nicht hemme, bitte ich ganz gehorsamst:

die in der Verfügung des Herzoglichen Staatsministerii vom 17. Juni 1828 gegen mich ausgesprochene Landesverweisung vorläufig, während der gegen mich anhängigen Untersuchung, hoch- und rechtsgeneigtest aufzuheben, und das Herzogliche Staats-Ministerium davon in Kenntniß zu setzen.

Wolfenbüttel, den 13. Nov. 1829.

Für den Freiherrn von Sierstorppf

Bruno Dr.

Auf die bei Herzoglichem Landesgerichte von dem vormaligen Oberjägermeister Freiherrn von Sierstorpff zu Braunschweig unterm 14. d. M. eingereichte Vorstellung wird hiemit zur Resolution ertheilt:

daß,

da einestheils die schuldigen Rücksichten der Ehrfurcht gegen den Landesherrn, anderntheils die eigenthümliche Natur der Sache eine vorgängige Anzeige und Berichtserstattung an Höchstendenselben über die Lage der Sache nothwendig machten, ehe und bevor darin rechtliche Entscheidung erfolgen konnte, hiernach aber von selbst sich ergibt, daß auch provisorische Verfügungen bis jetzt noch nicht abgegeben werden dürfen, als wozu sich ohnehin die Sache nicht eignet, wie denn namentlich von Ertheilung eines sichern Geleits durch das Gericht, da noch nicht die Rede sein kann, wo es noch zweifelhaft ist, ob überall eine peinliche Untersuchung eintreten werde, es bei der dem Imploranten unterm 27. October d. J. ertheilten Resolution lediglich sein Bemenden behalte.

Indessen sollen die erforderlichen Vorschritte von Gerichtswegen geschehen, um die Sache bald möglich zu einer Entscheidung vorzubereiten, und soll Implorant alsdann mit weiterer Resolution versehen werden.

Wolfsenbüttel, den 19. November 1829.

Herzogl. Braunsch.-Lüneb. Landesgericht.

Hettling.

21.

Das Herzogl. Landesgericht berichtet anderweit allerunterthänigst in Beziehung auf die Anzeige und Bitte des vormaligen Oberjägermeisters von Sierstorpff um Untersuchung des ihm angeschuldigten Vergehens der verletzten Ehrerbietung gegen den Allerdurchlauchtigsten Landesherrn.

Ad Serenissimum.

Em. Hochfürstl. Durchlaucht wollen Allergnädigst geruhen, Sich des Berichts zu erinnern, den Allerhöchstdenselben wir unter dem 15. Oct. d. J. unter Einsendung der Anzeige und Bitte des vormaligen Oberjägermeisters Freiherrn von Sierstorpff allerunterthänigst erstattet haben.

Em. Hochfürstl. Durchlaucht jenen unseren Bericht schon jetzt wieder in Erinnerung zu bringen, würden wir nicht wagen, wenn nicht der Freiherr von Sierstorpff in der Zwischenzeit zu vier verschiedenen Malen auf das Dringendste um Beförderung der Sache gebeten hätte, und wir unter diesen Umständen eine Beschwerde über verzögerte Justiz fürchten müssen.

Em. Hochfürstl. Durchlaucht Allerhöchsten Gerechtigkeitsliebe werden wir nun aber um so mehr entsprechen, je treuer wir unsern beschwornen Pflichten nachleben, und in dieser Hinsicht müssen wir, da auf unsern allerunterthänigsten Bericht wir mit der erbetenen Verfügung noch nicht versehen sind, darin eine Verweisung auf unsere Dienst-

pflichten finden, denen wir denn auch nachzukommen nicht Anstand nehmen werden.

Mit der größten Ehrerbietung ersterben wir

Euer zc. zc.

Wolfenbüttel,

den 26. Nov. 1829.

Herzogliches Landesgericht.

22.

Beförderungsgesuch

des vormaligen Oberjägermeisters Freiherrn von
Sierstorpff zu Braunschweig, Imploranten.

An

das Herzogliche Landesgericht.

Die hohe Resolution vom 19. Nov. d. J. hat gegen mich ausgesprochen, daß ich die ohne Urtheil und Recht von der höchsten Staatsbehörde gegen mich verfügte Landesverweisung bis zur rechtlichen Entscheidung ferner erdulden müsse, wiewohl es noch zweifelhaft sei, ob ich überall eine solche Strafe verdient habe. Ich ehre das Recht, auch wo ich es nicht begreife — und wage jezt, nach einer mehr als fünf-wöchigen Verlängerung meines Erils, das Recht eines jeden Staatsbürgers, daß ein Richterspruch über die ihm angeschuldigte Verletzung eines Strafgesetzes entscheide, von Neuem in Anspruch zu nehmen. Über vier Monate, seit ich den Schutz des Gesetzes gegen die Unterdrückung meiner staatsbürgerlicher Freiheit angerufen habe, dauert eben diese Unterdrückung fort, jede fernere Bedenkzeit der Justiz vor der rechtlichen Entscheidung wird auf Kosten meiner Freiheit genommen; ich darf daher endlich den Zeitpunkt als

eingetreten ansehen, wo mir, dem 80jährigen Greise, noch hier auf Erden die Gewißheit werden muß, ob ich in dem Staate, welchem ich mit meiner Person und meinem Eigenthume angehöre, unter Gesezen oder Gesezlosigkeit stehe. Sollte meine Stimme vor dem competenten Richter fruchtlos verhallen, so bleibt mir zuletzt nur übrig, sie vor dem höchsten Tribunale Deutschlands, welches darüber wacht, daß in allen Bundesstaaten das Band der geselligen Ordnung — die Gerechtigkeitspflege — aufrecht erhalten werde, um so lauter zu erheben. Ehrerbietig bitte ich ganz gehorsamst: um nunmehrige hochgeneigteste Ertheilung der in der Resolution vom 19. Nov. d. J. verheißenen weiteren Verfügung.

Hannover, den 28. December 1829.

von Sierstorpff.

Brunß Dr.

23.

Auf das bei Herzogl. Landesgerichte von dem vormaligen Oberjägermeister Freiherrn von Sierstorpff zu Braunschweig unterm 31. December v. J. eingereichte Beförderungsgesuch wird hiermit zur Resolution ⁷⁾ ertheilt:

daß es bei dem in der Sache am heutigen Tage erlassenen Rescripte, welches dem Imploranten durch das Herzogl. Districtsgericht zu Braunschweig wird eröffnet werden, sein Bemenden habe.

Wolfenbüttel, den 4. Januar 1830.

Herzogl. Braunschw.-Lüneb. Landesgericht.

Dedekind.

⁷⁾ Sobald der Anwalt des Inculpaten von dem Inhalte dieser Verfügung auf seine Anfrage im Secretariate am 5. Jan. in Kennt-

24.

Das Herzogl. Landesgericht überreicht allerunterthänigst die auf den Antrag des Freiherrn von Sierstorpff um Unterfuchung des ihm angeschuldigten Vergehens der verletzten Ehrerbietung gegen den Allerdurchlauchtigsten Landesherrn erlassene Verfügung.

Ad Serenissimum.

Em. Hochfürstl. Durchlaucht die seitwärts gedachte, auf wiederholtes Anrufen des Freiherrn von Sierstorpff am heutigen Tage erlassene Verfügung allerunterthänigst vorzulegen, erachten wir uns in tiefster Ehrerbietung verbunden, und da wir bei selbiger den gesetzlichen Vorschriften, unserer beschwornen Richterpflicht gemäß, genau gefolgt sind, so zweifeln wir nicht daran, hiedurch Em. Hochfürstl. Durchlaucht Allerhöchsten Gerechtigkeitsliebe entsprochen zu haben, und ersterben in tiefster Ehrfurcht u. u.

Wolfenbüttel, den 4. Jan. 1830.

Herzogl. Landesgericht.

25.

Dem Herzogl. Districtsgerichte werden die mit dessen Berichte vom 29. Sept. v. J. wieder eingesandten Acten, die

nist gesetzt war, meldete er sich sofort am folgenden Tage bei dem Herzoglichen Districtsgerichte Braunschweig unaufgefordert, und bewirkte durch diese von ihm für angemessen erachtete rechtliche Eile die unverweilte Eröffnung der landesgerichtlichen Entscheidung.

Der Herausgeber.

von dem vormaligen Oberjägermeister Freiherrn von Sierstorpff gebetene Untersuchung des ihm angeschuldigten Vergehens der verletzten Ehrerbietung gegen den Allerdurchlauchtigsten Landesherrn betreffend, in Einem Hefte hierbei wieder zugefertigt, und hat dasselbe dem Freiherrn von Sierstorpff oder dessen hiesigem Mandatar, Landesgerichtsprocurator Dr. juris Bruns, mittelst der Publication dieses Rescripts zu eröffnen, daß,

da in der an Seine Hochfürstliche Durchlaucht gerichteten Eingabe des Freiherrn von Sierstorpff vom 16. Juni 1828 eine solche Verletzung Allerhöchsteren Majestätsrechte, wegen welcher von Amtswegen eine peinliche Untersuchung einzuleiten wäre, nicht enthalten ist; diejenige Verletzung der dem Allerdurchlauchtigsten Landesherrn schuldigen Ehrerbietung aber, welche darin zu finden sein möchte, nach L. un. C. si quis imperatori maledixerit, nur in Folge eines deshalb speciell ertheilten Befehls des Regenten, Gegenstand einer Untersuchung und Bestrafung werden kann, ein solcher Befehl indeß, nachdem gesetzlicher Vorschrift gemäß an Seine Hochfürstliche Durchlaucht Bericht erstattet worden, von Allerhöchstenenselben nicht ergangen ist; dagegen das auf die gedachte Eingabe des Freiherrn von Sierstorpff aus dem Herzoglichen Staats-Ministerio erfolgte Rescript vom 17. Junius 1828 nach der ausdrücklichen Vorschrift des §. 2. der Canzleiordnung in den Worten: Insonderheit aber ist Unser unveränderlicher Wille u., von den Gerichten nicht attendirt werden darf:

zur Zeit zwar die von dem Freiherrn von Sierstorpff gebetene Untersuchung nicht Statt finde, jedoch der Rück-

kehr und dem Aufenthalte desselben in den hiesigen Herzoglichen Landen ein rechtliches Hinderniß nicht entgegen stehe.

Wolfenbüttel, den 4. Januar 1830.

Herzogl. Braunsch.-Lüneb. Landesgericht.

F. Dedekind.

An

Herzogliches Districts-Gericht Braunschweig.

Geschehen im Herzoglichen Districts-Gerichte

Braunschweig den 6. Januar 1830.

J. u. S.

wider den Freiherrn von Sierstorpff

erschien Herr Landesgerichts-Procurator Dr. Bruns aus Wolfenbüttel und bat, in Gemäßheit einer ihm als Mandatar des Herrn von Sierstorpff ertheilten Resolution Herzoglichen Landesgerichts vom 4. d. M., um die Eröffnung des in der rubricirten Sache vom Herzoglichen Landesgerichte an das Herzogliche Districtsgericht hieselbst erlassenen Rescripts von demselben Tage.

Nachdem der unterschriebene Actuar vom Herzoglichen Districtsgerichte beauftragt worden, das vorstehende Rescript dem erschienenen Mandatäre des Freiherrn von Sierstorpff zu eröffnen, so wurde diese Eröffnung mittelst wörtlicher Vorlesung des Rescripts vollzogen, und hierauf vom Herrn Comparenten um eine mit dem Gerichtssiegel beglaubigte Abschrift desselben gebeten.

B. g. u. u.

Bruns Dr.

in fidem

C. Topp, Act.

In fidem copiae

C. Topp, Act.

(L. S.)

26.

Herzogl. Districtsgericht Braunschweig be-
richtet ad acta inquis. wider den vorma-
ligen Oberjägermeister Freiherrn von
Sierstorpf wegen der verletzten Ehr-
erbietung gegen den Allerdurchlauchtig-
sten Landesherrn unterthänig-gehorsamst.

An das Herzogliche Staats-Ministerium
unterthänig-gehorsamst.

Dem Herzogl. Staats-Ministerio erlauben wir uns das in
der nebenrubricirten Untersuchung hieher erlassene Rescript
Herzogl. Landesgerichts vom 4. d. M. sammt dem Publi-
cations-Protocolle vom 6. d. M. hieneben in beglaubter
Abschrift unterthänig-gehorsamst einzureichen.

Mit tiefster Ehrerbietung

des Herzoglichen Staats-Ministerii

Braunschweig,

unterthänig-gehorsamstes

den 8. Jan. 1830.

Herzogliches Districtsgericht hieselbst.

27.

Er. Wohlgeb.

dem Herrn Districtsgerichts-Registrator Saak

Citissime!

gehorsamst.

Ew. Wohlgeb.

habe ich auf Allerhöchsten Befehl dienstergebenst zu ersuchen,
mir sofort aus den betreffenden Acten das von Seiten
des Herzogl. Landesgerichts in der von Sierstorpf'schen
Untersuchungssache unterm 4. d. M. abgegebene und ohne

allen weiteren Anstand publicirte Erkenntniß zur weiteren
Allerhöchsten Verfügung zugehen zu lassen.

Hochachtungsvoll und

Braunschweig,
den 9. Jan. 1830.

gehorsamst
Bitter.

Morg. vor 8 Uhr
(eilig.)

Herrn Districtsgerichts-Registrator Saß
Wohlgeb.

Citissime! gehorsamst.

Falls Ew. Wohlgeb. mir das von Sr. Herzoglichen
Durchlaucht verlangte Original-Erkennthiß nicht sofort
hr. m. ausliefern, wird Sie schwere Verantwortlichkeit tref-
fen. Daß Ihnen deshalb nichts geschehen soll, wenn Sie
dem Allerhöchsten Befehle nachkommen, dafür bürgе ich.

Bitter.

In größter Eile!

den 9/1.

Registrirt im Herzoglichen Districtsgerichte
Braunschweig, den 11. Januar 1830.

J. u. S. gegen von Sierstorpff

erklärte der Hr. Registrator Saß auf Befragen, daß er in
Folge vorstehenden Schreibens des Canzlei-Directors Bitter
vom 9. d. M. das in dieser Sache anher erlassene Original-
Rescript Herzogl. Landesgerichts vom 4. d. M. jenem über-
sandt habe.

Gelesen, genehmigt und unterschrieben
Saß.

in fidem
C. Lopp, Act.

Registirt in meiner, des mitunterscribenen Hof-
raths von Praun Wohnung, Wolfenbüttel
den 9. Jan. 1830.

Acto fand sich der Hof- und Justizrath Dr. jur. Friede
nebst dem Staatskanzlei-Secretair Henneberg aus Braun-
schweig in der obbezeichneten Wohnung ein, und legte
ersterer mir, dem Hofrath v. Praun, ein Commissorium
des Herzogl. Staats-Ministerii vor, nach welchem er beauf-
tragt war, das Herzogl. Landesgericht convociren zu lassen,
um demselben Eröffnungen in der v. Sierstorpff'schen
Untersuchungssache zu machen.

Nachdem nun sämtliche Mitglieder des Herzogl. Lan-
desgerichts zusammen berufen waren und sich eingefunden hat-
ten, eröffnete der genannte Commissarius dem Collegio:

- 1) daß Se. Hochfürstl. Durchlaucht das vom Herzogl.
Landesgerichte in der qu. Untersuchungssache am 4.
v. M. an das Herzogl. Districtsgericht Braunschweig
erlassene Rescript damit aus höchster Landesherrl.
Macht, cassirten, worauf gedachtes, vom Herzogl.
Districtsgerichte allerhöchsten Orts abgeforderte Re-
script vom Commissarius eingerissen und zurückge-
geben wurde;
- 2) daß dem Herzogl. Landesgerichte sein Verfahren in
dieser Sache, indem solche lediglich eine Landespoli-
zei-Angelegenheit zum Gegenstande habe, also eine
gerichtliche Einmischung nicht zulasse, desgleichen das
Verfahren bei der Expedition — indem der Bericht,
welchen Herzogl. Landesgericht an Se. Hochfürstl.
Durchlaucht erstattet, erst nach der Eröffnung des

Rescripte an Höchstdieselben gelangt sei — verwiesen werde;

- 3) daß das *rescriptum cassatorium* vom Herzogl. Landesgerichte, jedoch nach einer vorgängig vom Herzogl. Staats-Ministerio zu genehmigenden Form, dem von Sierstorpff'schen Mandatar, Landesgerichtsprocurator Dr. Brunß zu eröffnen sei, und endlich
- 4) daß Herzogl. Landesgericht seine Berichte künftig nicht weiter an Sr. Hochfürstl. Durchlaucht Allerhöchste Person, sondern an Allerhöchstdero Staats-Ministerium zu richten habe.

Sämmtliche Mitglieder des Landesgerichts baten hierauf um Mittheilung einer Abschrift von dem Commissorio des Hof- und Justizraths Fricke, so wie der die Allerhöchsten Gründe der Cassation enthaltenden Verfügung und des über obige Eröffnung aufgenommenen Protocols, worauf jedoch der Commissarius erklärte, dazu nicht autorisirt zu sein, und das Collegium an das Herzogl. Staats-Ministerium verwies *).

von Praun. Rhamm. Ballenstedt. von Schleinitz.
Dedekind. Geitel. Spieß. Hettling.

*) Das fast bis zur Hälfte des Bogens von unten auf eingerissene Rescript vom 4. Jan. 1830, und zwar die vom Districtsgerichte Braunschweig eröffnete Original-Ausfertigung, ist obigem Protocoll angegeschlossen.

29.

Carl, Herzog u. Da das Herzogliche Districtsgericht das vom Landesgerichte in der von Sierstorpff'schen Untersuchungssache abgegebene, gegenwärtig cassirte Erkenntniß mit einer ungewöhnlichen Hast und Eile und eher publicirt hat, als davon bei Unserem Staats-Ministerio pflichtschuldige Anzeige zu machen, wie solches bei der Wichtigkeit dieser die Landesherrschaft Selbst betreffenden Angelegenheit wohl schicklich, und der Schuldigkeit der Mitglieder des Districtsgerichts conform gewesen wäre, zumal jenes annullirte Erkenntniß in die Uns zustehenden Polizeihochheitsrechte unbefugt eingreift; so wird dem Districtsgerichte für das bei der Expedition der Sache begangene pflichtwidrige und rücksichtslose Benehmen, damit ein nachdrücklicher Verweis ertheilt, unter dem Verwarnen, sich dergleichen bei strengerer Ahndung nie wieder zu Schulden kommen zu lassen.

Schließlich wird das Districtsgericht hierdurch angewiesen, in vorkommenden Fällen Unserm Canzlei-Director Bitter die Einsicht der Acten, welche etwaige herrschaftliche Angelegenheiten berühren, in der Districtsgerichts-Registratur ohne weitere Umstände, auch *br. manu*, und jederzeit willfährig zu gestatten, auch dem Vorstande der Registratur desfallsige Weisung zu geben.

Braunschweig, den 10. Jan. 1830.

Auf Allerhöchsten Special-Befehl.

G. P. v. Bülow. v. Münchhausen.

An

Herzogl. Districtsgericht hieselbst.

30.

Herzogl. Landesgericht berichtet in Betreff
der allerhöchst verfügten Cassirung der in
der von Sierstorpff'schen Unterfu-
chung ergangenen Entscheidung.

An Herzogliches Staats-Ministerium.

Die auf allerhöchsten Befehl durch eine Commission des
Herzogl. Staats-Ministerii am 9. d. M. in Gegenwart
unseres vollständig versammelten Collegii vollzogene Cassirung
unserer in der von Sierstorpff'schen Untersuchungssache
am 4. d. M. abgegebenen Entscheidung hat uns auf das
tieffte kränken müssen.

Wir dürfen freimüthig gestehen, daß dieser unverkenn-
bare Beweis der allerhöchsten Ungnade unsere gewissenhafte
rechtliche Überzeugung von der strengen Gesetzmäßigkeit
unseres Verfahrens, welche Überzeugung wir nur allein als
gültige Richtschnur unserer Handlungsweise bei Ausübung
unserer Dienstpflichten anerkennen können und dürfen, zu
erschüttern nicht vermögend gewesen ist. Um so mehr müs-
sen wir nicht nur in unserer Stellung, welche uns die
höchste Staatsgewalt gegeben hat, sondern auch selbst schon
in unserer Eigenschaft als Staatsbürger die aus obgedach-
ter allerhöchsten Verfügung hervorgehende factische Hem-
mung des bisher bei uns noch nie gestörten freien Justiz-
laufs, durch welche die gesetz- und verfassungsmäßige Au-
torität unseres Gerichtshofes auf eine in das Wesen der
Justizverwaltung tief eingreifende Weise compromittirt wird,
auf das schmerzlichste empfinden.

Der mit der erwähnten Verfügung verbunden gewe-

sene Verweis würde uns nun aber, bei Ausübung unserer schweren und anstrengenden Dienstobliegenheiten, gänzlich muthlos zu machen geeignet sein, wenn unser Gewissen uns nicht sagte, daß solcher uns unverdient treffe, und daß wir bei unserem Verfahren selbst nicht die leiseste Rücksicht auf die unserm Landesherren schuldige tiefste Ehrfurcht aus den Augen gesetzt haben, indem wir insonderheit, auch ohne eine uns deshalb gesetzlich obliegende Verbindlichkeit, nicht verfehlten, Se. Hochfürstl. Durchlaucht von der erlassenen endlichen Entscheidung der Sache allerunterthänigst in Kenntniß zu setzen.

Im Übrigen sehen wir uns zwar vermöge der Anwendung der allerhöchsten Gewalt allerdings genöthigt, dem uns durch den Commissarius Herzogl. Staats-Ministerii mündlich zugegangenen allerhöchsten Befehle wegen Bekanntmachung der im Eingange gedachten Verfügung an den v. Sierstorpff'schen Mandatar Folge zu leisten, wir bedürfen aber, als Grundlage der uns in dieser Beziehung befohlenen Vorschriften nicht allein, sondern auch zur Vervollständigung unserer Acten unsers Erachtens nothwendig der Abschrift derjenigen commissarischen Actenstücke, auf deren Mittheilung wir bereits zum Protocolle des Commissarius vom 9. d. M. angetragen haben, mit welchem Antrage wir jedoch an Herzogl. Staats-Ministerium verwiesen wurden, daher wir solchen, um jenem allerhöchsten Befehle baldigst nachkommen zu können, hiemit gehorsamst wiederholt haben wollen.

Wolfsenbüttel, den 11. Jan. 1830.

Herzogliches Landesgericht.

31.

Allerdurchlauchtigster Herzog,

Allergnädigster Herzog und Herr!

Des Herzogl. Districtsgerichts Braunschweig
allerunterthänigste Vorstellung in der den
Freiherrn v. Sierstorpff betreffenden
Rechtsache.

Das allerböchste Rescript, welches Ew. Herzogl. Durchlaucht in der Sache des Freiherrn von Sierstorpff unterm 10. v. M. an uns zu erlassen geruhet, hat uns mit dem tiefsten Schmerze erfüllet, und müssen wir es innigst beklagen, daß unser Verfahren Ew. Herzogl. Durchlaucht Mißfallen und noch dazu in so hohem Grade erregt gehabt, daß Allerhöchstdieselben sich bewogen gefunden, ohne uns zur Verantwortung zu ziehen, unser Benehmen in dieser Sache als pflichtwidrig und rücksichtslos zu erachten, und uns einen nachdrücklichen Verweis zu ertheilen, unter dem Verwarnen, daß wir uns dergleichen bei strenger Ahndung nie wieder zu Schulden kommen lassen sollten.

Bei dem festen Bewußtsein, so wie überall in unseren Dienstgeschäften streng rechtlich und pflichtgemäß zu handeln, so auch insbesondere in Betreff der v. Sierstorpffschen Sache also gehandelt zu haben, würden wir gegen uns selbst zu fehlen glauben, wenn wir mit einer allerunterthänigsten Vorstellung zurückhalten wollten, und leben wir der Hoffnung, daß Ew. Herzogl. Durchl. nach gnädigster Erwägung dieser Vorstellung, unser Benehmen für tadellos zu erachten und uns solches zu unserer Beruhigung zu erkennen geben zu lassen, huldreichst geruhen werden.

Das Herzogl. Landesgericht ertheilte uns, als der ihm untergeordneten Instructions-Behörde, in dem in Frage stehenden Erlasse vom 4. v. M. die Vorschrift: die in demselben enthaltene Entscheidung dem Freiherrn von Sierstorpff oder dessen Mandatäre, dem Dr. jur. Bruns, zu publiciren. Ein Zeitpunkt der Publication war darin, wie solches auch nie geschieht, nicht ausgedrückt. Als nun am Morgen nach dem Tags zuvor erfolgten Eingange solchen Erlasses sich bei uns der Dr. Bruns unaufgefordert zur Publication meldete, ward ihm allerdings sein Ansuchen gewährt. Im entgegengesetzten Falle würden wir den Proceßvorschriften nicht gemäß, also pflichtwidrig gehandelt, und dem Mandatar des Freiherrn v. Sierstorpff zu einer sehr begründeten Justizbeschwerde um so mehr Veranlassung gegeben haben, als uns die Landesherrl. Verordnung vom 29. Sept. 1817. §. 1. »wonach die vom Herzogl. Landesgerichte in Untersuchungssachen ergangenen Erkenntnisse jedesmal ohne allen Aufschub publicirt werden sollen,« hätte zur Richtschnur dienen müssen. Ew. Herzogl. Durchlaucht werden daher, besonders nach Ansicht der über die Publication aufgenommenen Registratur, Sich Höchstselbst überzeugen, daß die Eile unsers Verfahrens überall nicht von uns, sondern lediglich durch den Dr. Bruns, veranlaßt worden, uns also dieserhalb kein Vorwurf treffen könne.

Die in dem allerhöchsten Rescripte ferner vorkommenden Sätze: wir hätten berücksichtigen sollen, daß diese Angelegenheit die Landesherrschaft selbst betreffe, und daß das Erkenntniß in die Ew. Herzogl. Durchlaucht zustehenden Polizeihochheits-Rechte unbefugt eingreife, uns daher oblegen hätte, dem Herzogl. Staats-Ministerio vor der Publication Anzeige zu machen, vermögen wir, wie wir frei-

müthig zu äußern nicht umhin können, mit unserer Überzeugung nicht zu vereinigen. Nach letzterer stand uns als Instructionsbehörde auf keine Weise irgend eine amtliche Beurtheilung der von dem Obergerichte abgegebenen Criminal-Entscheidung zu, und wir würden die Grenzen der uns von jenem erteilten Vorschrift überschritten und uns dieserhalb verantwortlich gemacht haben, wenn wir eigenmächtig dem Herzogl. Staats-Ministerio von der bevorstehenden Publication Anzeige gemacht, und aus diesem Grunde den Dr. Bruns zur Geduld verwiesen hätten. Wäre, daß eine solche vorgängige Anzeige zu verfügen sei, von dem Herzogl. Landesgerichte den Umständen gemäß erachtet worden, so war, nach unserer Ansicht, der Publicationsvorschrift solches als eine unstreitige Abweichung von dem Verfahren in Criminal-Sachen hinzuzufügen gewesen. Aber auch abgesehen von dem Allen, geruhen Ew. Herzogl. Durchl. zu erwägen, wie wir in der That gar nicht haben ahnen können, daß Höchstdero Interesse bei dieser Angelegenheit Ew. Herzogl. Durchlaucht bestimmen würde, die Eröffnung der von dem erkennenden Gerichte dem Freiherrn von Siersdorff, auf dessen Antrag, gegen ihn eine Criminal-Untersuchung einzuleiten, nach gemeinrechtlichen Grundsätzen abgefaßten Resolution zu verhindern, und dadurch eine Hemmung des Justizverfahrens herbeizuführen, wenn Allerhöchstenenselben der Inhalt der Resolution vor deren Publication von uns zur Kunde gebracht wäre.

In dem unterthänigst erwähnten Rescripte sind wir ferner angewiesen: »in vorkommenden Fällen dem Canzleidirector Bitter die Einsicht von Acten, welche etwaige herrschaftliche Angelegenheiten berühren, in der Districtsgerichts-Registratur ohne weitere Umstände zu gestatten, und

dem Vorstande der Registratur desfallige Weisung zu geben.« Wodurch diese Allerhöchste Verfügung veranlaßt worden, ist uns gänzlich unbekannt, denn der Canzleidirector Bitter hat bislang weder bei uns selbst, noch bei dem Registrator Sack um Einsicht irgend einer Acte nachgesucht, und so wie Jedem, der um Einsicht einer in unserer Registratur befindlichen Acte, unter Angabe einiges dabei habenden Interesses, nachgesucht, solche sofort verwilligt wird, kann sich gewiß der Canzleidirector Bitter einer gleichen ungesäumten Verwilligung von dem Registrator versichert halten.

Hingegen hat, wie wir allerunterthänigst zu bemerken nicht umhin können, der Canzleidirector Bitter unterm 9. v. M. von dem Registrator Sack schriftlich verlangt, ihm sofort das in der von Sierstorpff'schen Untersuchungssache publicirte Erkenntniß zu Em. Herzogl. Durchl. Verfügung zugehen zu lassen. Dieses Verlangen hat der Registrator Sack, als seiner Dienst-Instruction zuwiderlaufend, abgelehnt; gleichwohl, auf wiederholtes dringendes Verlangen des Canzleidirectors Bitter, demselben eigenmächtig das Erkenntniß von den Untersuchungsacten verabsolgen lassen, welche Hintansetzung der Dienstpflicht dem Registrator verwiesen ist. Dieser Vorfall veranlaßt uns aber zu der allerunterthänigsten Bitte:

Em. Herzogl. Durchlaucht wollen gnädigst geruhen, dem Canzleidirector Bitter anzubefehlen, sich in künftigen Fällen mit Anträgen obiger Art an den Justizrath Pini zu wenden, und von demselben Verfügung darauf zu gewärtigen.

Wir verharren in tiefster Ehrfurcht

Braunschweig, Ew. Hochfürstl. Durchlaucht
den 5. Febr. 1830. allerunterthänigstes

Herzogliches Districtsgericht hieselbst.

Im Concepte signirt von den Mitgliedern:

Pini. von Santelmann. Rabert. Wegener.
Pilly. Hoffmeister. Haase. Henke.

32.

Da dem Herzogl. Landesgerichte zur Befolgung der demselben in der von Sierstorpff'schen Untersuchungssache durch den Herzogl. Commissarius vom 9. d. M. gemachten Auflage die bereits damals geschehene Eröffnung genügt, daß der Hof- und Justizrath Dr. Fricke seinen Auftrag in Gemäßheit eines Allerhöchsten Special-Befehls erhalten, und diese Maaßregel darin ihren Grund gefunden hat, daß die gegen den vormaligen Oberjägermeister Freiherrn von Sierstorpff von Sr. Herzogl. Durchlaucht erlassenen Verfügungen von dem Allerhöchstdenenselben zuständigen Polizeihochheitsrechte ausgegangen, und, als Zweig der mit der Souverainität verknüpften Regierungsrechte, von der Einwirkung der Gerichte unabhängig angesehen sind, so bedarf es einer weiteren Mittheilung der in dem Berichte vom 11. d. M. desiderirten Abschriften nicht, und wird die Einsendung des qu. Erlasses im Entwurfe nunmehr gewärtigt.

Braunschweig, den 22. Jan. 1830.

Herzogl. Braunsch.-Lüneb. Staats-Ministerium.

v. Bülow. v. Münchhausen.

An

Herzogl. Landesgericht
zu Wolfenbüttel.

33.

Ganz gehorsamste Bitte

des vormaligen Oberjägermeisters Freiherrn von
Sierstorpf zu Braunschweig, Imploranten.

An

das Herzogl. Landesgericht.

Der Implorant war im Begriff, nach der am 6. d. M. im Herzogl. Districtsgerichte Braunschweig geschehenen Publication des Rescripts dieses hochverehrlichen Collegii vom 4. d. M., von seinem jetzigen Aufenthaltsorte Harnover nach Braunschweig zurückzukehren, als er vernahm, daß auf die Ausfertigung jenes Rescripts ein Act der Cabinetsjustiz einen Einfluß gehabt haben solle. Dennoch befindet sich der Implorant darüber in Ungewißheit *), ob seiner Rückkehr nach Braunschweig jetzt ein factisches Hinderniß entgegenstehe. Er könnte daher als ein wirklich Unbefangener die Rückkehr nach Braunschweig antreten, wenn er nicht zu befürchten Ursache hätte, daselbst beim Arme genommen und mit der Eröffnung aus dem Thore gebracht zu werden, daß dieß polizeilich richten heiße. Um daher ganz sicher zu gehen, bittet der Implorant auf den Fall, daß die Acten ein neues Hinderniß der Rückkehr des Imploranten nach Braunschweig ergeben sollten, ganz gehorsamst:

*) Die unter Nris. 28 bis 32. abgedruckten Actenstücke sind dem Anwalte erst durch eine später wiederum gestattete Acteneinsicht bekannt geworden.

ihm eine Abschrift der betreffenden Rescripte und etwaigen Protokolle hochgeneigtest¹⁰⁾ ertheilen zu lassen.

Wolfenbüttel, den 29. Jan. 1830.

Bruno Dr.

34.

An Herzogliches Staats-Ministerium.

Das Herzogl. Landesgericht überreicht gehorsamst den Entwurf der dem Freiherrn von Sierstorpff auf Allerhöchsten Befehl zu machenden Eröffnung.

Allerhöchster Vorschrift zufolge, überreichen wir in der Anlage ¹⁰⁾ gehorsamst den Entwurf der dem Freiherrn von Sierstorpff dahin zu machenden Eröffnung, daß die unter dem 4. d. M. in der Sache, die von selbigem gebetene Untersuchung betreffend, von uns abgegebene Entscheidung auf Allerhöchste Verfügung cassirt worden, und erlauben uns die gehorsamste Bemerkung, daß in der Hinsicht, daß die in Untersuchungssachen erforderlichen Verfügungen den Parteien durch das betreffende Districtsgericht eröffnet werden, dieser Geschäftsgang unserm Dafürhalten nach auch in der vorliegenden Sache hat beibehalten werden müssen.

Wolfenbüttel, den 29. Jan. 1830.

Herzoglich Braunschw. = Lüneb. Landesgericht.

¹⁰⁾ Die Anlage enthält den Entwurf des d. d. 29. Januar 1830 erlassenen Rescripts an das Districtsgericht Braunschweig (No. 37.), nur mit der Verschiedenheit, daß in dem Entwurfe der Ausdruck gebraucht ist: „anzusehen seien.“

35.

Da gegen die Fassung des, mittelst Berichts vom 29. v. M., eingesandten Entwurfs der dem Freiherrn von Sierstorpff auf Allerhöchsten Befehl zu machenden Eröffnung, mit Ausnahme des in dem darin vorkommenden passus: »von der Einwirkung der Gerichte unabhängig anzusehen seien, gebrauchten Ausdruckes »anzusehen«, welches dem Rescripte vom 22. v. M. gemäß, in »angesehen« abzuändern ist, nichts zu erinnern gefunden worden; so hat Herzogl. Landesgericht in demselben solche Berichtigung vorzunehmen, und hiernächst wegen Ausfertigung und Weiterbeförderung der qu. Eröffnung das Nöthige zu besorgen.

Braunschweig, den 3. Febr. 1829.

Herzogl. Braunschw.-Lüneb. Staats-Ministerium.

G. P. v. Bülow. v. Münchhausen.

36.

Auf die bei Herzoglichem Landesgerichte von dem vormaligen Oberjägermeister Freiherrn von Sierstorpff in Braunschweig

zu den Acten:

die Untersuchung des ihm angeschuldigten Vergehens der verletzten Ehrerbietung gegen den Allerdurchlauchtigsten Landesherrn betreffend,

unterm 30. v. M. eingereichte Bitte wird hiermit zur Resolution ertheilt:

daß dem Herzoglichen Districtsgerichte Braunschweig

das Erforderliche bereits zugegangen sei und von dort aus die weitere Eröffnung erfolgen werde.

Wolfenbüttel, den 9. Februar 1830.

Herzoglich Braunschw.-Lüneb. Landesgericht.

B. F. Ballenstedt.

37.

In der Sache, die von dem vormaligen Oberjägermeister Freiherrn von Sierstorpff gebetene Untersuchung des ihm angeschuldigten Vergehens der verletzten Ehrerbietung gegen den Allerdurchlauchtigsten Landesherrn betreffend, ist in Folge einer auf Allerhöchsten Special-Befehl ergangenen Verfügung, die unter dem 4. d. M. von dem Herzoglichen Landesgerichte abgegebene Entscheidung unter dem 9. desselben Monats durch eine Commission des Herzogl. Staats-Ministerii vor den versammelten Mitgliedern des Herzogl. Landesgerichts cassirt worden, unter Anführung der Gründe:

daß die in dem Rescripte des Herzogl. Staats-Ministerii vom 17. Junius 1828 gegen den Freiherrn von Sierstorpff erlassenen Verfügungen von Seiner Hochfürstlichen Durchlaucht zuständigen Polizeihöheitsrechte ausgegangen, und als Zweig der mit der Souverainität verknüpften Regierungsrechte von der Einwirkung der Gerichte unabhängig angesehen seien.

Das Herzogliche Districtsgericht hat daher solches, ebenfalls in Folge eines uns durch die vorgedachte Commission bekannt gemachten Allerhöchsten Befehls, dem hiesigen Mandate des Freiherrn von Sierstorpff, Landesgerichts-Pro-

curator Dr. juris Bruns, mittelst der Publication dieses Rescripts zu eröffnen.

Wolfenbüttel, den 29. Januar 1830.

Herzoglich Braunschweig-Lüneb. Landesgericht.

v. Schleinig.

An

das Herzogl. Districtsgericht Braunschweig.

Geschehen im Herzoglichen Districtsgerichte

Braunschweig, den 20. Februar 1830.

Praes.

Herr Stadtrath Dr. von Hantelmann.

J. u. E.

c.

von Sierstorpff.

Auf Vorladung vom 16. d. M. erschien der Mandatar des Herrn von Sierstorpff, Herr Landesgerichts-Procurator Dr. jur. Bruns aus Wolfenbüttel, welchem das in dieser Sache angekommene Rescript Herzoglichen Landesgerichts vom 29. v. M. — 12. d. M. mittelst wörtlicher Vorlesung eröffnet wurde, und bat Herr Comparent um beglaubigte Abschrift dieses Rescripts.

Vorgelesen, genehmigt u. unterschrieben.

Brunß Dr.

In fidem

G. Topp, Act.

(L. S.)

In fidem copiae

Synker, Aud.

38.

An die Hohe Deutsche Bundesversammlung.

Ehrerbietige Vorstellung und Bitte von Seiten des Freiherrn Caspar Heinrich von Sierstorpff, des Königlich = Hannoverschen Guelphen = Ordens Großkreuz, vormaligen Herzoglich = Braunschweig = schen Oberjägermeisters, betreffend die von dem Durchlachtigsten Herzoge Carl von Braunschweig = Lüneburg unternommene Cassirung eines zu seinem Vortheile ergangenen Landesgerichtlichen Urtheils ¹¹⁾.

Hohe Bundesversammlung!

In dem Jahre 1782 erhielt der Unterzeichnete von dem verewigten Durchlachtigsten Herzoge Carl Wilhelm Ferdinand den Ruf, als Hofjägermeister in Braunschweigische Staatsdienste zu treten. Um so williger folgte er demselben, als von dem Fürsten und Seiner erhabenen Gemahlin die innigsten Zusicherungen persönlicher Huld, und die Erlaubniß, einen beliebigen Theil des Jahres auf seinen Gütern zubringen zu dürfen, damit verbunden wurden. Später ward ihm das höhere Amt eines Oberjägermeisters verliehen, und erhielt er Sitz und Stimme in dem Kammer = Collegium.

¹¹⁾ Der Verfasser dieser Vorstellung ist der rühmlichst bekannte Publicist, Staatsrath Johann Ludwig Klüber zu Frankfurt a. M.
Der Herausgeber.

Nicht Zeit und Kräfte allein, auch einen sehr bedeutenden Theil seines Vermögens und eigenen Einkommens, widmete er, fast ein halbes Jahrhundert hindurch, unausgesetzt seinen Braunschweigischen Verhältnissen. Mit seinem ordentlichen Wohnsitz in der Haupt- und Residenzstadt verband er daselbst den Eigenthumbesitz eines der ansehnlichsten Wohngebäude, reichlich ausgestattet, nicht nur mit angemessenem Hausgeräthe, sondern auch mit einer Gemäldesammlung, einer Bibliothek und einer Sammlung physikalischer Werkzeuge. Vorliebe zu seinen Dienstleistungen, oft gekrönt von glücklichem Erfolge, Zuneigung seiner Amtsgehülfen und Untergebenen, besondere Achtung seiner Mitbürger, sehr freundliche gesellschaftliche Verhältnisse, vor Allem unzählige Beweise des innigsten Wohlwollens und Vertrauens der Landesfürsten, in dreifachem Wechsel, und aller Mitglieder ihrer Familie, machten ihm jedes Opfer leicht, das er seinem zweiten Vaterlande brachte. Treu und redlich trug er, den ganzen langen verhängnißvollen Zeitraum hindurch, Leid und Freude mit dem gesammten Regentenhause, mit Stadt und Land. Keinem hierin nachzustehen, war sein eifrigstes Streben, sein einziger Stolz, das Glück seines Lebens. Hat er unter der siebenjährigen Fremdherrschaft manches bedeutende Übel von dem Lande abwenden, verschiedenes Gute stiften oder befördern helfen; so huldigte er nur seinem Pflichtgefühl, und that, wozu ohne Zweifel auch Andere, unter gleichen persönlichen Verhältnissen, nicht minder bereit gewesen wären.

Auch von dem jetzt regierenden Durchlauchtigsten Herzoge hatte er auszeichnender Huld sich zu erfreuen. Noch am 14. Mai 1828, als er bei der Abreise nach Driburg, seinem gewöhnlichen Sommeraufenthalte, sich bei Höchst-

demselben beurlaubte, geruhten Seine Hochfürstliche Durchlaucht ihn besonders gnädig und vertrauensvoll zu entlassen.

Auf seinem Landsitze dem Frühlingsgenusse der schönen Natur in ländlicher Stille sich hingebend, fern von jeder Theilnahme an Dem, was damals am Hofe betrieben ward, erhielt er, völlig unerwartet, am 15. Juni 1828 ein schon am 1. Juni vollzogenes Patent, worin er zum Oberhofmeister ernannt, und sein Dienstgehalt von zwei tausend auf ein tausend Thaler herabgesetzt ward.

Gleichzeitig mit diesem Patent ward ihm ein Schreiben Seiner Durchlaucht vom 5. Juni, und ein anderes von dem Ober-Staatsrath von Münchhausen vom 6. Juni eingehändigt. Das erste (Anlage 1.)¹²⁾ verkündigte ihm die Versetzung in den Ruhestand, und die Beförderung zum Oberhofmeister, Beides als Merkmal landesfürstlicher »Würdigung seiner Verdienste.«

Obgleich in Jahren weit vorgerückt, dennoch im bekannten vollen Gebrauch seiner Körper- und Geisteskraft, war eine Versetzung in den Ruhestand weder ihm erwünscht, noch hatte er solche, nach den erst vor etlichen Wochen aus dem eigenen Munde Seiner Durchlaucht vernommenen höchst gnädigen Aeußerungen, ahnen können. Längst schon im Besitze des obersten Ranges am Hofe, vermochte er in der Ernennung zum Oberhofmeister eine Beförderung so wenig zu erkennen, als in der Verminderung der Besoldung um die Hälfte eine Würdigung seiner Verdienste.

Die Versetzung in den Ruhestand, verbunden mit der Ernennung zu dem Amte eines Oberhofmeisters, schien auf den ersten Anblick nicht folgerichtig. Aber das erwähnte

¹²⁾ Oben No. 2.

Begleitungsschreiben des Ober-Staatsraths von Münchhausen (Anlage 2.) erklärte die neuverliebene Stelle für eine *Sinecure*, und den damit verbundenen Jahrgelt für einen Ruhegehalt. Seine Durchlaucht, heißt es darin, wollten von dem Unterzeichneten keine weiteren activen Dienste erwarten. Die zweifache Verwandlung nannte der Briefsteller „einen hohen Beweis des (fürstlichen) Wohlwollens;“ Er wolle, fügt derselbe hinzu, „nicht verfehlen, darüber seine aufrichtigste Theilnahme zu bezeugen.“

Schienen diese amtlichen Eröffnungen bei erster Ansicht räthselhaft, so machte ein Blick in das gleichzeitig mit ihnen eingetroffene Blatt der Braunschweigischen Anzeigen vom 14. Juni 1828 Alles klar. Hinter einander waren darin zu lesen, die zurücksetzende Beförderung des zeithe- rigen Oberjägermeisters, und die Ernennung eines ihm folgenden Oberjägermeisters, des in der Dienstreihe damals noch wenig vorgerückten, um dieselbe Zeit in den Braunschweigischen Freiherrnstand erhobenen Forstmeisters von Praun, auch der hohen Bundesversammlung bekannt, durch den gerade damals beabsichtigten Zweikampf mit dem königlich-Hannoverschen Staats- und Cabinetts-Minister, Grafen von Münster.

Eine flüchtige Erwägung aller seiner Verhältnisse, der selbst in dem neuen Patent gerühmten Verdienste, konnte den Unterzeichneten, für welchen die Führung eines bloßen Titels eines Oberhofmeisters keinen Reiz haben konnte, und der einer Unterstützung von jährlichen tausend Thalern nicht bedurfte, über den zu fassenden Entschluß keinen Augenblick in Zweifel lassen. Rühmlich mußte er alsbald einen Titel und einen Ruhegehalt ausschlagen, die er unrühmlich nur hätte annehmen können. In einem an Seine Herzogl.

Durchlaucht erlassenen Schreiben vom 16. Juni (Anlage 3.)¹³⁾, lehnte er beide ab, er bat um seinen Abschied. Augenblicklich behindert, das Schreiben des Ober-Staatsraths von Münchhausen selbst zu beantworten, übernahm seine Ehegattin dieses Geschäft, unter Beilegung des Oberhofmeister-Patents. (Anlage 4.)

Beide Schreiben waren am 17. Juni, um Mittag, zu Braunschweig angekommen. Noch an demselben Tage erging an den Unterzeichneten ein Herzogliches Ministerial-Rescript (Anlage 5.)¹⁴⁾ folgenden Inhaltes:

„Seine Hochfürstliche Durchlaucht könnten, in Betracht des von ihm auf die unehrerbietigste und undankbarste Weise zurückgeschickten Oberhofmeister-Patents, so wie in Rücksicht auf den gleichfalls unehrerbietigen und formlosen Inhalt seiner Zuschrift, Sich nicht bewogen finden, ihm jezt den erbetenen Abschied zu ertheilen, vielmehr (wollten Sie) ihn, ohne diesen Abschied, hiedurch aller seiner bisherigen Titel, Ämter und Würden, wes Namens sie immer seyn mögen, für verlustig erklären, auch ihm überdieß für Seine und seiner Ehefrau Person, vom Tage des gegenwärtigen Rescripts an, den Aufenthalt in hiesigen Landen, bei Strafe der öffentlichen Landesverweisung, untersagen.“

Wenn dem landesfürstlichen Belieben anheim gestellt bleiben mag, das Erscheinen bei Hofe zu untersagen, so kann dagegen die strafweise verfügte Verbannung eines un-

¹³⁾ Oben No. 3.

¹⁴⁾ Oben No. 4.

verdächtigen und nicht gefährlichen Landeseingewesenen und seiner Ehegattin aus dem Lande, in ruhiger Zeit nie ein Act fürstlicher Willkühr, selbst nicht einer Landespolizeibehörde, seyn. Eine Landesverweisung, gleichviel ob nur dem betreffenden Einzelnen, oder öffentlich verkündigt, trägt den Character peinlicher Strafe ¹⁵⁾, sie setzt ein schweres Verbrechen voraus, und hat die Ehrlosigkeit zur Begleit.rin ¹⁶⁾; eine lebenswüthige Landesverweisung wird einer zweijährigen Zuchthausstrafe, nach vorhergegangennem scharfen Willkommen, gleichgeachtet ¹⁷⁾.

Eine solche Strafe darf in keinem civilisirten Staate anders als von dem gehörigen Richter verfügt werden, durch Urtheil und Recht, nach vorhergegangener gesetzmäßiger Untersuchung und vernommener Vertheidigung des Angeschuldigten. Darin stimmen das natürliche Recht und die Gesetzbücher aller gesitteten Nationen überein. Die landesherrliche Ungnade mag den Diener, auch den dienstfreien Staats- und Ortsbürger treffen; seine natürlichen und erworbenen Rechte sind ihr, außerhalb der gesetzmäßigen Ordnung, unreachbar.

War die Zurückgabe des Oberhofmeister-Patents, Verbitung eines Ruhegehaltes, die Bitte um Ertheilung des Abschiedes mißfällig, wäre die Einkleidung des Vorbringens für tadelhaft erachtet worden, so konnte solches in Ungnade vermerkt, höchstens ein Verweis gegeben werden. Zu einer

¹⁵⁾ Halsgerichts-Ordnung Carl's V., Art. 113, 115, 123, 127, 158, 161. L. 28 §. 1. et 13. D. de poenis.

¹⁶⁾ Quistorp's Grundsätze des peinlichen Rechts, §. 79. Meister's peinl. Proceß, S. 33.

¹⁷⁾ Quistorp's Versuch einer richtigen Bestimmung des Verhältnisses der gemeinen in Deutschland üblichen Strafen, §. 6. S. 28.

Strafe, am wenigsten zu einer peinlichen, wie die Verweisung beider Ehegatten aus dem Lande, fehlte es überall, wie an einem rechtlichen Grunde, so auch an Beobachtung gesetzmäßiger Form.

Das unheilbare Gebrechen der wider ihn und seine Ehegattin ergangenen Ministerial-Verfügung erkennend, richtete der Unterzeichnete unter dem 7. Juli 1828 (Anlage 6.)¹⁸⁾ unmittelbar an Seine Herzogliche Durchlaucht die unterthänigste Bitte, daß Höchstdieselben

»gnädigst geruhen möchten, solches Verfahren, das nur durch Irrthum veranlaßt seyn könne, zurück zu nehmen, oder ihm die Gerichtsbehörde benennen zu lassen, bei welcher die Untersuchung der Sache Statt finden solle.«

Hierauf ließen Seine Durchlaucht ihm (Anlage 7.)¹⁹⁾ unter dem 9. Juli 1828 durch das Staats-Ministerium eröffnen:

»daß es in Betreff Seiner und seiner Ehefrau, bei dem Beschlusse des Staats-Ministerii vom 17. Juni lediglich sein Bewenden behalten müsse.«

Von dem Durchlauchtigsten Landesfürsten und der höchsten Staatsbehörde hülfslos gelassen, was blieb dem Unterzeichneten anders übrig, als Zuflucht zu nehmen zu dem Heiligthum der Gerechtigkeit? Dennoch zögerte er damit dreizehn volle Monate. Die ihm zur andern Natur gewordene treue Anhänglichkeit an dieses glorreiche Fürstenhaus kräftigte mit jedem kommenden Tage die Hoffnung, unter dem mildernnden Einflusse der Zeit der wiederkehrenden Gnade

¹⁸⁾ Oben No. 5.

¹⁹⁾ Oben No. 6.

verdanken zu dürfen, was er von der Gerechtigkeit zu fordern berechtigt war. Doch, auch der letzte Strahl von Hoffnung entchwand seinem harrenden Blicke, als ein unter dem 31. März 1829 von ihm an das Herzogliche Staats-Ministerium erlassenes Schreiben unbeantwortet blieb, worin er gebeten hatte, »ihm die Zurückkunft nach Braunschweig zu gestatten, und damit den Gebrauch und Genuß seines dortigen bedeutenden Eigenthums zu gewähren.«

Nun erst überreichte er, in gesetzmäßiger Ordnung, am 17. August 1829, bei dem Herzoglichen Districtsgerichte zu Braunschweig, dem ordentlichen Gerichte seines Wohnortes, eine Anzeige, mit der Bitte: »über das in dem höchsten Rescript vom 17. Juni 1828 ihm angeschuldigte Verbrechen der verletzten Ehrerbietung gegen den Allerhöchsten Landesherrn, die rechtliche Untersuchung zu verordnen, während derselben ein sicheres Geleite ihm und seiner Ehegattin zu bewilligen, und nach geschlossener Untersuchung die Acten zur Abgebung eines Erkenntnisses an das Herzogliche Landesgericht einzusenden.«

Eine landesherrliche Verordnung vom 15. Januar 1814, welche (§. 8.) die in dem Braunschweigischen »früher gültig gewesenen Rechts- und Landesordnungen wieder in gesetzliche Kraft« setzte, bestimmt (§. 2. Num. 4.) wie folgt: »Alle Verbrechen und Vergehungen, welche eine härtere Strafe als 14 Tage Gefängniß oder 10 Thlr. Geldbuße nach sich ziehen, werden von den Kreisgerichten vollständig untersucht, und der Proceß bis zum Erkenntnisse instruiert, sodann aber die Acten zur Abgebung eines Erkenntnisses an das Landesgericht eingesandt.«

In Folge dieser Unterordnung des Districtsgerichts, crachtete dasselbe für nöthig, wegen seines Verhaltens in

gegenwärtiger Sache von dem Landesgericht zu Wolfenbüttel, dem Obergericht des gesammten Landes, sich maaßgebende Bestimmung zu erbitten. Von diesem erhielt dasselbe unter dem 10. September 1829 (Anlage 10.)²⁰⁾ die Weisung, bei dem Herzoglichen Staats-Ministerium anzufragen: »ob es mit den der Sierstorpffischen Anzeige von A bis E angeschlossenen Anlagen seine Richtigkeit habe, und ob namentlich auf Veranlassung des Gesuchs vom 16. Juni 1828 das (Ministerial-) Rescript vom 17. Juni an den Freiherrn von Sierstorpff erlassen sey?« Wörtlich so, mit abschriftlicher Beilegung der erwähnten Anzeige und ihrer Beilagen, richtete das Districtsgericht unter dem 15. September 1829 eine Anfrage (Anlage 9.)²¹⁾ an das Staats-Ministerium. Durchaus bejaht (Anlage 10.)²²⁾ ward von diesem, unter dem 22. September 1829, obige Frage. Hinzugefügt ward, das Ministerial-Rescript vom 16. Juni 1828 sey

»von Landesfürstlicher Machtvollkommenheit ausgegangen, und unter Berücksichtigung von Grundsätzen, welche der höchsten Landespolizei angehören, erlassen worden.«

Da das richterliche Erkenntniß von dem Herzoglichen Landesgerichte erfolgen mußte, und Langwierigkeit der Untersuchung zu besorgen war, so erließ der Unterzeichnete an dasselbe, unter dem 13. November 1829, durch seinen Anwalt die als Beilage 11.²³⁾ hier anliegende Vorstellung,

²⁰⁾ Oben No. 8.

²¹⁾ Oben No. 9.

²²⁾ Oben No. 12.

²³⁾ Oben No. 19.

mit der Bitte: »die von dem Herzoglichen Staats-Ministerium gegen ihn ausgesprochene Landesverweisung vorläufig, während der gegen ihn anhängigen Untersuchung, aufzuheben, und das Staats-Ministerium davon in Kenntniß zu setzen.«

Auf mehrmalige, zuletzt sehr dringende Erinnerungsgesuche, erfolgte endlich am 4. Januar 1830 von dem Herzoglichen Landesgericht ein rechtliches Erkenntniß, welches, nebst dem districtsgewöhnlichen Publications-Protocoll vom 6. Januar 1830, in gerichtlich beglaubigter Form hier beiliegt (Anlage 12.)²⁴⁾. Unter Anführung der Entscheidungsgründe, wird darin richterlich erkannt:

»daß zur Zeit zwar die von dem Freiherrn von Sierstorpff gebetene Untersuchung nicht Statt finde, jedoch der Rückkehr und dem Aufenthalte desselben in den hiesigen Herzoglichen Landen ein rechtliches Hinderniß nicht entgegen stehe.«

Dieses richterliche Erkenntniß hat ein Schicksal erfahren, welches in den Annalen der Rechtspflege vielleicht ohne Beispiel ist²⁵⁾.

Raum war, am 6. Januar, auch dem Herzoglichen Staats-Ministerium das Landesgerichtliche Urtheil in gehöriger Form von dem Districtsgerichte zugesertigt worden,

²⁴⁾ Oben No. 25.

²⁵⁾ Die in der folgenden Darstellung vorkommenden Abweichungen von dem actenmäßigen Vorgange sind durch den Umstand zu erklären, daß dem Anwalte des Beschwerdeführers noch nicht auf das Gesuch vom 29. Jan. 1830 (No. 33.), sondern erst auf ferneren Antrag vom 9. März 1830 die Einsicht der den Cassations-Akt betreffenden gerichtlichen Verhandlungen gestattet wurde.

als man von Herzoglicher Seite bei diesem eiligt sich bestrebt, dessen Publication an des Unterzeichneten Anwalt zu hintertreiben. Der Ministerial=Canzleidirector Bitter erschien in Person bei dem Dirigenten des Gerichts, Justizrath Pini, und untersagte, kraft allerhöchsten Auftrags, die Publication. Er kam zu spät, sie war geschehen. Hierauf ward der Gerichts=Registrator Sack, durch einen von dem genannten Bitter auf unmittelbaren Befehl Seiner Durchlaucht geschriebenen Brief, unter Bedrohung mit alsbaldiger Cassation, genöthigt, das von Wolfenbüttel erhaltene Original des Urtheils, nebst dem Publications=Protocol, sofort an das Ministerium abzuliefern.

Dabei bewendete es nicht. Am 9. Januar erscheint zu Wolfenbüttel, als Herzoglicher Immediat=Commissär, der Hof= und Justizrath Friede, begleitet von dem Herzoglichen Cabinet=Secretär Henneberg. Er verlangt von dem Dirigenten des Landesgerichts alsbaldige Versammlung der sämtlichen acht Mitglieder desselben, um einen von Seiner Herzoglichen Durchlaucht erhaltenen Auftrag zu vollziehen.

Dem versammelten hochgeachteten Landesgerichte eröffnet derselbe, daß er einen unmittelbaren Befehl Seiner Durchlaucht zu vollziehen habe, zugleich nachdrücklich warnend vor irgend einer Remonstration dawider. Er legt vor und giebt zu lesen, ein auf allerhöchsten Befehl ausgefertigtes Ministerial=Rescript. Darin wird dem Landesgerichte im Wesentlichen eröffnet: daß dessen Entscheidung in der Sierstorpffischen Untersuchungssache hiemit cassirt werde; daß dem Gerichte des Herzogs höchste Ungnade zu erkennen gegeben, und dasselbe vor ähnlichem Beginnen ernstlich gewarnt werde; daß Seine Durch-

laucht fortan unmittelbare Berichte von dem Landesgericht nicht mehr annehmen wollen, sondern dasselbe stets nur an das Staats-Ministerium zu berichten habe.

Dem Gericht vorgelesen, aber nicht zu lesen gegeben, wird von dem Commissär eine Herzogliche Erklärung, welche im Wesentlichen sagt: daß die erwähnte Landesgerichtliche Entscheidung darum cassirt werde, weil der Herzog aus höchster Landespolizei-Gewalt in der Sierstorpffischen Sache verfügt habe, und in solchem Falle dem Richteramte eine Einmischung nicht zukomme; daß die Entscheidung des Landesgerichts, durch Zerreißung des Originals, vor den Augen sämtlicher Gerichtsmitglieder, von dem hiezu ausdrücklich beauftragten Commissär, cassirt und vernichtet werden solle; daß von der geschehenen Cassation der Sierstorpffische Anwalt, Dr. Bruns, in Kenntniß gesetzt, jedoch über die Art und Weise, wie solches zu bewerkstelligen, vorher an das Staats-Ministerium von dem Landesgerichte berichtet und Genehmigung eingeholt werden solle. Dem zufolge zerreißt sofort der Commissär das Landesgerichtliche Erkenntniß, und wirft die Papierstücke auf den Fußboden der Gerichtsstube.

Über diesen Act ließ der Commissär durch den mitgebrachten Herzoglichen Cabinets-Secretär ein Protocoll aufnehmen, welches sämtliche Mitglieder des Gerichts unterschreiben mußten. Die Mitglieder des Gerichts enthielten sich, für den Augenblick, jeder Erklärung über das Vorgegangene. Nur um Abschrift des aufgenommenen Protocolls baten sie. Der Commissär erwiederte: Er dürfe eine solche nicht bewilligen, aber dem Gerichte stehe frei, mit seiner Bitte sich an das Ministerium zu wenden.

Nach Beendigung dieses Vorgangs, soll der Commis-

für dem Cabinets-Secretär ein beschriebenes Papier zugeschohen haben, mit den Worten: »Nehmen Sie das Occultum; jezt brauchen wir es nicht.« Man will wissen, es sey eine für den Fall, wenn das Gericht wider diesen Vorgang würde remonstrirt haben, ausgefertigte Herzogliche Verfügung gewesen, worin Seine Durchlaucht die augenblickliche Cassation aller acht Mitglieder des Gerichts ausgesprochen hätten. Doch ist dieses unverbürgt. Auch von ähnlicher Cassirung anderer gerichtlicher Urtheile spricht man im Lande; es liegt aber solches außer dem Zweck gegenwärtiger Darstellung.

Es verlautet, daß über obigen Vorgang zwischen dem Landesgerichte und dem Staats-Ministerium schriftliche Erklärungen Statt gehabt haben, und daß darin unter Anderem das Gericht sich geweigert habe, eine Benachrichtigung des Sierstorpffischen Anwaltes von der Vernichtung des Urtheils, in anderer als ihm selbst beliebiger Form, zu erlassen. Es ist aber Näheres hievon in dem Publikum nicht bekannt geworden.

An das Districtsgericht zu Braunschweig erging am 10. Januar, am ersten Tage nach dem oben gemeldeten Vorfalle in dem Landesgerichte, »auf Allerhöchsten Special-Befehl« ein Ministerial-Rescript (Anlage 13.) ²⁹⁾ folgenden wesentlichen Inhaltes. »Da das Districtsgericht das gegenwärtig cassirte Erkenntniß mit ungewöhnlicher Hast und Eile, und eher publicirt habe, als davon bei dem Staats-Ministerium Anzeige gemacht worden, wie um so mehr habe geschehen sollen, da jenes annullirte Erkenntniß in die Seiner Durchlaucht zustehenden Polizei-Hoheits-

²⁹⁾ Oben No. 20.

rechte unbefugt eingreife; so werde dem Districtsgericht für das bei der Expedition der Sache begangene pflichtwidrige Benehmen ein nachdrücklicher Verweis ertheilt, unter dem Verwarnen, sich dergleichen, bei strengerer Ahndung, nie wieder zu Schulden kommen zu lassen. Auch werde dasselbe angewiesen, in vorkommenden Fällen dem Herzoglichen Canzleidirector Bitter die Einsicht von Acten, welche etwaige herrschaftliche Angelegenheiten betreffen, ohne weitere Umstände, auch *brevi manu*, jederzeit willfährig zu gestatten, auch dem Vorstande der Registratur desfallige Weisung zu geben. *

Fast sechs Wochen später, am 20. Februar 1830, ward dem hiezu vorgeladenen Anwalte des Unterzeichneten von dem Districtsgerichte ein an dasselbe von dem Landesgerichte erlassenes Rescript, datirt vom 29. Januar, auf Allerhöchsten Befehl eröffnet, hier als Beilage 14. ²⁷⁾ in beglaubigter Form anliegend. Es sey, heißt es darin, die Landesgerichtliche Entscheidung vom 4. Januar, in Folge einer auf Allerhöchsten Special-Befehl ergangenen Verfügung, durch eine Commission des Staats-Ministeriums vor den versammelten Mitgliedern des Landesgerichts cassirt worden, unter Anführung der Gründe:

„daß die in dem Rescripte des Herzoglichen Staats-Ministerii vom 17. Junius 1828 gegen den Freiherrn von Sierstorpff erlassenen Verfügungen, von dem Seiner Hochfürstlichen Durchlaucht zuständigen Polizei-Hoheitsrechte ausgegangen, und als Zweig der mit der Souverainität verknüpften Regierungsrechte, von der Einwirkung der Gerichte unabhängig angesehen seyen.“

²⁷⁾ Oben No. 37.

Die hier urkundlich dargestellte Verfahrensweise streitet offenbar nicht nur wider das klare Recht, sie ist auch unvereinbar mit dem eigenen Interesse Seiner Herzoglichen Durchlaucht und mit demjenigen der Staatsgesellschaft.

Ist gleich die Staatsgewalt die Quelle der Gerichtsbarkeit, so ist doch der monarchische Souverain keine Gerichts-Instanz. In eigener Person soll und kann er nicht das Richteramt üben; nur zu wachen hat Er, daß dasselbe überall zweck- und gesetzmäßig verwaltet werde. Zu gesetzmäßiger Verwaltung des Richteramtes gehört nicht nur geprüfte Kunde der Rechtswissenschaft und Gesetze, sondern auch persönliche, besondere Verpflichtung zur Rechtspflege: eine Richtersfähigkeit, die bei dem persönlich unverantwortlichen Inhaber des Throns nicht vorauszusetzen ist.

„In despotischen Staaten,“ sagt Montesquieu²⁹⁾, „kann der Fürst Selbst den Richter machen. In (geordneten) Monarchien kann Er es nicht; die Staatsordnung wäre zerstört; die abhängigen Zwischengewalten wären vernichtet; alle Förmlichkeiten der Richtersprüche würden aufhören; Furcht würde sich aller Gemüther bemächtigen; auf allen Gesichtern würde Blässe sich bemerklich machen; kein Vertrauen mehr, keine Ehre, keine Liebe, keine Sicherheit, keine Monarchie, — nur Despotie. — Auch andere Betrachtungen widerstreben. In monarchischen Staaten ist der Fürst die Partei, welche die Angeschuldigten verfolgt, die sie strafen oder lossprechen läßt; spräche er Selbst Recht, so wäre Er Richter und Partei. In denselben Staaten fallen dem

²⁹⁾ De l'esprit des lois, liv. VI. ch. 5. Man s. auch Principe fondamental des droits des Souverains (a Genève 1788. gr. 8.). T. I. p. 126.

Fürsten die confiscirten Güter anheim; wäre Er Richter über die Verbrechen, so wäre auch dann Er Richter und Partei. Mehr noch: das schönste Attribut der Souverainität würde er verlieren — dasjenige der Begnadigung. Denn widersinnig wäre es, wenn Er selbst die Richtersprüche machte und auch auflösete; in Widerspruch mit sich selbst wird er doch nicht gerathen wollen. Könige, meinte Plato, da sie, wie er sagt, Priester sind, könnten dem Rechtsprechen nicht beimohnen, wo man zum Tode verurtheilt, zu Verbannung, zu Gefängniß.« — »Die Gesetze sind die Augen des Fürsten; durch sie sieht er, was er ohne sie nicht sehen könnte. Den Amtsverrichtungen der Gerichtshöfe will Er sich unterziehen? Dann arbeitet er nicht für Sich, nein, für seine Verführer gegen Sich.« — Das Regierungsamt ist kein Richteramt. Die eben so nothwendige als heilsame landesherrliche Oberaufsicht über die Rechtspflege verschwindet da, wo der Fürst selbst das Richteramt übt; er ist dann Landesherr und Richter zugleich, und kann, wie jeder Andere, nicht unter Aufsicht Seiner Selbst stehen.

Eben so wenig ist ein Staats-Ministerium geeignet für die Rechtspflege. »Darin müssen die Angelegenheiten mit einem gewissen Affect behandelt, und eben so verfolgt werden. In Gerichtshöfen hingegen muß kaltes Blut walten; ihnen müssen alle Sachen in gewisser Art gleichgültig sein.«²⁹⁾

Darum eiferten die Gesetze des deutschen Reichs³⁰⁾

²⁹⁾ *Montesquieu* l. c. liv. VI. ch. 6.

³⁰⁾ Reichsdeputations-Abchied von 1600, §. 15. Reichsabschied von 1654, §. 108 u. 109.

und die Reichsgerichte ⁵¹⁾ wider die sogenannte Cabinets-Justiz, und wird die Verwerflichkeit derselben durch die Parodie »Cabinets-Justiz ist Unjustiz« ausgedrückt.

Auch in Beziehung auf die nach Auflösung des deutschen Reichs souverain gewordenen Staaten, rechneten zwei vormalige Reichskammergerichts-Assessoren ⁵²⁾ die Rechtswidrigkeit und Gemeinschädlichkeit der Cabinets-Justiz zu den Wahrheiten von so hoher Evidenz, daß die Stimmen Aller sich in ihrer Anerkennung vereinigen. »Alle«, sagen sie, »erkennen die Cabinets-Justiz für einen dem ersten Grundbegriff des Staats widerstrebenden Mißbrauch der landesherrlichen Macht, für ein der Ruhe des Staats höchst nachtheiliges Uebel; Alle finden darin den gefeßlosten und schädlichsten Mißbrauch des Regentenamtes, Keiner wagt es, sie zu vertheidigen. Daß dieses die Stimmung von ganz Europa sei, bedarf wohl keines Beweises; nur der Muselman ist abgestumpft genug, den Ausspruch seines Sultans für den Ausspruch des Gesetzes zu halten.

Eine »Staatspest« pflegte der weise Fürstbischöf von Bamberg und Würzburg, Franz Ludwig, die Cabinets-Justiz zu nennen. »Unmittelbare Schärfung einer durch das Gesetz gelinder bestimmten Strafe«, — sprach der Präsident des Berliner Kammergerichts, von Kirchhausen, zu dem Kronprinzen von Preußen, jetzt König, als derselbe zum ersten-

⁵¹⁾ Poscher's Sammlung am Reichskammergericht entschiedener Rechtsfälle, Th. III. S. 155. M. J. Schick über das reichsständische Instanzenrecht; und von der sogenannten Cabinets-Instanz. Gießen 1802. 8.

⁵²⁾ Von Kampß und von Stein; in Winkopp's Zeitschrift: Der Rheinische Bund, Heft XII. S. 402 u. f.

mal einer Sitzung jenes Gerichts bewohnte — »oder unmittelbare Entscheidung des geringsten Rechtsstreits, würde Ihnen mit Recht das Zutrauen des Volks auf Ihre Gerechtigkeit entziehen. Die gesittete Welt, dieses mächtige Tribunal, ist dahin übereingekommen, mit dem Wort *Macht=*spruch, Ungerechtigkeit, als verschwisterte Ideen, zu denken«³³⁾. — Zur Ehre der Menschheit und der echten Landesfürstlichkeit, bewahrt die Geschichte in ihren Jahrbüchern viele preiswürdige Beispiele, wo selbst absolute Beherrscher großer Reiche diese Grundsätze laut verkündigt und befolgt haben. Dem moralischen Zwang des Rechts unterwirft sich das Gewissen pflichtgetreuer Herrscher nicht minder willig, als jenes der Richter.

Aus denselben Gründen ist persönliche Einmischung des Regenten in den Rechtsgang einzelner Sachen widerrechtlich. Wahrheit und Gerechtigkeit müssen, in allen bürgerlichen und peinlichen Rechtsachen, nur von dem gehörigen Richter, mit Beobachtung der gesetzmäßigen Form, ausgesprochen werden. Einmischung einer andern, als der mit der Sache beschäftigten, richterlichen Staatsbehörde findet nur Statt, sofern solche von Obergerichter=Amtswegen, nach Vorschrift des Gesetzes, oder bloß zur Beförderung der Rechtshülfe, auf Beschwerde wegen versagter oder verzögerter Justiz, von der gehörigen Stelle geschieht³⁴⁾.

Darum geboten schon in der Zeit des deutschen Reichs, Reichs= und Landesgesetze den Richtern, auf kaiserliche, landesfürstliche und andere Befehle nicht zu achten, wenn sol-

³³⁾ Klein's Annalen der preussischen Gesetzgebung, Bd. XI. S. 341.

³⁴⁾ Klüber's öffentl. Recht des deutschen Bundes und der Bundesstaaten (2. Aufl.), §. 293.

che in rechtshängigen Sachen, außer den so eben genannten Fällen, ergehen würden.

In der auf dem Reichstage zu Augsburg 1555 errichteten Reichskammergerichts-Ordnung, wurden die Richter auf das Gemessenste angewiesen, durch kaiserliche oder andere Hof- oder Cabinetsbefehle in dem Rechtssprechen sich auf keine Weise irre machen zu lassen; »also, daß dieselben auch alle Rescripta, Commissiones, Avocationes, Jussiones und Befehl, so darwider von der Kayserlichen Majestät, uns oder Andern, wie das eracht oder fürgenommen werden möcht, ausgehen würden, an Vollziehung derselben (der in der Kammergerichts-Ordnung enthaltenen Bestimmungen) nicht irren oder verhindern sollen« ³⁵⁾.

Die Braunschweigische Canzlei-Ordnung Herzogs August von 1651, Art. 2, verordnet wie folgt: »Insonderheit aber ist Unser unveränderlicher Wille, Meinung und Resolution, darauf sich alle Unterthanen beständig zu verlassen, daß der Justiz bei Unserer Rathsstube, wie nicht weniger bei Unserm Fürstlichen Hofgerichte, ihr richtiger, freier und ungesperrter Lauf gelassen, und derselben im geringsten durch keine andere Expedition oder Extrajudicial-Befehle und Rescripte eingegriffen werden soll, und ob etwas dem zuwider ausgehen oder erlangt würde, dasselbige soll kraftlos und nichtig seyn und gehalten, auch keines Weges von Unsern zur Justiz verordneten Canzlern und Rätthen, Vice-Hofrichtern und Assessoren attendirt werden.« Die Herzoglich-Braunschweigische Verordnung vom 30. August 1699 entzieht alle

³⁵⁾ Neue Sammlung der Reichsabschiede, Th. III. S. 45.

Civil- und Criminal-Justizsachen der Einwirkung des Geheimenraths-Collegii, und verordnet, daß in die Rechtspflege auf keinerlei Weise eingegriffen werden solle. Und die Landesgrundgesetzlichen Privilegien gesammter Landschaft vom 9. April 1770, Art. 13, setzen fest, »daß der Justiz ihr stracker Lauf gelassen werden soll.«

Auch die Fremdherrschaft über Braunschweig verordnete ³⁶⁾: »*Qu'il est dans les principes de la constitution et des lois, de soumettre les jugemens sujets à revision plutôt à l'examen des tribunaux, qu'à celui des Ministres ou du Prince lui-même; que les Ministres doivent administrer et surveiller, qu'il ne leur appartient point de juger.*« Hinzugefügt ward: »daß Keiner nach dem Willen des Fürsten gestraft werden kann, sondern einzig nach dem Ausspruch des Gesetzes, dessen Anwendung der Fürst, unter Vorbehalt des Begnadigungsrechtes, den Richtern überlassen hat.

Mit gleicher Bestimmtheit ist in fast allen andern deutschen Bundesstaaten die Unabhängigkeit und Selbstständigkeit des bürgerlichen und peinlichen Richteramtes, innerhalb der Grenzen seines Berufs, durch Landes-Grundgesetze, Verordnungen und Herkommen gesichert ³⁷⁾.

³⁶⁾ Beschluß der Königlich-Westphälischen Regierung v. 5. October 1807; in dem angef. Rheinischen Bund, Heft XI. S. 239.

³⁷⁾ Beispiele: Mecklenburgischer Erb-Landesvergleich v. 1755, §. 398. Preussische Verordnung v. 6. Sept. 1815, in der Preuß. Gesetzsammlung, von 1815, S. 198. Waldeckischer Landes-Grundvertrag vom 19. April 1816, §. 25. lit. g. Baierrische Verfassungsurkunde von 1818, VIII. 3. Würtembergische Verfassungsurkunde von 1819, §. 93. Großherzoglich-Hessische Verfassungsurkunde von 1820, Art. 31—34. Sachsen-Coburgische ständische Verfassungsurkunde von 1821'

Die Quellen der Cabinets-Justiz erforschend, drücken die oben erwähnten Reichskammergerichts-Assessoren (a. a. D. S. 407 u. f.) sich wörtlich aus, wie folgt. »Der Regent übt die Cabinets-Justiz aus: 1. entweder aus Leidenschaft, diese sey Despotismus, Eigennutz, Haß, Vorliebe zu einem Günstling, u. d.; 2. oder aus Schwäche, verleitet durch den Despotismus, welchen ein Höfling, ein Minister über ihn ausübt; 3. oder aus sogenanntem heiligen Justizeifer u.; oder endlich 4. aus dem zur Übertünchung, Rettung und Ehrlichmachung der Cabinets-Justiz so häufig gemißbrauchten Grunde: in dem gegebenen Falle sei von keiner Justiz, sondern von einer Polizeisache die Frage, deren Entscheidung das Staatswohl von den Händen des Regenten erfordere.« — »Auch (ebendas. S. 411.) die Entscheidung der Frage: ob eine Sache eine Polizei- oder Justizsache sei? gebührt nicht dem Regenten, sondern den Gerichtshöfen, weil jener sonst Richter und Partei zugleich sein würde.«

Aber auch eine Polizeisache eignet sich zu gerichtlicher Erörterung, sobald sie in Justizsache sich verwandelt. Dieses geschieht durch die vorgebrachte Einrede einer Rechtsverletzung, oder durch Klage über Verletzung wohl-erworbener Rechte, durch Anfechtung eines Polizeigesetzes aus dem Grunde wohl-erworbener Rechte, über Verstoß einer Polizeibehörde gegen unzweifelhafte Bestimmung der Gesetze und Überschreitung der Amtsgewalt, oder durch gerichtlich verfolgte Befugnisse eines Dritten ³⁰⁾.

Art. 21 u. 22. Sachsen-Meiningisches Grundgesetz für die landschaftliche Verfassung vom 23. August 1829.

³⁰⁾ Klüber a. a. D. §. 311, und die daselbst angeführten Schriften.

Und, am Ende, wäre etwa, zu Aufregung der höchsten Landespolizei, die öffentliche Sicherheit gefährdet, wenn ein zum Ober-Hofmeister ernannter Ober-Jägermeister den neuen Titel mit der verminderten Besoldung verbittet, und sich in die Stille des Privatlebens friedlich zurückzieht? Wäre sie in so hohem Grade gefährdet, daß die höchste Landespolizei sich verpflichtet erachten könnte, den fast ein halbes Jahrhundert lang vorwurfsfrei gewesenen Staatsbürger und Staatsdiener, dessen Verdienste der Landesfürst selbst noch erst vor wenigen Tagen in einem eigenen Handschreiben rühmte und belohnen zu wollen versicherte, den mit Grundeigenthum und Fahrniß reichlich im Lande angeessenen Mann, nebst seiner Gattin, mit drängender Eile aus dem Lande zu verweisen?

Giebt es endlich unter den pflichtmäßigen Äußerungen von Staatsbehörden irgend eine, welche allgemein höhere Achtung geböte, als ein Richterspruch des gehörigen Richters? Zumal ein solcher, der, wie hier, durch ein suspensives Rechtsmittel nicht angefochten, in Rechtskraft übergegangen ist ³⁹⁾? Daß für den Betheiligten daraus erwachsene Recht kann durch die höchste Landes-Polizeigewalt, da sie der richterlichen nur coordinirt ist, weder vernichtet noch geschmälert werden. Es kann solches von dem Staatsoberhaupt Selbst nicht geschehen. Denn nur für Handhabung des Rechtszustandes leben Menschen in Staatsverbindung und erkennen sie ein Oberhaupt.

Was aber die vorgeschützte fürstliche Machtvollkom-

³⁹⁾ Terribilis est rei judicatae auctoritas, nec a principe ex plenitudine potestatis tolli potest. *Leyser medit. ad Pandectas, Spec. 470. m. 1. sq.*

menheit betrifft, das heißt, die Regentengewalt nach ihrem rechtmäßigen Umfange, so berechtigt solche das regierende Subject nur dazu, wozu sie dasselbe verpflichtet. Eine Pflicht, Unrecht zu thun, — und das wäre die Vernichtung des durch einen Richterspruch erworbenen Rechts — ist aber nach dem Rechts- und Sittengesetz nicht denkbar.

Die Competenz der Hohen Bundesversammlung, zu bundesverfassungsmäßiger Einschreitung in diese Sache, ist mehrfach begründet.

Nur im Bunde mit der Gerechtigkeit sind Rechtmäßigkeit der Regierung und staatsbürgerliche Freiheit der Unterthanen denkbar; denn das Recht ist das Gesetz der Gesetze, der Souverain der Souveraine ⁴⁰⁾. Darum steht das Recht, als fürstliche Nothwendigkeit, über dem Fürsten, und rechnen Könige, auch deutsche, das öffentliche Bekenntniß, im Dienste der Gerechtigkeit zu stehen, sich zur Ehre. Sie beseelt das edle Gefühl, aus welchem jener Ausspruch eines alt-römischen Kaiserpaares ⁴¹⁾ gesetzweise hervorging: »Würdig der Majestät ist das Wort eines Herrschers: auch der Fürst bekennt sich unterworfen dem Gesetz! Beruht doch auf dem Ansehen des Rechts, Unser oberherrliches Ansehen. Größer fürwahr als Herrschergewalt ist es, die Fürstlichkeit den Gesetzen unterzuordnen. Darum sei es ein Götterauspruch des gegenwärtigen Edictes: Was uns selbst zu erlauben Wir Uns nicht herausnehmen, Das verkündigen Wir Andern,« durch Gesetze.

⁴⁰⁾ »*Justitia est fons, basis ac fundamentum omnis imperii. Justi injustique regula Lex est.*« A. Kluit primae lineae collegii diplomatico-historico-politici (Lugd. Batar. 1780. 8.), §. 316.

⁴¹⁾ Imp. *Theodosius et Valentinianus*, in L. 4. C. de LL.

Darum gebietet der natürliche und der erklärte Zweck des Deutschen Bundes ⁴²⁾, Sicherung und Handhabung eines festen Rechtszustandes in Deutschland. Er fordert, daß für alle Bundesstaaten und in allen, durchaus ein Rechtszustand bestehe; daß also kein Bundesstaat, und Niemand in oder im Verhältniß zu demselben, rechtlos gelassen werde; daß nirgend Willkühr an die Stelle des Rechts trete.

Von diesem Fundamental-Rechtsfakt jeder öffentlichen Ordnung durchdrungen, legte einst, zu seinem unvergänglichen Ruhme, das hochansehnliche Präsidium der Hohen Bundesversammlung nachstehende, nie genug zu verehrende Erklärung in das Protocoll ⁴³⁾. Die Bundesversammlung wird »eingedenk der hohen Bestimmung, zu der sie berufen worden, und der Vorschriften und Zwecke der Bundes-Acte, sich durch keine ungleiche Beurtheilung eines einzelnen Bundesgliedes abhalten lassen, innerhalb der ihr vorgezeichneten Schranken, die sie nie vergessen hat, noch je vergessen wird, selbst bedrängter Unterthanen sich anzunehmen, und auch ihnen die Überzeugung zu verschaffen, daß Deutschland nur darum mit dem Blute der Völker von fremdem Joche befreit, und Länder ihren rechtmäßigen Regenten zurückgegeben worden, damit überall ein rechtlicher Zustand an die Stelle der Willkühr treten möge.« Belebt von solchem Edelmuthe, erklärte bei demselben Anlaß, die Königlich-Preussische Allerhöchste Regierung: »die Bundesversammlung habe dafür zu sorgen, daß auch jedem Einzelnen in gehörigem Wege sein Recht angebeide« ⁴⁴⁾; und

⁴²⁾ Bundes-Acte, Art. 2. Wiener Schluß-Acte v. 1820, Art. 1.

⁴³⁾ Protocoll der B.V. vom 17. März 1817, §. 105.

⁴⁴⁾ Protocolle der B.V. v. 1817, §. 112.

die Kaiserlich = Königlich Oesterreichische Allerhöchste Regierung: »Sie theile aufrichtigst den Wunsch der Bundesversammlung, daß jeder Deutsche sein Recht im gesetzlichen Wege finde« ⁴⁵⁾.

Ist schon wegen Hemmung oder Versperrung des Rechtswegs in Justizsachen, der Recurs an die Hohe Bundesversammlung den Betheiligten ausdrücklich gesichert, und der Hohen Bundesbehörde zu Bewirkung der gerichtlichen Wirksamkeit Pflicht und Befugniß gegeben ⁴⁶⁾, wie viel mehr noch muß dieses gelten ⁴⁷⁾ bei willkürlicher Hemmung, Aufhebung oder Unterdrückung der gesetzmäßigen Wirksamkeit schon ergangener richterlicher Erkenntnisse.

Auch aus einem andern hochwichtigen Gesichtspuncte

⁴⁵⁾ Ebenbaselbst, §. 141.

⁴⁶⁾ Wiener Schluß-Acte von 1820, Art. 29 u. 63. Provisorische Competenz-Bestimmung der B.B. vom 12. Juni 1817, lit. C. Num. 3.

⁴⁷⁾ Nach der Rechts-Analogie *a contrario*. Ihr zufolge wäre widersinnig, den Art. 29. der Wiener Schluß-Acte so auszulegen, daß des Schutzes der Hohen Bundesversammlung nur Der sich solle zu erfreuen haben, dem der Rechtsweg erschwert oder versperrt wird; nicht auch Der, dem sogar das auf dem Rechtswege durch förmlichen Richterspruch erworbene Recht, von dem Inhaber der Staatsgewalt durch absolute Cassirung des Richterspruchs, sogar durch beschimpfende Zerreißung desselben vor den Augen der versammelten Richter, willkürlich, von Gewaltswegen, vernichtet ward. Oder wäre Der, dem, durch Eigenmacht von Oben herab, im Verhältniß zu der Rechtspflege größeres Unrecht zugefügt worden ist, minder schutzberechtigt, als Der, dem geringeres widerfahren ist, mithin jener in Beziehung auf den Rechtsschutz *deterioris conditionis*, als dieser? Und wäre der Mißbrauch der Staatsgewalt, im Verhältniß zu der gesetzmäßigen Rechtspflege, in dem letzten Falle geringer, als in dem ersten?

den vorliegenden Fall betrachtet, ist die Hohe Bundesversammlung zu gerechter Abhülfe berufen.

Der natürliche und der erklärte Zweck des Durchlauchtigsten Deutschen Bundes, der in seinen Grundverträgen waltende Geist der Weisheit, ruft die Hohe Bundesversammlung zu dem Schutze der Legitimität der Regierungen, wie der Regierten. Was könnte aber mit größerer Gefahr die Einen wie die Andern bedrohen, als offenbare, rücksichtslose Überschreitung der Schranken gesetzmäßiger Gewalt? Denn Das ist der werthvollste Vorzug echter Gesittung, daß, unter ihrem unaufhaltsamen Einfluß, die sittliche und geistige Macht der Staatsregierungen ihre physische überwiegt, und daß die Gewalt des Rechts, den Sultanismus verschauend, jene der Willkühr in Schranken hält.

So ist Gerechtigkeit der kräftigste Verbündete der Legitimität. Diese huldige ihr ohne Ausnahme, und sie kann allen Anfeindungen, jedem Angriff ihrer Gegner getrost entgegensehen. Noch leben Zeugen genug von den traurigen Folgen, die daraus hervorgingen, als der Monarch eines großen Reichs den Beschluß eines Gerichtshofes cassirte, und dieser dennoch dabei zu beharren nicht umhin konnte ⁴⁸⁾. Wie entmuthigend würde es auch auf die Richter in den Bundesstaaten wirken, wenn sie sich der Besorgniß hingeben müßten, ihre Unabhängigkeit und Selbstständigkeit im Rechtssprechen, in vorkommenden Fällen von der Hohen Bundesversammlung nicht mit Nachdruck geschützt zu sehen!

⁴⁸⁾ Arrêté du parlement de Paris du 4. janvier 1788. Man sehe *M. A. Thiers* histoire de la révolution française, T. I. (2. édit. Paris 1828. 8.) p. 18.

Schon darum ist die Gesamtheit des Bundes, sind alle Regierungen bundesverwandter und bundesfreier Staaten nicht weniger, als die ihrer Leitung Anvertrauten, auf das Höchste theilhaftig dabei, daß zu gerechtem Volkswillen nirgend Anlaß gegeben werde. Wilden Ausbruch desselben mit verstärkter Macht zu dämpfen, dazu nicht allein, auch, durch feste Handhabung der Herrschaft des Rechts wider Unterdrückung oder Hemmung, ihm zuvor zu kommen, ist der Hohen Bundesversammlung der erhabene und wohlthätige Beruf gegeben. »Wenn« — so spricht ihre provisorische Competenz-Bestimmung, §. 4. Num. 5. — »die Regierung eines Bundesstaats eine Verfügung in Beziehung auf Personen oder Corporationen treffen sollte, welche mit den Grundgesetzen und den Verfügungen des Bundes im Widerspruch stände, oder für die innere und äußere Sicherheit desselben gefährlich werden könnte; so ist die Bundesversammlung zur Einwirkung, Behuf der Abstellung dieser Verfügung, berufen.«

Demnach ergeht hiemit, bundesverfassungsmäßig, an die Hohe Bundesversammlung die ehrerbietige Bitte: daß Hochdieselbe, dem Recht zur Hülfe, hochgeachtetst geruhen wolle, nicht nur Wiederherstellung des widerrechtlich cassirten Landesgerichtlichen rechtlichen Erkenntnisses vom 4. Jänner dieses Jahres, sondern auch, daß demselben überall gesetzmäßige Folge gegeben, mithin dem Unterzeichneten der ihm, als einem Braunschweigischen Landesunterthan, und seiner Ehegattin, gebührende Aufenthalt in den Herzoglich-Braunschweigischen Landen judicatmäßig weder verweigert, noch erschwert werde, zu bewirken.

Der Unterzeichnete beharret in vollkommenster Verehrung

Einer Hohen Bundesversammlung
Frankfurt am Main,

am 25. März 1830.

unterthänig = gehorsamster

E. H. Fr. von Sierstorpff.

39.

Anlage 2.

Schreiben des Herzoglichen Ober-Staatsraths von Münchhausen
an den Freiherrn von Sierstorpff.

Hochwohlgeborner,

Hochzuverehrender Herr Oberhofmeister!

Aus dem beifommenden, Allerhöchsten Orts vollzogenen Patente vom 1. d. M. werden Sie gewogentlich ersehen, wie Seine Durchlaucht Allergnädigst geruhet haben, Sie zum Oberhofmeister zu befördern. In Betracht Ihrer langjährigen Dienste und Ihres vorgerückten Alters wollen jedoch Seine Durchlaucht keine weiteren activen Dienste von Ew. Hochwohlgeboren erwarten, sondern haben vielmehr Allergnädigst beschlossen, Ihnen von jetzt an ein Ruhegehalt von Ein Tausend Thalern anweisen zu lassen. Indem ich nicht verfehle, Ihnen bei dieser Gelegenheit, hochzuverehrender Herr Oberhofmeister, über diesen hohen Beweis des Wohlwollens meine aufrichtige Theilnahme zu bezeugen, muß ich Sie zugleich um Entschuldigung bitten, daß wegen meiner überhäuftten Geschäfte, die Vollziehung der Allerhöchsten Befehle, durch mich bis heute verschoben worden ist. Genehmigen Sie, hochzuverehrender Herr Oberhofmeister, den

Ausdruck meiner vorzüglichsten Hochachtung, mit welcher ich die Ehre habe zu sein

Erw. Hochwohlgeboren

Braunschweig,
den 6. Juni 1828.

ganz gehorsamster
von Münchhausen.

40.

Anlage 4.

Schreiben der Freifrau von Sierstorpff an den Ober-Staatsrath von Münchhausen.

Hochwohlgeborner Freiherr u.

Mein Mann, durch einen unvermutheten Besuch behindert, trägt mir auf, Erw. Hochwohlgeboren vorläufig für die gestern erhaltene Zuschrift zu danken, und Ihnen die Einlage zurückzuschicken.

Erw. Hochwohlgeboren gütigen Glückwunsch zu der von Sr. Durchlaucht empfangenen Benennung, als Oberhofmeister, wie zu der gnädigst bewilligten Pension von 1000 Thalern, muß mein Mann ablehnen, indem er auf beide Begnadigungen verzichtet. Als Oberjägermeister, am Ziele einer beinahe funfzigjährigen Dienstzeit, seiner Stelle, ihm angetragen von dem unvergeßlichen Herzoge Carl Wilhelm Ferdinand, mit Treue, mit Eifer und Würde vorstehend, der höchsten Auszeichnung, wie des vorzüglichen Vertrauens der erhabenen Voreltern des Allerdurchlauchtigsten Herrn Herzogs genießend, ist ihm jene Benennung durch Gewohnheit und Erinnerung glücklicher Zeit lieb geworden. Jetzt entlassen, kann ein neuer Titel seine älteren Verdienste weder erhöhen, noch vermindern.

Darf ich meine Meinung aussprechen, so wenig diese auch hierher gehört; so theile ich nicht allein die Ansichten meines Mannes, sondern entbehre recht gern Rang und Titel, da ich mich als seine Gattin genug geehrt fühle.

Ihrer Frau Gemahlin bitte ich 2c. 2c.

Erw. Hochwohlgeboren

Driburg,
den 16. Juni 1828.

ergebenste Dienerin
Charlotte von Sierstorpff,
geborne von Binde.

41.

A u s z u g

des Protocolls der 14. Sitzung der Deutschen Bundesversammlung ⁴⁹⁾ vom 17. Juni 1830.

§. 106.

Vorstellung des Freiherrn Caspar Heinrich von Sierstorpff, vormaligen Herzoglich-Braunschweigischen Oberjägermeisters, betreffend die von Seiner Durchlaucht dem Herzoge Carl von Braunschweig-Lüneburg unternommene Cassirung eines zu seinem Vortheile ergangenen landesgerichtlichen Urtheils.

Der Großherzoglich-Hessische Herr Bundestags-Gesandte, Freiherr von Gruben, trägt Namens der Reclamationscommission vor:

(Hier folgt zuerst eine aus der übergebenen Vorstellung entnommene Sachdarstellung.)

⁴⁹⁾ Die dem Definitiv-Beschlusse vom 15. October 1830 vorhergegangenen Verhandlungen sind dem Beschwerdeführer von der hohen Bundesversammlung nicht zugesertigt. Der Herausgeber hat jedoch zufällig dieselben mitgetheilt erhalten, und fühlt sich verpflichtet, jeden etwaigen Zweifel, ob sie zur Deffentlichkeit geeignet seien, gegen die Erwägung schwinden zu lassen, daß

G u t a c h t e n.

Es ist nunmehr die Aufgabe der berichtenden Commission, sich darüber gutachtlich zu äußern:

ob, vermöge einer bundesgesetzlichen Bestimmung, die Beschwerde des Freiherrn von Sierstorpff nach ihrem Gegenstand und Zweck zur Competenz hoher Bundesversammlung erwachsen sei?

In der Beschwerdeaussführung geschieht eigentlich nur nebenher der Normen Erwähnung, wodurch eine ungehinderte und ungehemmte Rechtspflege in allen Bundesstaaten beabsichtigt wird.

Schon der in der 34. Bundestagsitzung vom 12. Juni 1817 wegen provisorischer Festsetzung der Competenz des Bundestags gefaßte Beschluß, bestimmt im §. 5, Ziff. 3. a. Folgendes:

„Wenn der Fall einer in Rechtsfachen eintretenden Justizverweigerung, oder einer derselben gleich zu achtenden Verzögerung vorkommen sollte, so würde die Bundesversammlung so befugt als verpflichtet sein, erwiesene begründete Beschwerden über wirklich gehemmte oder verweigerte Rechtspflege anzunehmen, um darauf gerichtliche Hülfe in den einzelnen Bundesstaaten durch ihre Verwendung zu bewirken.“

In den der Wiener Schlußacte vorausgegangenen Ministerialconferenzen kam bei den Berathungen über die Com-

ein Mißbrauch der Oeffentlichkeit hier nicht gedenkbar ist, weil es sich nur darum handelt, die von Deutschlands Fürsten genehmigten Grundsätze der erhabensten Gerechtigkeit, der edelsten Selbstverleugnung und Mäßigung einer allgemeinen ehrfurchtvollen Anerkennung nicht vorzuenthalten.

Der Herausgeber.

petenz des Bundestags dieser Punct ebenfalls zur Sprache. Die Fassung, welche die zur Bearbeitung der Competenzmaterie niedergesezte Commission in Vorschlag brachte, stimmte in der Hauptsache mit jener in dem vorbemerkten Bundestagsbeschlusse überein.

Dagegen wurde Einiges erinnert, unter andern auch dieß: daß die Frage, ob Justizverweigerung wirklich statt gefunden, nicht nach allgemeinen Normen, sondern nach Maaßgabe der Verfassung und der bestehenden Gesetze der einzelnen Bundesstaaten zu beurtheilen und zu entscheiden sei.

Das Resultat der damaligen Berathungen war der bekannte Artikel 29. der Schlußacte, welcher wörtlich so lautet:

„Wenn in einem Bundesstaate der Fall einer Justizverweigerung eintritt, und auf gesetzlichem Wege ausreichende Hülfe nicht erlangt werden kann; so liegt der Bundesversammlung ob, erwiesene, nach der Verfassung und den bestehenden Gesetzen des Landes zu beurtheilende Beschwerden über verweigerte oder gehemmte Rechtspflege anzunehmen, und darauf die gerichtliche Hülfe bei der Bundesregierung, die zu der Beschwerde Anlaß gegeben hat, zu bewirken.“

In dieser Bestimmung allein, die sich im Artikel 63. der Schlußacte in allgemeinen Ausdrücken zu Gunsten der mittelbar gewordenen ehemaligen Reichsstände, und des ehemaligen unmittelbaren Reichsadels, noch besonders wiederholt findet, dürfte, nach der Meinung der Eingabencommision, der Grund für die Competenz hoher Bundesversammlung zu suchen sein, und sie hat daher zu prüfen, ob die Erfordernisse, durch deren Zusammentreffen die Anwendbar-

keit des gedachten Artikels 29. auf die von Sierstorpffsche Beschwerde bedingt wird, sämmtlich vorhanden seien.

Sie sind deutlich in dem Artikel ausgedrückt, und bestehen in Folgendem:

- 1) daß die Thatsache einer erwiesenen Verweigerung oder Hemmung der Rechtspflege vorliege;
- 2) daß diese nicht in der Verfassung und den bestehenden Gesetzen des betreffenden Landes ihre Rechtfertigung finde;
- 3) daß auf gesetzlichen Wegen ausreichende Hülfe nicht erlangt werden könne.

Zu 1. Die Absicht, welche durch die in dem Artikel 29. enthaltene Bestimmung erreicht werden sollte, konnte keine andere sein, als die: zu bewirken, daß in keinem Deutschen Bundesstaate der Zugang zu den competenten Landesgerichten versagt werden könne, daß vielmehr Jedem frei stehe, sein Recht bei dem zuständigen Richter zu suchen, und daß er zu dem Genuß desjenigen gelange, was ihm durch rechtsförmlichen Spruch desselben zuerkannt worden. —

Das sind unerläßliche Bedingungen einer wohlgeordneten Justizverfassung, die zu den wesentlichsten Grundlagen des Staatswohls gehört, und darum ohne Zweifel auch den Unterthanen der Bundesstaaten möglichst gesichert werden sollte.

Was nun dagegen unternommen wird, es mag geschehen von wem und in welcher Weise es wolle, fällt in die Kategorie von Justizverweigerung, nach dem hiermit verbundenen Rechtsbegriff.

Es macht also in Bezug auf diesen Rechtsbegriff keinen Unterschied, ob die Justizbehörde ihr Amt versage, oder

ob sie von irgend einem andern Organ der Staatsgewalt an dessen Ausübung gehindert werde; ob der rechtsuchenden Partei die Gestattung des rechtlichen Gehörs unmöglich, oder dasselbe, nachdem sie es erlangt hatte, unwirksam gemacht werde; ob ein Richter selbst die Vollstreckung seines Erkenntnisses verweigere, oder ob er durch außergerichtliche Einwirkung dazu außer Stand gesetzt werde; — in allen diesen Fällen ist eine Justizverweigerung vorhanden.

In Bezug auf die Competenz hoher Bundesversammlung aber zeigt sich der erhebliche Unterschied, daß nur die von einer Bundesregierung selbst ausgegangene Justizverweigerung dazu erwachsen ist, sie mag nun durch ihr unmittelbares, die Thätigkeit der Justiz hemmendes Einschreiten, oder durch Versagung der wegen Justizverweigerung von Seiten untergeordneter Behörden nachgesuchten Rechtshülfe statt gefunden haben.

Daß hier nur von eigenen Verfügungen der Bundesregierungen die Rede sein könne, folgt zum Überflusse aus den in dem Artikel 29. gebrauchten Worten:

»bei der Bundesregierung, welche zu der Beschwerde Anlaß gegeben hat.«

Gegen eine von untergeordneten Behörden verfügte Justizverweigerung ist vor Allem der Recurs an die höchste Staatsgewalt zu ergreifen, um von derselben Abhülfe zu erlangen.

Hier liegt nun aber, so weit man den Hergang der Sache nach dem Inhalt der Beschwerdeschrift beurtheilen kann, der Fall vor, daß die Herzoglich-Braunschweigische Regierung das Erkenntniß eines Gerichtshofs cassirt hat, wodurch der Freiherr von Sierstorpff sich außer Stand gesetzt findet, von dem ihm richterlich zuerkannten Rechte Gebrauch zu machen. —

Die Thatsache einer Hemmung der Justiz wäre also außer Zweifel, und nur noch

zu 2. zu untersuchen: ob die Herzogliche Regierung durch die Verfassung des Herzogthums oder die darin bestehenden Gesetze zu einer solchen Maaßregel autorisirt gewesen, ob also eine rechtswidrige Justizverweigerung im Sinne des Artikels 29. der Schlußacte vorhanden sei?

Es läßt sich nämlich sehr wohl gedenken, daß Gerichte in Ertheilung von Erkenntnissen die Grenzen der richterlichen Gewalt überschreiten. Jeder Zweig der Staatsgewalt hat seinen ihm eigenthümlichen Wirkungskreis. Die Justiz soll sich allerdings in dem ihrigen frei und unabhängig bewegen; sie darf ihn aber nicht über die ihr vorgezeichneten Schranken ausdehnen. Gerichte, welche sich dies erlauben, werden mit gleichem Rechte zur Ordnung verwiesen, ihre Erkenntnisse haben keine größere Gültigkeit, wie die Beschlüsse von Verwaltungsbehörden, welche in das Gebiet der Justiz hinübergreifen; denn beide Gewalten, die Justiz und die Administration, wohin auch die Polizei gehört, sind im Staate coordinirt, keine ist der andern subordinirt, und es ist eine unrichtige, obgleich von vielen Rechtsgelehrten behauptete Meinung, daß eine Polizeisache durch die bloße Einschreitung der Justiz zur Justizsache werde. —

Von jeher hat man die Schwierigkeit erkannt, in der Theorie die Grenzen zwischen Justiz und Administration, insbesondere der Polizei, nach allgemeinen Principien scharf und für alle Fälle durchgreifend festzusetzen, so vielfältig es auch versucht wurde. Es entstanden dadurch häufige Conflict, und es gehörte zu den angelegensten Bestrebungen der Regierungen neuerer Zeit, hiergegen durch eine möglichst bestimmte Gesetzgebung Rath zu schaffen.

Es scheint jedenfalls nicht, daß in der Verfassung und den Gesetzen des Herzogthums Braunschweig besondere Gründe liegen, wodurch die Herzogliche Regierung sich zur Cassirung des landesgerichtlichen Erkenntnisses für ermächtigt hielt; denn in dem Erlasse des Herzoglichen Staats-Ministeriums an das Districtsgericht zu Braunschweig vom 22. September 1829 (Anlage 10. der Beschwerdeschrift) ist gesagt: daß das Rescript vom 17. Juni 1828, dasselbe, welches den Sierstorpffischen Eheleuten den Aufenthalt im Herzogthum bei Strafe öffentlicher Landesverweisung untersagte, von landesfürstlicher Machtvollkommenheit ausgegangen, und, unter Berücksichtigung von Grundsätzen, welche der höchsten Landespolizei angehörten, erlassen worden sei.

Ferner heißt es in dem an dasselbe Districtsgericht unterm 10. Januar d. J. erlassenen Rescripte des Staats-Ministeriums (Anlage 13. zur Beschwerdeschrift): das annullirte Erkenntniß greife unbefugt in die Seiner Herzoglichen Durchlaucht zustehenden Polizei-Hoheitsrechte ein.

Endlich in dem Rescripte des Landesgerichts an das Districtsgericht vom 29. Januar d. J. (Anlage 14. der Beschwerdeschrift) wird bei der Benachrichtigung des letztern von der erfolgten Cassirung des landesgerichtlichen Erkenntnisses bemerkt: sie sei unter Anführung der Gründe geschehen, daß die in dem Rescripte des Herzoglichen Staats-Ministeriums vom 17. Juni 1828. gegen den Freiherrn von Sierstorpff erlassenen Verfügungen von dem Seiner Hochfürstlichen Durchlaucht zuständigen Polizei-Hoheitsrechte ausgegangen, und als Zweig der mit der Souverainetät verknüpften Regierungsrechte von der Einwirkung der Gerichte unabhängig angesehen seien.

Es lagen also der Verfügung vom 17. Juni 1828 nur

allgemeine Ansichten von dem Umfange der landesherrlichen Machtvollkommenheit, der Staatspolizeigewalt und der mit der Souverainetät verknüpften Regierungsrechte zum Grunde.

Wenn es einer hohen Bundesversammlung zukommt, über die Zulässigkeit der bei ihr wegen Justizverweigerung einlangenden Beschwerden zu urtheilen, so muß ihr auch die Prüfung der Gründe zustehen, welche in einem solchen Falle die betreffende Regierung zu der als beschwerend angegriffenen Verfügung bestimmten. Diese Befugniß ist eine nothwendige Folge der ihr für Beschwerden dieser Art ertheilten Competenz; es ist sogar ausdrücklich die Beurtheilung derselben nach der Verfassung und den Gesetzen eines jeden Landes ihr zur Pflicht gemacht.

Beurtheilt man nun die vorliegende Sache bloß nach allgemeinen staatsrechtlichen, aus der Natur der Verhältnisse abgeleiteten Principien, so wird man die Richtigkeit der Ansichten, welchen die Herzoglich-Braunschweigische Regierung folgte, schwerlich zugestehen können.

Wenn nämlich die gegen den Freiherrn von Sierstorpff und dessen Ehegattin von dem Herzoglichen Staats-Ministerium ausgesprochene Strafe als Maassstab ihres Verschuldens gelten soll, wie man dieß nicht anders annehmen kann; so mußten Beide, da sie keine Vagabunden waren, sich eines Criminalverbrechens schuldig gemacht haben. — Könnte eine so harte Strafe auch nach der Strafgesetzgebung eines einzelnen Staates etwa auf ein geringeres Verschulden erfolgen, so würde dieß doch wenigstens in die Classe von qualificirten Vergehen oder schweren Polizei-übertretungen zu rechnen seyn, und selbst diese gehören überall in den Bereich der mit der Strafjustiz beauftragten Gerichte.

In dem Erlasse des Herzoglichen Staats-Ministeriums vom 17. Juni 1828 an den Freiherrn von Sierstorpff ist indessen als Motiv der Unterfügung des Aufenthalts in den Herzoglichen Landen die von demselben auf die unehrerbietigste und undankbarste Weise geschehene Zurücksendung des Oberhofmeisterpatents, so wie der gleichfalls unehrerbietige und formlose Inhalt des Schreibens an Seine Herzogliche Durchlaucht vom 16. Juni 1828 ausdrücklich angeführt.

Da im Undank nur eine Verletzung des Sittengesetzes liegt, so war die Strafverfügung lediglich als Ahndung eines Vergehens gegen die dem Landesherren schuldige Ehrerbietung denkbar; dergleichen Vergehen, in der Strafgesetzgebung unter der allgemeinen Rubrik von Verbrechen der beleidigten Majestät begriffen, werden aber nach allen bekannten Pönalgesetzgebungen, und eben so nach den in Deutschland gemeinüblichen Strafrechtsnormen, als zur Competenz der den Gerichten übertragenen Strafsjustiz geeignet betrachtet, so wie es denn auch dem hohen Standpunkt und der Würde eines Souverains durchaus angemessen erscheinen dürfte, gerade die seiner höchsten Person von Unterthanen widerfahrenen Beleidigungen dem durch seinen Amtseid zu möglichst strenger Unbefangtheit verpflichteten Richterpersonal zur Untersuchung und Bestrafung zu überlassen.

Es kommt noch weiter in Betracht: daß in dem mehrerwähnten Ministerialerlasse vom 17. Juni 1828 dem Freiherrn von Sierstorpff und seiner Ehegattin der Aufenthalt in den Herzoglichen Landen sogar bei Strafe öffentlicher Landesverweisung, einer bekanntlich infamirenden, stets ein schweres Verbrechen unterstellenden Strafe

verboten wurde, wodurch die ausgesprochene Verbannung noch eine bedeutende Schärfung erhielt, — daß der Strafverfügung durchaus keine Untersuchung, keine Vertheidigung des Angeschuldigten vorausging, noch vorausgehen konnte, indem sie den Tag nach der Absendung des Abschiedsgesuchs erfolgte, — daß endlich gegen die Freifrau von Sierstorpff, auf welche die Verbannung mit ausgedehnt wurde, nicht einmal ein ihr zur Last fallendes Vergehen namhaft gemacht ist: so scheint um so mehr ein Fall vorgelegen zu haben, in welchem die Strafsjustizbehörde es nicht versagen konnte, ihr Amt eintreten zu lassen.

Lag aber ein solcher Fall vor, so war, nach Maaßgabe der in der Beschwerdeschrift aus der Canzleiordnung von 1651, Artikel 2, allegirten Stelle, worauf sich auch das Landesgericht in seinen Entscheidungsgründen berief, jedes Eingreifen der Herzoglichen Regierung in die Wirksamkeit dieses Gerichtshofs, vor Allem aber die Verfügung, wodurch dessen Entscheidung cassirt wurde, unstatthaft und für eine gesetzwidrige Hemmung der Strafsjustiz zu achten.

Da übrigens das Daseyn einer eigentlichen Strafsjustizsache hier nicht zu verkennen ist, so würde auch, ohne die erwähnte Bestimmung der Canzleiordnung, die Competenz des Landesgerichts begründet gewesen, mithin die Cassirung der von demselben ausgegangenen Entscheidung immer als eine unzulässige Hemmung der Rechtspflege anzusehen sein, indem so wenig die landesherrliche Machtvollkommenheit, die ohnehin, ihrem richtigen Begriffe gemäß, nur wohlthuernder Natur ist, als die Staatspolizeigewalt, oder irgend ein anderes in der Souverainetät enthaltenes Regierungsrecht, genügende Gründe darbietet, wahre Justizsachen ohne gesetzliche Ermächtigung den com-

petenten Gerichten zu entziehen, und namentlich die Strafjustiz nach andern als gesetzlichen Normen zu administrieren.

Zu 3. Die ausreichende Hülfe, die der Reclamant etwa auf gesetzlichem Wege zu erlangen hätte hoffen dürfen, konnte wohl nur in einer von Seiner Herzoglichen Durchlaucht zu verfügenden Zurücknahme der Maaßregel, welche zu der Beschwerde Anlaß gab, bestehen. Wie wenig eine Hoffnung hierauf gegründet gewesen wäre, ist schon aus der Art, wie die Cassirung der landesgerichtlichen Entscheidung erfolgte, zu schließen.

Die Zurücknahme dieser Verfügung hätte aber auch die Befugniß des Reclamanten zur Rückkehr in die Herzoglichen Lande und zum Aufenthalt in denselben zur unmittelbaren Folge gehabt. — Um diese Befugniß zu erlangen, hatte sich aber der Freiherr von Sierstorpff schon mittelst einer Vorstellung vom 7. Juli 1828 (Anlage 6. zur Beschwerdeschrift) an Seine Durchlaucht den Herzog gewandt, worauf ihm jedoch das Herzogliche Staats-Ministerium unterm 9. desselben Monats erwiederte: daß es in Betreff seiner und seiner Ehefrau bei dem Beschlusse vom 17. Juni 1828 lediglich sein Bewenden behalten müsse. (Anlage 7. zur Beschwerdeschrift.)

Da nun noch 1½ Jahr später das in diesem Punkt dem Reclamanten günstige Erkenntniß des Landesgerichts cassirt wurde, so mußte der Reclamant wohl alle Hoffnung aufgeben, daß Seine Herzogliche Durchlaucht Sich auf sein Ansuchen bewogen finden würden, jenes Erkenntniß wieder in Kraft zu setzen.

Die Eingabencommission ist nun nach der bisherigen Ausführung allerdings der Meinung, daß, wenn die Sache sich vorgetragener Maßen verhält, hohe Bundesversamm-

lung berufen sey, die Wiederherstellung der cassirten richterlichen Entscheidung zu veranlassen, wonach es sich von selbst verstehen würde, daß dieser Entscheidung überall, namentlich in Bezug auf die dem Reclamanten zuerkannte Rückkehr und den Aufenthalt in den Herzoglichen Landen, die gesetzmäßige Folge zu geben wäre.

Da es jedoch erforderlich ist, vor Allem die Herzogliche Regierung mit ihrer Erklärung auf die Reclamation zu abzuliefern, und daß von ähnlicher Cassirung anderer gerichtlicher Urtheile im Lande gesprochen werde, gehört zu äußern; so beschränkt sich für jetzt der

A n t r a g

der Commission dahin:

die Herzogliche Bundestagsgesandtschaft um ihre gefällige Verwendung zu ersuchen, daß ihre höchste Regierung binnen vier Wochen ihre Erklärung auf die von dem Freiherrn von Sierstorpff übergebene Beschwerde an hohe Bundesversammlung gelangen lasse.

Sämmtliche Gesandtschaften traten dem Antrage bei; daher

B e s c h l u ß:

die Herzoglich-Braunschweigische Bundestagsgesandtschaft werde um ihre Verwendung ersucht, daß die Herzogliche Regierung binnen vier Wochen ihre Erklärung auf die von dem Freiherrn von Sierstorpff übergebene Beschwerde an die hohe Bundesversammlung gelangen lasse.

42.

A u s z u g

des Protocolls der 21. Sitzung der Deutschen Bundesversammlung vom 5. August 1830.

§. 167.

Vorstellung des Freiherrn Caspar Heinrich von Sierstorpff, vormaligen Herzoglich = Braunschweigischen Oberjägermeisters, betreffend die von Seiner Durchlaucht dem Herzoge Carl von Braunschweig = Lüneburg unternommene Cassirung eines zu seinem Vortheil ergangenen landesgerichtlichen Urtheils.

Braunschweig und Nassau für Braunschweig. Die Herzoglich = Braunschweigische Regierung entspricht gern dem Wunsche der hohen Bundesversammlung, indem sie sich über die Thatsachen äußert, welche der sehr unerheblichen Beschwerde des Freiherrn von Sierstorpff über verweigerte Justiz zum Grunde liegen. Dieselbe hätte gewünscht, daß ihr dazu bereits früher Gelegenheit gegeben seyn möchte, weil sie voraussetzen zu dürfen glaubt, daß alsdann das in der 14. Sitzung vom 17. Juni a. c. in der Sache erstattete Commissionsgutachten zu einem andern Resultate geführt haben würde.

Die Veranlassung zu der von Sr. Herzoglichen Durchlaucht unterm 1. Juni 1828 gnädigst verfügten Entlassung des Herrn von Sierstorpff von dem bis dahin bekleideten Posten eines Oberjägermeisters, lag allein in dem hohen Alter — er giebt dasselbe selbst auf 80 Jahre an — und der daraus entspringenden körperlichen und geistigen Unfähigkeit dieses Mannes zur fernern Verrichtung seiner Dienstobliegenheiten. Das Einrücken des Freiherrn von

Praun, welchen man der Zeit bereits zu den Oberforstbeamten zählte, der auch nicht erst zum Freiherrn erhoben wurde, sondern diese Adelsstufe längst schon inne hatte, in die erledigte Stelle, war nicht Ursache, sondern Folge jener Entlassung, und es traf die Wahl den Herrn von Praun, theils weil derselbe seinem Dienstrange nach darauf die nächsten Ansprüche hatte, theils weil seine Fähigkeiten und persönlichen Eigenschaften ihn vorzugsweise zu einem Dienste qualificirten, der ihn mit seinem Landesherren vielfältig in persönliche Berührung bringt, und in allen seinen Zweigen durch die Schwäche seines Vorgängers ungemein verabsäumt war *).

Die Entlassung des von Sierstorpff erfolgte ferner auf eine eben so gnädige, als für ihn ehrenvolle und in pecuniärer Hinsicht seiner Lage und den Verhältnissen vollkommen angemessene Weise, denn er wurde zu gleicher Zeit zu der höhern Charge eines Oberhofmeisters befördert, und es wurde ihm ein Ruhegehalt von 1000 Thlr. angewiesen, der, man mag ihn nach dem in der That sehr geringen Werthe seiner, wenn gleich langjährigen Dienste, oder nach dem beurtheilen, was in ähnlichen Fällen bei Verabschiedungen der Hofdiener in den hiesigen Landen her-

*) Zur Berichtigung der im Obigen entstellten, seine Person betreffenden, Thatfachen erklärt der Oberjägermeister von Sierstorpff hier öffentlich, daß er von jeder Vernachlässigung seiner Dienstpflicht sich frei wisse, daß er noch in diesem Augenblicke sich körperlich und geistig stark genug fühle, die ihm am 1. Jun. 1828 abgenommenen Dienstobliegenheiten zu versehen, und daß ihm die Oberjägermeister-Würde nur genommen wurde, um damit seinen Nachfolger zu dem in der Anmerkung ²⁾ (Seite 11) bezeichneten Zwecke zu bekleiden, nachdem der Hofjägermeister Graf von Weltheim jene auf gleiche Weise ihm dargebotene Würde ausgeschlagen hatte.

kömmlich und gebräuchlich ist, sich als ungewöhnlich hoch darstellt und den sprechendsten Beweis der Munificenz seines Landesherrn liefert.

Zwar meint der von Sierstorpff, in diesem ihm be-
willigten Ruhegehalt eine willkürliche Schmälerung seines
Dienstgehalts, in der Beförderung zum Oberhofmeister
aber deßhalb eine Zurücksetzung zu finden, weil er bereits
im Besitze des obersten Ranges am Hofe gewesen sey.
Allein es wird der Bemerkung nicht bedürfen, daß der
wegen Altersschwäche und Unvermögen, mithin aus einem
nothwendigen und rechtlichen Grunde quiescirte Hofdiener
auf Beibehaltung seines vollen Dienstgehaltes nie Anspruch
hat, sondern es lediglich von der Gnade des Regenten ab-
hängt, ob Er ihm einen Theil oder das Ganze seines
Dienst Einkommens als Pension lassen will. Was das Vor-
geben des von Sierstorpff hinsichtlich des von ihm beklei-
deten Hofranges betrifft, so enthält dasselbe eine absicht-
liche Unwahrheit, indem es ihm nicht unbekannt ist, und
nicht unbekannt sein kann, daß nicht der Oberjägermeister,
sondern der Oberkammerherr, dem Range nach das erste
Hofamt bekleidet, der Oberhofmeister aber zwischen beiden
in der Mitte steht.

Statt nun, wie es seine Schuldigkeit war, die ihm zu Theil gewordene Auszeichnung und landesfürstliche Liberalität dankbar anzuerkennen, oder, in so fern der ihm ertheilte Charakter seinem Wunsche nicht entsprach, seine deßfalligen Gründe ehrfurchtsvoll vorzutragen und geziemend um seine Verabschiedung nachzusuchen, erdreistete sich der von Eierstorpff, die gnädige Zuschrift Sr. Durchlaucht vom 5. Juni, worin Höchst dieselben Sich herabließen, ihm, unter den schmeichelhaftesten Beweisen landesfürstlicher Guld-

seine Quiescirung als Oberjägermeister und seine Beförderung zum Oberhofmeister Höchstselbst anzuzeigen, in dem seiner Beschwerdeschrift beigelegt, sowohl hinsichtlich seines Inhalts, als nach Form und Fassung höchst unehrerbietigen und unangemessenen Schreiben vom 16. Juni 1828, zu beantworten. Dieses lakonisch = schnöde Schreiben liefert ein Beispiel des Uebermuths, wie solcher schwerlich je zuvor von einem Unterthan gegen seinen Landesherrn geübt wurde.

Es beginnt mit dem ungerechten Vorwurf ihm zugefügter Rechtsverletzung, und endet mit der unschicklichen, höchstens nur gegen Aequale passlichen Schlußformel — »ganz gehorsamst« und »mit vollkommenstem Respect«, — es wird darin die Beförderung geringschätzend zurückgewiesen, der Ruhegehalt verschmäht, der Abschied nicht erbeten, sondern trotzig gefordert, und damit die Erklärung verbunden, daß das Ernennungspatent bereits zurückgesandt sei.

Die Zurücksendung des Patents selbst übernahm die von Sierstorpffische Ehegattin in einem Schreiben von demselben Tage an den Geheimen Oberstaatsrath von Münchhausen, worin sie ausdrücklich erklärte, daß sie die Ansichten ihres Ehegatten vollkommen theile, außerdem aber die geringschätzende Aeußerung über jede Auszeichnung, die ihrem Gatten von Sr. Durchlaucht nur immer zu Theil werden könne, hinzufügte, und sich so der Theilnahme an dem Vergehen ihres Gatten gleichsam obtrudirte.

Je höhere und feinere Bildung, und die hieraus folgende genaueste Kenntniß des Schicklichen, bei den von Sierstorpffischen Ehegatten nach ihren Lebensverhältnissen vorausgesetzt werden muß, desto mehr leuchtet aus deren absichtlichen Vernachlässigung des Nämlichen und Schick-

lichen der böse Vorsatz strafbarer Majestätsbeleidigung hervor, — eines Verbrechens, welches in der Verletzung der dem Regenten in Hinsicht der höchsten Würde zukommenden Rechte besteht,

Bauer's Lehrbuch der Strafrechtswissenschaft, §. 324.

Feuerbach's Lehrbuch des gemeinen in Deutschland gültigen peinlichen Rechts, 10. Ausg., §. 173.

und namentlich den Fall in sich begreift, wenn der Landesherr in der Ausübung eines Hoheitsrechts — hier der Verleihung von Aemtern und Würden — beleidigt, wenn gegen diese eine Geringschätzung und Verachtung an den Tag gelegt wird,

Criminis laesae majestatis reus est, qui collatas a principe dignitates vili pendit. Koch inst. jur. crim., ed V. §. 575.

Quistorp's Grundsätze des peinlichen Rechts, 5. Ausg., Th. I, §. 157.

Le respect qu'on doit au Souverain est tel, que l'on ne peut y manquer sans devenir coupable. Dureau sur les injures, tom. 2, cap. 2. und um so strenger geahndet werden muß, je weniger Veranlassung dem Unterthan dazu gegeben wurde, je mehr er durch seine Stellung als Diener und durch Pflichten der Dankbarkeit dem Landesherrn verbunden war.

Ihro Durchlaucht mußten Sich daher durch das Benehmen der von Sierstorpffischen Ehegatten in Ihrer Majestät tief verletzt fühlen, es durfte ein so grober und öffentlich geübter Troß, schon des Beispiels wegen, nicht ungeahndet bleiben.

Es steht in der Wahl des Landesherrn, die ihm von seinen Unterthanen unmittelbar zugefügten Beleidigungen

selbst zu ahnden, oder die Untersuchung und Bestrafung durch eine Commission oder ein Gericht zu verfügen.

Zu jenem ist der Landesherr befugt, weil die Majestätsbeleidigung ohne speciellen landesherrlichen Auftrag kein Gegenstand der Jurisdiction der Gerichte ist,

L. un. Cod. si quis imperat. maled.

sondern zur eigenen Behauptung der landesfürstlichen Hoheit gehört;

De convitiis in principem cognitio et poenae arbitrium, non ad magistratum, sed ad ipsum principem, ad quem ea de re referendum est, pertinet.

Meister, princip. jur. crim., §. 328.

Wernher observ., part. II. obs. 483.

Berger elect. jur. crim., pag. 121.

Feuerbach l. c., §. 174.

und diese Befugniß leidet insbesondere dann keinen Zweifel, wenn die Beleidigung klar am Tage liegt, mithin keiner weitem Untersuchung in facto bedarf; ja sie wird sogar jedem Gerichte, welches in seinem Amte und in seiner Dignität beleidigt ist, zugestanden.

v. Bülow's und Hagemann's practische Erörterungen, Band II, Num. 21.

Weber über Injurien, 3. Abth., p. 233 der neuesten Ausgabe.

Gerstlacher's Handbuch der Deutschen Reichsgesetze, Th. II, p. 2286, und insbesondere

Meister in seiner vollständigen Einleitung zur peinlichen Gerichtsbarkeit in Deutschland, Bd. 1, Abschn. I. Hauptst. 10, §. 13, 14 und 17.

Mit dieser eben so auf die Natur und das Wesen der

höchsten Staatsgewalt, als auf bestimmte gesetzliche Vorschriften gegründeten Theorie, stimmte denn auch, wie viele Beispiele der ältern, neuern und neuesten Zeit beweisen, die Praxis und das Verfahren der Souveraine und ihrer Regierungen von jeher überein, welche sich nie für verbunden erachteten, Beleidigungen der Unterthanen gegen ihre Majestät, den Entscheidungen ihrer Landesgerichte zu unterwerfen, und sich dadurch in den wesentlichsten ihrer Hoheitsrechte diesem zu subordiniren.

In dem vorliegenden Falle lag nun aber die Beleidigung aus den Schreiben der von Sierstorpffischen Ehegatten klar vor, bedurfte hinsichtlich des Thatbestandes einer weitem Ermittlung nicht, und es konnte daher der Landesherr kein irgend erhebliches Bedenken finden, von jener gesetzlichen Befugniß Gebrauch zu machen.

Der Herr von Sierstorpff ist kein geborner Braunschweiger, nur sein Dienstverhältniß, welches durch ihn selbst aufgelöst war, band ihn an das Land. Sein Vermögen, seine Güter sind im Auslande belegen, und eben da leben und wohnen seine näheren Verwandte und Angehörige, sämtliche Mitglieder seiner Familie. Innerhalb des Landes besitzt er nur ein Haus in der Residenz zum Aufenthalte während seines Dienstes, und dieser Besitz giebt ihm das Bürgerrecht nicht, weil, nach der Verfassung des Landes, Grundbesitz allein kein volles Indigenat erteilt. Nach der Auflösung seines Dienstverhältnisses, und nachdem er durch sein unehrerbietiges Betragen gegen den Landesherrn vom Hofe und von dem Umgange mit allen an den Hof attachirten Familien, also von seinem bisherigen Gesellschafts-Kreis, und folchergestalt von allem, was in Braunschweig einen besondern Werth für ihn haben konnte,

sich selbst ausgeschlossen hatte, konnte derselbe kein Interesse mehr haben, ferner in der Herzoglichen Residenz zu wohnen, es wäre denn, um, in Opposition gegen den Landesherrn, auf andere Einwohner einen Höchstdemselben nachtheiligen Einfluß zu üben.

Um dieses landespolizeilich abzuwenden und um zugleich die Majestätsbeleidigung nicht ungeahndet zu lassen, erfolgte mit höchster Genehmigung der Erlaß des Staats-Ministerii vom 17. Juni 1828, wodurch den von Sierstorpffischen Ehegatten der Aufenthalt in den Braunschweigischen Landen, worin, wie bemerkt, allein die Residenz ein Interesse für sie haben konnte, untersagt wurde, nur unter Androhung der öffentlichen, das heißt, öffentlich bekannt zu machenden Landesverweisung, im Falle einer Resistenz gegen diese landesherrliche Verfügung.

Diese Verfügung kann, bei unbefangener Ermägung der Umstände, nicht anders als zweckmäßig und milde erscheinen; zweckmäßig, weil es aus landespolizeilichen Gründen angemessen erschien, aus der Residenzstadt Subjecte zu entfernen, welche durch ihr unehrerbietiges Verhalten sich als übel gesinnt gegen den Landesherrn erwiesen hatten, und überdem durch ein bedeutendes Vermögen die Mittel besaßen, sich einen Anhang zu verschaffen, und diesem ihre feindseligen Gefinnungen mitzutheilen, unter solchen Umständen aber die Entfernung solcher Personen, besonders aus der Residenz, als eine sehr angemessene Polizeiverfügung betrachtet wird;

Tittmann's Handbuch der Staatswissenschaft, erste
Ausg. Th. I, §. 79, Num. II. p. 187.

milde, weil alle übrigen Rechte des v. Sierstorpff, ohne Ausnahme, in so fern dieselben nicht auf sein bisheriges,

von ihm selbst aufgelöstes Dienstverhältniß Bezug hatten, ihm ungeschmälert verblieben, nichts weiter als seine und seiner Ehegattin Entfernung aus der Herzoglichen Residenzstadt bezweckt, und nicht einmal öffentlich verfügt wurde, er mithin dadurch ein wesentliches Gut nicht verlor, indem er Alles, was einen wirklichen Werth für ihn haben kann, in seinem ursprünglichen Vaterlande besitzt, woselbst er sich daher auch schon während seiner Dienstzeit so oft und so lange aufhielt, als ihm nur gestattet wurde, und wohin er gegenwärtig zurückgekehrt ist.

Alles dasjenige, was über die unangemessene Härte der landesherrlichen Verfügung gegen die Majestätsbeleidiger, selbst mit Beziehung auf die rednerischen Declamationen eines Cicero über das römische Exil, ohne alle Unterscheidung der vielen Grade der Verweisung und ihrer verschiedenen Folgen wie nach römischem so nach deutschem Rechte,

Schweppe's römische Rechtsgeschichte, 2. Ausg.,
§. 603 und 604.

Littmann l. c. Th. I, §. 79.

Quistorp l. c. Th. I, §. 79 und 81.

von welcher hier nur der niedrigste Grad als Polizeistrafe in Anwendung gekommen ist, die eben so wenig den Verlust des Vermögens, der Ehre und des Vaterlandes nach sich zieht, als sie überhaupt zu den peinlichen Strafen gehört und einer Zuchthaus- oder Gefängnißstrafe gleichgestellt werden kann, mit den grellsten Farben ausgemalt worden, erscheint demnach offenbar nur als die sträflichste Uebertreibung, und dient zum neuen Beweise der übeln Gesinnung der Schuldigen.

Überdem sind dem v. Sierstorpff von mehreren Seiten

Winke gegeben, auf eine seinem frühern Unterthanenverhältnisse und der landesfürstlichen Würde angemessene Weise, durch Zurückbittung des verschmäheten Oberhofmeisterpatents unter Anerkennung seines und seiner Ehegattin Vergehens, Begnadigung zu erwirken, die ihm alsdann wahrscheinlich nicht versagt wäre und auch gegenwärtig nicht versagt werden dürfte; allein er hat dieses Mittel, sein Unrecht, so viel in seinen Kräften steht, wieder gut zu machen, zurückgewiesen, und die Aufhebung der landesherrlichen Verfügung, wie in der an Se. Herzogliche Durchlaucht unterm 7. Juli 1828 gerichteten Eingabe, so auch später, immer nur als ein Recht verlangt.

Statt dessen ist er den unstatthaftern Weg eingeschlagen, zu versuchen, die Aufhebung der höchsten Verfügung seines Landesherrn und der landesfürstlichen Regierung, durch ein derselben untergeordnetes Landesgericht, zu erwirken.

Unstatthaft war dieser Weg, weil die Competenz der Landesgerichte nur die auf den landesherrlichen, einer Landesbehörde nicht subordinirten, Bestimmungen beruhende Grenze hat.

Der Landesherr hat weder seine persönlichen, noch seine reinen Hoheitsrechte den Landesgerichten unterworfen, und sehr mit Unrecht bezieht man sich, um für den vorliegenden Fall, eine gesetzliche Bestimmung, wodurch die Competenz begründet werde, nachzuweisen, auf den Art. 2. der Canzleiordnung Herzogs August von 1651, weil diese als Proceßordnung nur Vorschriften für die Streitigkeiten der Unterthanen unter sich, folglich nur für Privatsachen enthält, und in solchen das Einwirken der Landesregierung durch Cabinetsbefehle auf den geregelten Gang der Justiz verbietet, keineswegs aber den Landesgerichten die Befug-

niß beilegt, die persönlichen und Regierungshandlungen des Regenten ihrer Beurtheilung und rechtlichen Entscheidung unterziehen zu dürfen.

Eine solche Befugniß über Beschwerden der Unterthanen zu erkennen, welche ihren Grund in der Ausübung eines wesentlichen Landeshoheitsrechts haben, und wo der Landesherr als solcher, und nicht als Privatperson handelt, oder über die Frage zu urtheilen, ob die vermöge der landesherrlichen Gewalt vom Landesherrn und dessen Regierung selbst getroffene Verfügung rechtmäßig oder unrechtmäßig sei, ist den Landesgerichten so wenig nach vaterländischen Gesetzen, als nach dem gemeinen Rechte beigelegt. Sie dürfen sich daher über Gegenstände, welche vermöge eines wesentlichen Landeshoheitsrechts ausgeübt und bestimmt werden, oder wo es überhaupt auf landesherrliche Verhältnisse ankommt, in Absicht der deshalb von den Landesunterthanen erregten Zweifel oder Widersprüche, keine Meinung, keine Untersuchung anmaßen;

Die Staatswissenschaft im Lichte unserer Zeit, dargestellt von Bölig, Th. I, p. 213.

v. Bülow's und Hagemann's practische Erörterungen, Bd. IV, Erörterung 24, p. 139 u. 140. und eben so urtheilt

Gönnner Handbuch des gemeinen Processes, Bd. I, Abschn. 1, §. 33.

indem derselbe sich hierüber wörtlich dahin ausspricht:

daß ein Justizcollegium zu einem offensiven Widerspruche gegen landesherrliche Befehle weder befugt noch verbunden sei, halte ich für eine entschiedene Wahrheit.

Der Landesherr ist immer Regent, Widersprech-

lichkeit gegen seine Befehle als *Marime* aufgestellt, würde alles Band der Subordination eines Collegiums gegen den Regenten zerreißen, es würde das Collegium zum Richter über seinen eigenen Landesherren erheben und hierdurch das Verhältniß stören, in welchem sich dieser zu der Reichsjustiz befindet.

Denn nur den vormaligen Reichsgerichten standen unter Umständen dergleichen Entscheidungen zu, und in deren Stelle sind die Landesgerichte nicht getreten, können auch, ihrer Unterthanenverhältnisse wegen, deren Stelle nie einnehmen.

Bei diesen unbestrittenen, sowohl in den hiesigen Ländern, als in den benachbarten Hannoverschen Staaten, welche unter einer im Wesentlichen gleichen Justizverfassung, zur Sicherung gegen Einwirkung der Landesregierung auf die Entscheidung streitiger Rechtsverhältnisse der Privaten, sich einer ähnlichen Vorschrift, als die Canzleiordnung enthält, zu erfreuen haben, stets befolgten Grundsätzen,

v. Bülow und Hagemann l. c.

konnte das Herzogliche Landesgericht — zumal da der Fall einer Majestätsbeleidigung vorlag, und dasselbe in dem auf die Anfrage des Herzoglichen Districtsgerichts zu Braunschweig ergangenen Ministerialrescripte vom 22. September 1829 ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht wurde, daß die Entfernung der v. Sierstorpffschen Ehegatten aus landesherrlicher Machtvollkommenheit und unter Berücksichtigung von Grundsätzen, welche der höchsten Landespolizei angehören, verfügt sei — denn auch nicht umhin, in der gegenwärtigen Sache, die weder zu seiner Jurisdiction gehörte, noch ihm speciell übertragen war, seine Incompetenz auszusprechen.

Statt aber, wie es mußte, hierauf sich zu beschränken,
Gönner l. c. §. 3, Num. 33.

beginnt es die auffallende Inconsequenz, über die höchste
Verfügung das Urtheil beizufügen:

daß dieselbe für des von Sierstorpff's Rückkehr
und den Aufenthalt desselben in den Braunschwei-
gischen Landen, ein rechtliches Hinderniß nicht
begründe,

also die höchste Verfügung für rechtlich unwirksam zu er-
klären und eo ipso sie aufzuheben, ohne zuvor untersucht
zu haben, ob diese Verfügung als Act der Polizeigewalt
vollkommen gerechtfertigt sei und also der Rückkehr des von
Sierstorpff allerdings rechtlich entgegenstehe. Offenbar ein
Erkenntniß ohne vorhergegangene Untersuchung. Diese
Richtigkeit des Verfahrens und Überschreitung der Zustän-
digkeit mußte natürlich die oherauffehende Gewalt Sr. Her-
zoglichen Durchlaucht in Thätigkeit setzen, um den Gerich-
ten ihre Pflicht einzuschärfen, sie in die Grenzen ihrer Com-
petenz zurückzuweisen und die durch einen Exceß ihrer Amts-
gewalt entstandene Mißgeburt durch Cassation wiederum
aus der Welt zu schaffen, und es ist hierdurch nur das
geschehen, was Ordnung und Aufrechterhaltung der landes-
herrlichen Autorität erforderte.

Es dürfte hier auch die Bemerkung nicht überflüssig
sein, wie die Publication des landesgerichtlichen Erkennt-
nisses vom 4. Januar d. J. von dem Landesgerichte und
dem Districtsgerichte Braunschweig mit einer so beispiel-
losen, von dem gewöhnlichen Verfahren weit abweichenden
Eile verfügt worden, daß dieselbe von der Landesregierung
nicht mehr verhindert werden konnte, indem das fragliche
Erkenntniß in einem von dem Districtsgerichte zu Braun-

schweig schon auf den 6. Januar Vormittags angefügten Termine dem zwar in Wolfenbüttel ansässigen, aber sofort zur Stelle gewesenen v. Sierstorpffischen Anwalte publicirt wurde; die unmittelbare Anzeige des Landesgerichts von dieser ergangenen Entscheidung an das Ministerium dagegen erst am 7. Januar, also nach der Publication, erfolgte. Dieß mußte nothwendig Aufsehen erregen und zu einem strengen Verfahren gegen die Richter auffordern, welche die Dienstpflichten bei andern Gelegenheiten mit mehr Kälte ausübten.

Ein landesherrliches Einschreiten in den für die Competenz des Landesgerichts bestimmten Wirkungskreis, liegt mithin überall nicht vor, und deßhalb ist auch alles dasjenige, was, unter der nothwendigen Voraussetzung eines für den Fall competenten Gerichts, über ein solches Einschreiten zur Begründung der Beschwerde über Rechtsverletzung oder Rechtsverweigerung mit ermüdender Weitläufigkeit an- und ausgeführt worden, völlig unanwendbar.

Handbuch des teutschen Staatsrechts von Häberlin,
Bd. II, §. 290 und 300.

Lehrbuch des deutschen gesammten Civilprocesses von
Einde, 2. Ausg. §. 163 und 182.

Eignete sich hierzu aber der vorliegende Fall auch wirklich, so war immer nicht das Landesgericht befugt, wie von ihm geschehen, die landesherrliche Verfügung aufzuheben, indem ihm keine reichsgerichtliche Gewalt zusteht, und in dem Falle eines Conflictts zwischen Justiz- und Landespolizei, keine Entscheidung.

Actenmäßige Berichtigung der Schrift des Hofraths
Häberlin über die Dienstentlassung des v. Berlepsch,
Hannover 1797, S. 16.

Ramdohr's juristische Erfahrungen, Th. 2, S. 369.

Archiv für civilistische Praxis, Bd. 4, Heft 3, Nr. 24.

Die Cassation des landesgerichtlichen Erkenntnisses, oder vielmehr Rescripts, da die sämmtlichen Kriterien eines richterlichen Urtheils sowohl in Hinsicht der Formalien als Essentialien durchaus fehlen, und schon deshalb von einem Eingriffe in den Gang der Justiz nicht die Rede sein kann, geschah in Folge eines höchsten Commissorii durch den Hof- und Justizrath Friede, mit möglichster Schonung und mit Beseitigung alles dessen, was auf das richterliche Ansehen nachtheilig hätte einwirken können, nicht in öffentlicher Gerichtssitzung, auch nicht in dem gewöhnlichen Gerichtslocale, sondern in der Privatwohnung des Vorsitzenden allein, nur im Beisein der stimmführenden Mitglieder des Collegiums, denen die höchste Mißbilligung ihrer gesetzwidrigen Anmaßung eröffnet, und in deren Gegenwart, nicht das Originalconcept der Entscheidung, sondern eine Ausfertigung derselben, zum Zeichen ihrer Vernichtung, eingerissen wurde.

Daß der landesherrliche Commissarius die Papiersstücke des cassirten Rescripts auf den Fußboden geworfen und nach beendigtem Geschäfte dem Commissionssecretär ein Schreiben mit den Worten zurückgegeben habe:

nehmen Sie das occultum, jetzt brauchen wir es nicht —

daß ferner dieses Schreiben eine landesherrliche Verfügung enthalten habe, worin für den Fall einer Remonstration wider das Verfahren, die augenblickliche Cassation sämmtlicher Mitglieder des Gerichts ausgesprochen gewesen sei, sowie daß der Districtsgerichts-Registrator Sack in einem von dem Canzleidirector Bitter auf unmittelbaren Befehl Sr. Durchlaucht geschriebenen Briefe, unter Androhung

alsbaldiger Cassation, genöthigt worden, das Original des Herzoglichen Landesgerichts, welches sich begreiflich bei den Acten des Districtsgerichts nicht befinden konnte, nebst dem Publicationsprotocolle sofort an das Staats-Ministerium abzuliefern, und daß von ähnlicher Cassirung anderer gerichtlicher Urtheile im Lande gesprochen werde, gehört zu den vielen Verläumdungen, welche die v. Sierstorpffschen Ehegatten und deren Anhang bei jeder Gelegenheit zu verbreiten geüffentlich bereit sind.

Se. Durchlaucht verkennen keineswegs den Platz einer selbstständigen Unabhängigkeit der Gerichtsbehörden, und werden Sich willkührliche Eingriffe in den denselben gesetzlich überwiesenen Wirkungskreis nie erlauben. Höchste verabscheuen Gewaltthat, dulden aber auch eben so wenig Eingriffe in Ihre Regentenrechte und Widerseßlichkeit gegen Ihre Befehle, sie mögen von einzelnen Individuen oder von Gerichtsbehörden versucht werden.

Diese einfache, und wie es sich für Wahrheit ziemt, ungeschmückte Darstellung, führt zu dem Resultate, daß die von Sierstorpffsche Beschwerde und der Antrag derselben auf Wiederherstellung der landesgerichtlichen Resolution vom 4. Januar 1830 — und datum handelt es sich ja nur allein — in jeder Hinsicht unstatthaft sei, und daß ohne Umkehr des rechtlichen Verhältnisses der Landesgerichte zu dem Landesherrn darauf nicht eingegangen werden könne und dürfe, weshalb die Herzoglich-Braunschweigische Landesregierung sich für berechtigt und verpflichtet hält, auf deren Zurückweisung, als nicht geeignet zu einer Beschwerde über verweigerte Justiz, ehrfurchtsvoll anzutragen.

Diese Erklärung wurde an die Reclamationscommission abgegeben.

43.

A u s z u g

des Protocolls der 24. Sitzung der Deutschen Bundesversammlung vom 26. Aug. 1830.

§. 106.

Vorstellung des Freiherrn Caspar Heinrich von Sierstorpf, vormaligen Herzoglich-Braunschweigischen Oberjägermeisters, betreffend die von Seiner Durchlaucht dem Herzoge Carl von Braunschweig-Lüneburg unternommene Cassirung eines zu seinem Vortheile ergangenen landesgerichtlichen Urtheils.

Der Großherzoglich-Badensche Herr Bundestags-Gesandte, Freiherr von Blittersdorf, erstattet Namens der Reclamationscommission folgenden Vortrag:

In Folge des in der 14. diesjährigen Bundestags-Sitzung, §. 106, gefaßten Beschlusses, hat die Herzoglich-Braunschweigische Regierung in der 21. diesjährigen Sitzung, §. 167, eine ausführliche Erklärung über die Beschwerde des Freiherrn von Sierstorpf abgeben lassen. Es ist hierin gesagt:

(Hier folgt der Inhalt jener Erklärung im Auszuge.)

G u t a c h t e n.

Die Reclamationscommission hat bereits in ihrem in der 14. diesjährigen Bundestags-Sitzung erstatteten Gutachten die Grundsätze entwickelt, welche bei dem Artikel 29. der Wiener Schlußacte zur Anwendung kommen, und nachgewiesen, daß wenn die von dem Reclamanten angeführten Thatsachen sich so verhalten, wie von ihm angegeben wurde,

der Fall einer Justizverweigerung unzweifelhaft vorliege, und mithin die Competenz der hohen Bundesversammlung zur Wiederherstellung der von Seiner Durchlaucht dem Herzoge von Braunschweig cassirten gerichtlichen Entscheidung vollkommen begründet sei. Ohne daher das früher Gesagte wiederholen zu wollen, beschränkt die Commission sich darauf, zu untersuchen, in wie fern die zur Sprache gekommenen Thatsachen von der Herzoglich-Braunschweigischen Regierung anerkannt worden, oder was sonst Neues und Erhebliches vorgebracht sein könnte.

Die erste Bedingung der Anwendbarkeit des Artikels 29. der Wiener Schlußacte wurde von der Reclamationscommission dahin angegeben, daß die Thatsache einer erwiesenen, von der Bundesregierung selbst ausgegangenen Verweigerung oder Hemmung der Rechtspflege vorliege. Es ist nun durch das eigene Eingeständniß Seiner Durchlaucht des Herzogs von Braunschweig außer Zweifel gesetzt, daß Freiherr von Sierstorpff sich deßhalb außer Stand befindet, von dem ihm richterlich zuerkannten Rechte Gebrauch zu machen, weil das Erkenntniß des Herzoglichen Landesgerichts vom 4. Januar 1830 auf unmittelbaren Befehl Seiner Herzoglichen Durchlaucht durch einen eigends hierzu abgeordneten Commissarius cassirt worden ist. Hiernach kann es auch keiner weitem Ausführung bedürfen, daß das erste Erforderniß der Anwendbarkeit des 29. Artikels der Wiener Schlußacte vorhanden sei. Wenn aber die Hauptsache, worauf es dahier einzig und allein ankommt, vollkommen erwiesen ist, so kann man die begleitenden, mehr die Form betreffenden Umstände dahin gestellt sein lassen. In der That erscheint es auch für den Gegenstand der gegenwärtigen Beurtheilung völlig unerheblich, ob der Herzogliche

Commissarius das Originalconcept, oder nur eine Ausfertigung des landesgerichtlichen Erkenntnisses cassirt, ob er dasselbe bloß eingerissen, oder aber zerrissen und die Stücke auf den Boden geworfen habe; ob er im Besitze eines geheimen Rescripts Seiner Herzoglichen Durchlaucht gewesen, worin für den Fall der Resistenz wider das Verfahren die augenblickliche Cassation sämmtlicher Mitglieder des Landesgerichts ausgesprochen worden, oder nicht; ob der Districtsregistrator Sack genöthigt worden, das Originalrescript des Herzoglichen Landesgerichts nebst dem Publicationsprotocolle sofort an das Staats-Ministerium abzuliefern u. s. w.

Das zweite Erforderniß der Anwendbarkeit des Artikels 29. der Wiener Schlußacte besteht darin, daß die Verweigerung oder Hemmung der Rechtspflege nicht in der Verfassung und den bestehenden Gesetzen des betreffenden Staates ihre Rechtfertigung finde.

In der neuesten Erklärung der Herzoglich-Braunschweigischen Regierung ist nun der Beweis nicht einmal versucht, daß Seine Herzogliche Durchlaucht nach der Verfassung und den bestehenden Gesetzen des Herzogthums berechtigt waren, die vorhin erwähnte Hemmung der Justiz eintreten zu lassen, vielmehr wird darin lediglich aus allgemeinen, von dem Umfange der landesherrlichen Machtvollkommenheit und der Straf-Polizeigewalt entnommenen Gründen, das Recht zur Cassirung des landesgerichtlichen Erkenntnisses vom 4. Januar l. J. abgeleitet, und nur nebenbei behauptet, daß der Souverain in Fällen der Majestätsbeleidigung das Recht zur eigenen Bestimmung der Strafe besitze. Was aber von solchen allgemeinen Ansichten zu halten ist, darüber hat die Commission sich schon früher ausgesprochen, und sie würde daher auch jetzt nur dasselbe wie-

berholen können. — Demnach glaubt sie es auch umgehen zu sollen, sich hierauf neuerdings einzulassen, und beschränkt sich auf einige nachträgliche Bemerkungen über die Behauptung, daß der Souverain bei Majestätsbeleidigungen das Recht zur unmittelbaren Bestrafung des Schuldigen ohne Dazwischenkunft der Gerichte besitze.

Seine Durchlaucht sagen, es stehe in der Wahl des Landesherrn, die ihm von seinem Unterthan unmittelbar zugefügten Beleidigungen selbst zu ahnden, oder die Untersuchung und Bestrafung durch eine Commission oder ein Gericht zu verfügen. Zu jenem sei der Landesherr befugt, weil die Majestätsbeleidigung ohne speciellen landesherrlichen Auftrag kein Gegenstand der Jurisdiction der Gerichte sei, sondern zur eigenen Behauptung der landesherrlichen Hoheit gehöre, und diese Befugniß leide insbesondere dann keinen Zweifel, wenn die Beleidigung klar am Tage liege, mithin keiner weiteren Untersuchung in facto bedürfe. Hierbei berufen Sich Seine Herzogliche Durchlaucht auf die *Lex unica C. si quis imperatori maledixerit*, und auf das Zeugniß verschiedener angesehenen Rechtsgelehrten.

Die Reclamationscommission hat diesen Satz weder durch das erwähnte Gesetz, noch durch die allegirten Schriftsteller gerechtfertigt gefunden. — Die gedachte Bestimmung sagt: » *Si quis modestiae nescius et pudoris ignarus. improbo petulantique maledicto nomina nostra crediderit lacesenda, ac temulentia turbulentus oh-trectator temporum nostrorum fuerit; eum poenae nolumus subjugari — — quoniam si id ex levitate processerit, contemnendum est: si ex insania, miseratione dignissimum: si ab injuria, remittendum. Unde, integris omnibus. hoc ad nostram scientiam*

referatur, ut ex personis hominum dicta pensemus, et utrum praetermitti, an exquiri debeant, censeamus.“

Hiernach ist es vollkommen richtig, daß, nach gemeinem Rechte, Majestätsbeleidigungen ohne besondern Landesherrlichen Befehl nicht gerichtlich verfolgt werden dürfen, und es ist dieß auch von dem Herzoglichen Landesgerichte ausdrücklich anerkannt worden; daraus folgt aber keineswegs, daß es deshalb in der Wahl des Landesherrn stehe, die ihm von seinem Unterthan unmittelbar zugefügten Beleidigungen auch unmittelbar zu ahnden. Die Wahl, welche nach dem Gesetze dem Souverain gelassen ist, besteht nur darin, entweder jede Verfolgung der Majestätsbeleidigung niederzuschlagen, oder aber sie dem ordentlichen Richter zu übertragen.

Diese Auslegung ist in der That auch die einzige, welche mit dem wahrhaft fürstlichen Sinne der *Lex unica* C. si quis imperatori maledixerit, so wie mit dem allgemein anerkannten Rechtsfakt, daß Niemand Richter und Partei in Einer Person sein könne, vereinbar ist. Dem Mißbrauch sollte vorgebeugt werden, der mit dem Namen des Souverains bei angeblichen Majestätsbeleidigungen hätte getrieben werden können, und das Gesetz ist mithin zum Schutze der Unterthanen, nicht aber dazu gegeben, damit der Souverain sich zum Richter in eigener Sache mache. Auch ist eine solche Behauptung von keinem der jenseits angeführten Schriftsteller, so weit die Commission sie hat vergleichen können, aufgestellt worden. Insbesondere ist in Meißner's vollständiger Einleitung zur peinlichen Gerichtsbarkeit in Deutschland, worauf Sich Seine Durchlaucht vorzugsweise beziehen, nicht ein Wort davon enthalten. In

der angeführten Stelle ist davon die Rede, ob die Majestätsverbrechen einen Gegenstand der Patrimonialjustiz, oder der landesherrlichen Gerichtsbarkeit ausmachen, welche Frage zu Gunsten der letztern entschieden wird.

Wenn aber die Cassirung des landesgerichtlichen Erkenntnisses vom 4. Januar l. J. nicht durch die Verfassung und die bestehenden Gesetze des Herzogthums Braunschweig gerechtfertigt, und wenn auch keine neuen, aus allgemeinen Rechtsfällen abgeleiteten Gründe zur Rechtfertigung jenes Schrittes beigebracht werden konnten; so kann die Commission ihre früher in dieser Beziehung ausgesprochene Ansicht, daß auch das zweite Erforderniß, eine Hemmung oder Weigerung der Justiz, vorhanden sei, nur wiederholen.

Drittens wird die Anwendbarkeit des Art. 29. der Wiener Schlußacte dadurch bedingt, daß auf gesetzlichen Wegen ausreichende Hülfe nicht erlangt werden könne. Daß dieses Erforderniß vorhanden sei, wird durch die eigene Erklärung Sr. Herzoglichen Durchlaucht und durch die Nothwendigkeit, den gegenwärtigen Vortrag zu erstatten, zur Genüge erwiesen.

In Gemäßheit der frühern Ausführung und der nunmehrigen Bestätigung aller wesentlichen Thatumstände, hält die Reclamationscommission die Bestimmung des Art. 29. der Wiener Schlußacte für vollkommen anwendbar, und sie glaubt deßhalb, daß dem Reclamanten die Bewirkung der gerichtlichen Hülfe bei der Herzoglich-Braunschweigischen Regierung, welche zu der gegenwärtigen Beschwerde Anlaß gegeben hat, zu gewähren sei. Diese gerichtliche Hülfe kann indessen hier, wo es sich von Cassirung eines bereits ergangenen Erkenntnisses handelt, nur dadurch bewirkt werden, daß dem Freiherrn von Sierstorpff der Vollzug

des am 4. Januar l. J. zu seinen Gunsten ergangenen landesgerichtlichen Erkenntnisses gesichert werde, und die Reclamationscommission richtet daher ihren

Antrag

dahin :

- 1) daß, indem die am 9. Jänner l. J. auf Befehl Sr. Durchlaucht des Herzogs vorgenommene Cassation des von dem Herzoglich-Braunschweigischen Landesgerichte unter dem 4. dess. M. abgegebenen und publicirten Erkenntnisses in der Sache des Freiherrn von Sierstorpff, wegen verletzter Ehrerbietung gegen Se. Herzogliche Durchlaucht, für wirkungslos erklärt wird, die Ausführung dieses Erkenntnisses durch die Herzogliche Regierung nicht zu behindern, und
- 2) daß dem Freiherrn von Sierstorpff durch dessen Anwalt Auszug dieses Beschlusses zuzustellen sei.

Auf Antrag des Präsidiums wurde

beschlossen:

die höchsten und hohen Regierungen zu ersuchen, ihre Instructionen über vorstehenden Vortrag spätestens binnen vier Wochen ertheilen zu wollen.

44.

A u s z u g

des Protocolls der 31. Sitzung der Deutschen Bundes-
versammlung vom 15. October 1830.

§. 236.

Die Deutsche Bundesversammlung hat auf die Vorstellung des Freiherrn Caspar Heinrich von Sierstorpff, vormaligen Herzoglich-Braunschweigischen Ober-Jägermeisters, betreffend die von Sr. Durchlaucht dem Herzoge Carl von Braunschweig-Lüneburg unternommene Cassirung eines zu seinem Vortheile ergangenen landesgerichtlichen Urtheils,

beschlossen:

- 1) die am 9. Jänner l. J. auf Befehl Seiner Durchlaucht des Herzogs von Braunschweig vorgenommene Cassation des von dem Herzoglichen Landesgerichte unter dem 4. desselben Monats abgegebenen und publicirten Erkenntnisses in der Sache des Freiherrn von Sierstorpff, wegen verletzter Ehrerbietung gegen Seine Herzogliche Durchlaucht, wird für wirkungslos erklärt, und die Herzogliche Regierung wird aufgefordert, die Ausführung dieses Erkenntnisses nicht zu behindern.
- 2) Wird einhellig erkannt, es verstehe sich von selbst, daß, aus Anlaß der vorliegenden Beschwerde, der Rückkehr des Freiherrn von Sierstorpff und seiner Familie nach Braunschweig und seinem Aufenthalte daselbst von Seiten Seiner Durchlaucht des Herzogs

kein Hinderniß weiter in den Weg gelegt werden könne.

3) Dem Anwalte des Freiherrn von Sierstorpff ist dieser Beschluß im Auszuge mitzutheilen.

Frankfurt a. M., den 15. October 1830.

Bundes-Präsidial-Canzlei.

Freiherr von Handel,

(L. S.)

als Canzleidirector.

Schl u ß = A n m e r k u n g.

Der vollendete Sieg des Rechts empfängt noch einen dem Gemüthe wohlthuernden Lichtpunct von dem auch dem heimgekehrten Verbannten aufgegangenen Sterne acht Fürstlicher Huld und menschenfreundlichen Wohlwollens. Des jetzt regierenden Herrn Herzogs Wilhelm zu Braunschweig-Lüneburg und Dels Durchlaucht haben, aus höchst eigener Bewegung, das durch Resignation⁵⁰⁾ vacant gewordene Oberjägermeister-Amt unterm 24. October 1830 dem Freiherrn

⁵⁰⁾ Die Braunschweigischen Anzeigen vom 30. October 1830, No. 85, enthalten folgende Bekanntmachung:

Da der bisherige Oberjägermeister von Praun darauf angetragen hat, diese Charge und Titel niederlegen und in seine früheren Dienstverhältnisse als Forstmeister zurücktreten zu dürfen, so ist solches unterm heutigen Dato höchsten Orts genehmigt worden.

Braunschweig, den 23. October 1830.

Herzoglich-Braunschweig-Lüneburgisches

Staats-Ministerium.

Graf v. Beltheim.

v. Schleinitz.

Schulz.

von Sierstorpff mit der Bestimmung wieder zu verleihen geruhet, daß dessen Dienstalter von der früheren Verleihung dieser Würde angerechnet werden solle. Die hochherzige Gesinnung, welche den edlen Zweck, eine unverdiente Kränkung in ihrer Wirkung aufzuheben, über jede andere Rücksicht erhebt, bewährt hier dem Vaterlande von Neuem die schon gewonnene Bürgschaft, daß die Wohlthat der Gerechtigkeit eben so sehr in dem Herzen seines allgeliebten Herrschers, als in dem Heiligthume einer unverletzlichen Rechtspflege wohne.

Der Herausgeber.

